

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 17. Februar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Monatspreis: 1,10 Mark.  
Vierteljährlich: 3,30 Mark.  
Halbjährlich: 6,60 Mark.  
Jährlich: 13,20 Mark.  
Einzeln: 5 Pfennig.  
Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfennig.  
Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.  
Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsstelligen Nummern- und deren Raum 40 Pfennig, für politische und gewerkschaftliche Belegblätter und Besammlungs-Anzeigen 25 Pfennig.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (zwei- oder dreimalige) Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig.  
Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden.  
Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

### Die höhere Macht.

Neben dem Mikroskop der Firma Zeiss, das neue wunderbare Möglichkeiten der Forschung eröffnet, indem es Körper von ein Hunderttausendstel Millimeter dem Auge sichtbar macht, sollte man zur Weltausstellung nach St. Louis, um den schmerzenden Kontrast des deutschen Geisteslebens dort zur Anschauung zu bringen, Gipsabgüsse der Marmorgeländer vor dem Brandenburger Thor zu Berlin und als erläuternden Text das Stenogramm der Reichstagsverhandlungen vom Faschnachtsdienstag 1904 entsenden. Während damit auf der einen Seite gezeigt würde, wie deutsche Forschung in die vertrockneten Abgründe der Naturrätsel lähne Brücken baut, erschüre das Völkerverständnis der amerikanischen Weltmesse zugleich, wie man die Kalkstrassen im Alpengebiet erleuchtet, als ob es gelte, schwindelnde Wanderer gegen den Absturz in gefährliche Tiefen zu schützen, und die doch nur eine Art aufgeblasener Vordröhren am Rande eines gewöhnlichen Strahlenfächeres sind: Neben dem gewaltigen Ernst ringenden und fruchtbareren Forschens die pompöse sinnlose Marmortäuschung eines großen Jockes, der in Wirklichkeit ein leeres Nichts verkleidet. Diese gegenübergestellten Ausstellungs-Objekte würden zeigen, welche Schriften Widersprüche in einem Staate möglich sind, der selbst nur eine historische Antinomie, ein klassischer Gegensatz, ein Gemenge von feudalen und absolutistischen Rückständen, Kleinbürgerlichem Philistertum, großkapitalistischen Ausschweifungen und sozialistischen Zukunftselementen ist...

Mit einer seltenen, auf diesem Gebiete noch niemals erlebten Einmütigkeit hat der deutsche Reichstag in der Fortsetzung der Kunstdebatte am Dienstag gegen die Vergewaltigung der deutschen Secessionsprotesten. Wenn man von dem konservativen Kunstphilosophen, dem „Privatmann“ Henning aus Frankfurt a. O. absteht, der seinen patriotischen Standpunkt am Rolandbrunnen einnimmt und dessen Horizont an der Siegessäule abschließt, so haben die Vertreter aller Parteien, von der Sozialdemokratie (Singer und Südekum) bis zu den Reichsparteilern zum Teil in bisher unerhört scharfer Weise die Vorherrschaft des persönlichen Regiments auf dem Gebiete der Kunst angegriffen. Im Reichstage des allgemeinen Wahlrechts ist eben eine gewisse Anpassung an die selbstverständlichen Elementarbedürfnisse der Kultur unumgänglich; man hat dort eine Art Anstandsinstinkt für die Notwendigkeiten, ohne die es in einem mündigen Volke und in einer mündigen Welt kein Existenzrecht mehr giebt, und ein durchschnitts-europäisches Minimum von moderner Auffassung ist auch bei den bürgerlichen Parteien Gemeingut geworden. Es ist zuzugeben, daß der Reichstag durch die letzten Verhandlungen an geistigen Kredit gewonnen und die schlüpfrige Affaire mit leidlichem Anstand bestanden hat.

Indessen gerade in der Einmütigkeit aller Parteien, der gegenüber der Würdiger des Reichsanths des Innern einen schlimmen und unwürdigen Stand hatte, sollte sich doch auch das Maß der Bedeutung dieser Aktion zeigen. Man hat eine allzu deutliche Grenzüberschreitung persönlicher Einflüsse zu korrigieren versucht, damit aber haben die bürgerlichen Parteien noch bei weitem keine entscheidende Aktionsfähigkeit gegen die höhere Macht bewiesen, die in den Gang der notwendigen Entwicklung so viel seltsame und peinliche Zufälligkeiten streut.

Die Vergewaltigung der Secessionskünstler durch die Berner-Truppe hat sich vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt abgepielt. Schon das nötigte zu Konzessionen. Sodann haben die künstlerischen Mißerfolge in Paris und Chicago den Weltmarkt der deutschen Kunst schwer geschädigt, so daß gerade die materiellen Interessen die parlamentarischen Wortführer der herrschenden Klassen zur Kritik zwangen. Schlechtlich aber — und das ist am meisten zu beachten — wenn fast alle bürgerlichen Redner unter gewissen Vorbehalten die Secessionsverteidigten, so beweist das auch manches gegen die Secessions-Thatssache selbst, es sich nicht etwa um einen Gegensatz revolutionärer und reaktionärer, moderner und akademischer Kunst. Vielmehr ist es in der Hauptfrage nur der Kampf der stärkeren, eigenartigeren und zugleich materiell bedrückteren Künstler gegen eine allmächtige Clique von mittelständigen und unfähigen Hoflieferanten. Wer die Entwicklung der deutschen Secessions verfolgt hat, weiß, wie sie von Jahr zu Jahr — den Bedingungen ihrer Käufer gemäß — immer zäher geworden ist und fast gänzlich auf den Ehrgeiz verzichtet, die schwereren und harten Probleme der gährenden Zeit künstlerisch zu gestalten. Diese Secessionsisten wären an sich in ihrer Mehrzahl durchaus hoffähig, wenn nicht ein mächtiger individueller Geschmack ausschließlich von der Konkurrenz eingenommen wäre.

Daher wird es möglich, daß die „Kunstkämpfer“, die verführten Revolutionäre ihre Söhne auch in den Reihen der schlimmsten Scharfmacher und Dunkelmänner fanden. Daher konnte es sich ereignen, daß der leidenschaftlichste Protestler gegen die Kunstpolitik der Regierung, Graf Oriola, der wegen des reichlich vorgebrachten Materials nicht ohne Eindruck blieb, in seinen Lobgesang auf die freie Kunstserklärung gegen die freie Kunst einflößt, daß er zu fordern schien, alle Glendmalerei, alle Kunst, die die „Autorität“ erschüttert oder „niedrige Sinnlichkeit“ verherrlicht, müßte von der Reichsregierung mit dem Mittel unterdrückt werden. Da es aber nur eine ganze ungeteilte Freiheit der Kunst geben kann oder gar keine, so beweisen diese Deklamationen, daß es sich doch mehr um einen hässlichen Konkurrenzstreit in der bürgerlichen Kunst handelt, als um eine Demonstration gegen alle Einschränkung und Unterdrückung.

Nur man also den Wert der Debatte im Hinblick auf ihre freiheitlich-künstlerischen Tendenzen und Garantien erheblich abmindern, so ist die Angelegenheit dennoch von einer großen

politischen Bedeutung. In einem großen, alle Eigentümlichkeiten des gegenwärtigen Systems zusammenfassenden Kabinettsstück wurden die entscheidenden Einflüsse des heutigen Regiments bloßgelegt. Das Kapitel von der Kunstregierung wurde zu einer Spiegelung der ganzen Regierungskunst.

Durch das Thatfachenmaterial, das der nationalliberal getaufte Graf Oriola beibrachte und das der freisinnige Müller-Reinigen ergänzte, wurde folgendes unmissverständlich festgestellt: Die deutschen Secessionskünstler werden mit allen Mitteln des Vorkotts seitens der leitenden Kreise verfolgt und unterdrückt. Im Jahre 1902 regt der deutsche Konsul in Chicago eine Ausstellung deutscher Künstler an, um den amerikanischen Markt der deutschen Kunst zu beleben. Auf der für die Ausstellung angefertigten Vorschlagsliste befinden sich auch die Namen zweier Secessionsisten. Sofort erfolgt die Weisung vom Auswärtigen Amt oder dem preussischen Kultusministerium: Das geht nicht, die Namen müssen gestrichen werden. Die gleiche Methode im größeren Stil wurde nun bei den Vorbereitungen zur Ausstellung in St. Louis angewandt. Zunächst sind sich die verbündeten Regierungen klar darüber, daß das alte Verfahren bei der Auswahl der Bilder nicht mehr eingeschlagen werden könnte; der künstlerische Bankrott in Paris und Chicago, den die Organisation der Kunstgenossenschaft zu verantworten hatte, schreckte. Ein Gedankenaustausch zwischen den verbündeten Regierungen ergab, daß eine freie Kommission aus bedeutenden Künstlern der verschiedenen Richtungen, Kunstgelehrten und Kunsthändlern zusammenberufen wurde, der die Auswahl der Bilder übertragen werden sollte. Alles war in schönster Ordnung, zu allgemeiner Zufriedenheit. Da erhob sich die von Anton v. Berner, dem Vertreter der patriotisch gestimmten Arbeiter, gegängelte Kunstgenossenschaft, um ihr altes Recht zurückzuerobieren, ihre Leute nach Saint Louis zu delegieren. Und nun trat das ein, was Graf Posadowsky in seiner mühseligen, im Innersten unwahrscheinlichen Verteidigungsrede so bezeichnete, „nähere Erwägungen“ hätten ergeben, daß die Kunstgenossenschaft doch nicht übergangen werden könnte. Herr v. Kardorff, der indirekt den frommen Wunsch äußerte, die ganze Siegesallee möge vom Erdboden verschluckt werden, sprudelte offen heraus, worin diese mythischen näheren Erwägungen bestanden: „Eine höhere Macht trat dazwischen. So war es.“ Herr Anton v. Berner, der preussische Akademiedirektor, erteilte im Auftrag des Kaisers den Befehl, daß statt der gemischten Kommission, die von den verbündeten Regierungen einberufen war, die von Wilhelm II. begünstigte Kunstgenossenschaft die künstlerische Leitung der Ausstellung übernehme. Und so geschah es. Den einzelstaatlichen Regierungen wurde einfach die vollendete Thatssache mitgeteilt; niemand muckte. Und die verantwortliche Reichsregierung, einschließlich des Ausstellungskommissars revidierte unverzüglich ihre bis dahin befristeten Überzeugungen.

Hierin aber liegt die große politische Bedeutung der Affaire. Wenn es möglich ist, daß der individuelle Geschmack des Kaisers auf einem Gebiet, wo er nur als Privatmann und Käufer Einfluß hat, ohne irgend einen Widerstand zu finden, die Beschlässe der Reichsregierung wie der Einzelstaaten nach seiner Anschauung von Grund aus ändert, wie grenzenlos muß da erst die Macht der Persönlichkeit auf den Gebieten sein, auf denen ihr ohnehin durch die Verfassung ungeheure Einflüsse eingeräumt sind!

Man hat mit ironischen Worten den armen Graf Posadowsky bedauert, daß er selbst diese unrettbare Sache verteidigen mußte. Uns scheint, als ob solche Bemerkungen nicht dem Ernst der Sache gerecht wurden. Zunächst wäre es Pflicht des Grafen Wilson, des Reichszensors, gewesen, sich zu verantworten. Der Mann blieb vorzeitig im Hintergrund. Wo waren ferner die Vertreter der Bundesstaaten, deren Beschlässe so umgekehrt worden waren? Sie waren alle da und schwiegen alle, bis auf einen, der — der preussischen Regierung beiprang. Niemand hat in dieser ganzen Angelegenheit seine pflichtgemäße Verantwortlichkeit benutzt, um sich dem Ratsschluß Anton v. Berners zu widersetzen. Niemand hat erklärt, daß es so nicht ginge. Und niemand hat den Kaiser ersucht, sich andre Minister zu suchen, wenn er an seinem Willen festhielt.

Darum sind die nachträglichen Deklamationen der bürgerlichen Parteien von recht problematischer Bedeutung. Denn sie ändern nichts an der Thatssache, daß bei den heute herrschenden Zuständen überall und immer eine höhere Macht ihren subjektiven, wenn auch noch so individuellen Entschluß durchzusetzen vermag, ohne daß irgend eine Hemmung innerhalb der verfassungsmäßigen Organe gewagt wird. Es handelt sich nicht nur um die Aussperrung der modernen Kunst von einer Weltausstellung, sondern um die Selbstbestimmung der Regierung, des Parlaments, der Parteien, der Nation.

Schwerlich wird der Kunstprotest der bürgerlichen Parteien dagegen etwas Wesentliches wirken. Das Heil kann auch hier nur von dem Proletariat kommen, das gelernt hat, Politik von der Wurzel aus zu treiben.

### Die russische Stimmungsmache.

Seit jeher hat es die russische Diplomatie verstanden, die öffentliche Meinung Europas über die Zustände im Zarath und über die Stimmung der Bevölkerung zu täuschen. Es ist daher kein Wunder, daß auch jetzt dem Zeitungsleser fast täglich die Sensationsnachrichten über patriotische Demonstrationen in russischen Städten aufgeschicht werden. Die russische Regierung hat alles Interesse daran, gerade jetzt die öffentliche Meinung darüber hinwegzutäuschen, daß es im Zarath gärt und daß die weitesten Kreise absolut nicht daran, denken, sich für den Krieg zu begeistern.

Die „Petersburgskaja Gazeta“ wurde bereits bestraft, weil sie Kriegsinformationen gebracht hat, welche den Intentionen der Behörde nicht entsprachen. Den Warschauer Blättern hat man die bisher zugelassenen ausländischen Zeitungen gesperrt. Und die Zeitung „Rus“ schreibt:

„Bisher haben wir nur ein Verlangen — zu wissen, was da vorgeht. Und wir bekommen — wie zum Trotz — so wenig Nachrichten, daß in der Seele Unruhe entsteht.“

Die russische Sensationsmache hatte ihren Höhepunkt erreicht, als in diesen Tagen gemeldet wurde, daß selbst in Warschau eine Demonstration für den Krieg stattgefunden habe. Wie sehen denn die Dinge in Rußland-Polen in Wirklichkeit aus? Nach dortigen Meldungen ist zunächst zweifellos, daß der Kriegsausbruch ein fieberhaftes Interesse hervorgerufen hat. Man spricht nur von dem Krieg.

Die knappen Nachrichten über die japanischen Siege haben eine allgemeine Begeisterung hervorgerufen. Diese Begeisterung wurde selbst durch die Thatssache, daß in dem russischen Heere im Osten ein bedeutender Prozentsatz Polen stadt, die mit-leiden müssen, nicht herabgemindert. In den Massen der Arbeiter und Bauern kommt die feindselige Stimmung gegen die Regierung und die Freude über die japanischen Siege unverhohlen zum Ausdruck. Aus den Sparkassen der Regierung werden die Sparanlagen massenhaft zurückgezogen. Der Anbruch des kleinen Publikums, das sein Geld von der Regierung zurückhaben will, ist ein so enormer, daß die Kassenbeamten gar nicht fertig werden können. Für die Stimmung unter der jungen polnischen Bauernbevölkerung, welche jetzt zum Kriegsdienst aufgeboten wird, ist folgender Vorgang sehr bemerkenswert: Aus dem Kreise Nowominsk pflanzten die Rekruten bei der Fahrt zur Aushebung die rote Fahne auf und sangen bei der Einfahrt in die Kreisstadt die polnische Hymne, die „Mote Stanabarte“. Der Mann von der Polizei und Soldaten verschaffte Fahnen-träger wurde den letzteren von der Menge entzogen. Inzwischen mehrten sich die Desertionen aus den Truppenteilen und seitens der zur Aushebung bestimmten Rekruten in ganz Polen und in Litauen. Die russischen Behörden haben bereits Anordnungen an die Grenzämter und die Grenzbehörden erlassen, um die Auswanderung der militärpflichtigen Jugend zu verhindern. Die jungen Leute gehen aber trotzdem nachts durch Wälder und Wäse massenhaft über die Grenze. Von einer Begeisterung für Rußland ist also keine Spur vorhanden — gerade das Gegenteil trifft zu. Selbst in Kreisen, die man gewöhnlich für zarenfreundlich hält, scheint diese Feindschaft gegen die russische Regierung angesichts des Krieges zum Vorschein zu kommen. So schreibt der Warschauer Korrespondent des „Dziennik Pognanski“, eines sonst durchaus zarenfreundlichen Blattes:

„Rußland braucht eine Niederlage, und zwar eine gute, empfindliche Niederlage, um das verderbliche System, das in Rußland regiert, abzuschütteln. Das ist nicht nur die Meinung der Polen, sondern auch die Ansicht von sehr vielen Russen, welche Rußland auf den Weg konstitutioneller Reformen drängen und es aus dem veralteten und schädlichen System befreien wollen — und die es offen und ohne Furcht sagen.“

Die Stimmung in Rußland selbst ist dem — entgegen allen „Begeisterungs“-Depeschen — eine sehr nüchterne. Dem genannten Blatt wird darüber geschrieben:

„Jeder lokale Bürger kann lesen und soll daran glauben, daß überall, von Moskau und Petersburg beginnend — und bis zum kleinsten Gouvernementsstädtchen, infolge des Zarenmanifestes eine ungläubliche Begeisterung herrscht, eine patriotische Begeisterung, die verbunden ist mit der Absicht der sofortigen „Verstrafung der unverschämten und barbarischen Räuber.“

Inzwischen ist es ganz anders. Diese Begeisterung — die so schwungvoll durch offizielle und halboffizielle Organe bekannt gemacht wird — ist nur das Werk der offiziellen Kreise. Zuersthalb der Masse, aus der sich die Soldaten für den ferneren Osten rekrutieren sollen, ist nicht nur keine Begeisterung, sondern eine vollständige Unlust dahin zu gehen, wo man vor Hunger, Kälte und infolge der schlechten russischen Verwaltung elend verenden kann, ehe man das „gelbe Gesicht“ zu sehen bekommt. Im übrigen genügt die amtlichen Nachrichten von den Niederlagen, um den Geist der Soldaten und der Offiziere zu schwächen. Dabei schwindet die Finsternis und der Glaube an die Regierungsmittelungen und — durch Erfahrung belehrt — errät selbst der wenig Gebildete, daß es dort schlimmer aussehen muß, als der Herr Gouverneur oder der Herr Polizeiminister und die Censur glauben lassen.“

Um das Entgegengesetzte zu beweisen, läßt die russische Regierung Telegramme über die freiwilligen Meldungen der Soldaten zum Kriegsdienst und deren Begeisterung hinausenden. Wie die Dinge liegen, hat ein Trupp Kosaken erzählt, der nach Galizien über die Grenze geschickt ist. Es wird von den höheren Behörden bestimmt, wieviel Leute jede Compagnie bezw. jedes Regiment zum Kriegsdienst im Osten zu stellen habe. Die nötige Zahl wird einfach von den Offizieren herausgesucht — von irgend welcher freiwilligen Meldung ist gar keine Rede. Wenn die nötigen Mannschaften ausgehört sind, giebt der befehlshabende Offizier den Befehl: „Die Hymnen ansimmen!“ Die Unglücklichen singen auf Kommando: „Gott schütze den Zaren“ — und der Offizier deponiert nach Petersburg über die Kriegsbegeisterung und den treuunterthänigen Gefühlen der freiwilligen Mannschaften.

Schon aus vorstehenden Ausführungen kann man ersehen, mit welchen Mitteln die russische Diplomatie arbeitet, um für die nötige „Stimmung“ im Ausland zu sorgen. In den allerersten Tagen werden wir das Bild reichlich durch die revolutionären Stimmen aus Rußland vervollständigen.



### Die Haltung Koreas.

London, 16. Februar. Dem „Neueren Bureau“ wird aus Seoul gemeldet, der japanische Gesandte Sasahji und der japanische Militärattaché Jijchi seien am 9. Februar abends vom Kaiser von Korea in Audienz empfangen worden und hätten ihm über den eingetretenen Umschwung der Sachlage berichtet. Der Kaiser habe das offene Vorgehen der Japaner gebilligt und bestimmt erklärt, er würde seinen Staat niemals irgend einer andern Macht anvertrauen und sich gänzlich auf Japan verlassen.

### Die beiden neuen japanischen Kreuzer in Sicherheit.

Yokohama, 16. Februar. Die japanischen Kreuzer „Kifin“ und „Kasuga“ sind heute morgen in Yokohama angekommen.

### Russische Truppensammeln am Jalufluß.

„Daily Mail“ wird aus Tokio gemeldet, daß die Russen 37 000 Mann Truppen in Jüchgwangtsching sammelten; der Platz solle zur Hauptfestung auf der mandchurischen Seite des Jalu gemacht werden.

### Ueber den japanischen Kriegsplän

Der japanische Kriegsplän besieht fürs erste darin, die russische Hauptflotte durch eine Linie von Beobachtungsschiffen von Tschifu bis Tschemulps auf den Golf von Petchili zu beschränken und inzwischen zwei Armeen nach Korea überzuführen. Eine dritte Armee steht bereit, gegebenenfalls östlich von Port Arthur zu landen, um den Vormarsch der beiden andern über den Jalufluß hinaus von der Flanke her zu unterstützen. Die Einzelheiten werden hier auf das strengste geheimgehalten.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Februar.

### Parlamentarischer Kriegerverein.

Wir lesen in der „Kreuz-Zeitung“:

Im Abgeordnetenhaus fand auf Anregung des Grafen Douglas ein Festmahl der Kriegsveteranen unter den Parlamentariern statt. Es vereinigten sich hierzu Mitglieder aller Parteien bis links zu den Freisinnigen. Als Ehrengäste waren zugegen Graf Vassestrem, Freiherr von Mantuffel, Staatsminister v. Bütticher, Graf Krin-Muskau. Die von edelstem patriotischem Geiste getragene Festlichkeit entbehrt nicht der politischen Bedeutung. Graf Douglas hielt die Begrüßungsrede, die in einer Sublimierung vor Sr. Maj. dem Kaiser ihren Höhepunkt fand. In dieser Rede sagte er u. a.:

Seitens unserer jüngeren Herren Kollegen ist vielfach der lebhafteste Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß alle diejenigen, die die Ehre hatten, des Königs Rost zu tragen, sich zu einem solchen Fest vereinigen möchten, und wir dürfen wohl alsdann wiederum auf Ihr Erscheinen hoffen.

Dem Lande, dessen erwählte Vertreter wir sind, werden wir also zeigen, mit wie berechtigtem Stolz wir alle uns mit unserer Armee durch ein geistiges und solldarisch verbundene fühlen und es tief mitempfinden, wenn ihr von gewissen Seiten die ihr gebührende Achtung, als der ersten Armee der Welt in Krieg und Frieden, nicht gesollt wird. Diese Herren von der Feder sollten doch von ihren Vorgängern von vor 1866 gelernt haben, die in jenem Jahre mit Beschämung erkennen mußten, wie die ganze zivilisierte Welt jene Männer als Helden bewunderte, die sie bis dahin so geschmäht hatten. In einer so großen Körperschaft wie unsre Armee werden immer einmal unwürdige Elemente vorzukommen, aber ihre sofortige Abstrafung, die gerade in unsrer Armee stets prompt erfolgt, beweist die Gesundheit des Organismus.

Wir begrüßen es dankbar, daß die Kriegsveteranen und gewiß später auch alle ehemaligen Soldaten unter den Parlamentariern aller nationalen Parteien in so würdiger und wirkungsvoller Weise den Schmähungen unsrer Armee entgegenzutreten. Der Eindruck dieses Vorganges auf weite Kreise kann nur der vorteilhafteste sein.

Der Eindruck dieses Vorganges mag auf die „weiten Kreise“ der „Kreuz-Zeitung“ ein vorteilhafter sein, es mag dem Offiziercorps und seinen Spitzen gefallen, daß zahlreiche Parlamentarier den Stolz ihrer Zugehörigkeit zu diesem Offiziercorps bekunden. Die wirklich weiten Kreise des deutschen Volkes werden die Kundgebung, die ganz auf die Art und den Ton von Kriegervereinveranstaltungen gestimmt wurde, mit staunendem Befremden aufnehmen.

Es bedurfte keiner besonderen Veteuerung, daß die Parlamentarier der Militärpartei, so weit sie selbst Offiziere a. D. oder der Reserve oder der Landwehr sind, sich „solidarisch verbunden“ mit dem Offiziercorps fühlen. Wenn die Herren eine besondere Veranstaltung zu solcher gemeinsamen Bekundung treffen, so zeigen sie einbringlich, daß der Militarist in ihnen den Parlamentarier, den Volksvertreter völlig beherrscht und unterdrückt.

Wenn Graf Douglas meint, durch solche Veranstaltung die Achtung vor der Armee zu mehren, so erreicht er in Wahrheit nur den nicht gewollten Erfolg, die Achtung vor diesen Parlamentariern zu vermindern. Es ist nicht die Aufgabe der Parlamentarier, durch festliches Hurra militäristische Stimmungen zu bekunden, sie sind vielmehr verpflichtet, die Uebelstände im Armeekorps zu prüfen und zu bessern.

Es ist ein höchst bedenkliches und gefährliches Vorgehen, wenn auch die Mitglieder der Volksvertretung veranlaßt werden, die Armee „als die erste Armee der Welt in Krieg und Frieden“ zu bejubeln. Die „Kreuz-Zeitung“ wähnt darin ein „würdiges und wirkungsvolles“ Eintreten gegen angebliche „Schmähungen“, die gegen die Armee gerichtet worden seien. In Wirklichkeit bedeutet diese Anregung, die Parlamente zu Kriegervereins-Festlichkeiten herabzuwürdigen, nur einen gänzlich ausichtslosen und auf seine Ueberer zurückfallenden Versuch, die nur allzu nötige und berechtigte Kritik an den Zuständen in der Armee durch schallendes Feiern zu übertönen.

### Die neuen Kanonen.

In der Budgetkommission des Reichstags gab am Dienstag der Kriegsminister v. Einem zur Neubewaffnung der Artillerie folgende Erklärung ab: Die Seeresverwaltung hat seit 1899 Erfahrungen mit Rohrrücklaufgeschützen gesammelt. Das erste von Erhardt vorgestellte Geschütz war vollkommen kriegsunbrauchbar. Derselbe Konstrukteur lieferte dann ein Geschütz, das erhebliche Verbesserungen aufwies. Daraufhin wurden zwei Geschütze zur Probe bestellt, deren Lieferung sich bis zum Frühjahr 1900 verzögerte. In diesem Jahre (1900) bot auch Krupp ein Rohrrücklauf-Geschütz an und bat um Prüfung. Der damalige Kriegsminister v. Gohler reiste nach Essen und bestellte auch bei Krupp zwei Geschütze. Diese vier Kanonen wurden im Winter 1900/01 von der Artillerie-Prüfungskommission einer eingehenden Prüfung unterworfen und sie kam dabei zu dem Urteil, daß es sich lohne, die Versuche mit vollständigen Batterien zu wiederholen. Daher wurde bei beiden Fabriken je eine Batterie bestellt; sie wurden im Jahre 1901 nach dem Schießplatz in Jüterbog geliefert und dort sehr gewaltsamen Proben unterzogen. Im Jahre 1902 waren die Versuche soweit gediehen, daß die

Artillerie-Prüfungskommission und die Schießschule zu einem klaren Urteil gelangten. Die Kommission sprach sich dahin aus, daß es sich nicht lohne, mit den Erhardt'schen Geschützen weitere Versuche zu machen, solche seien vielmehr nur an den Krupp'schen Geschützen weiterzuführen. Die Krupp'schen Geschütze standen beim Feuern auf jedem Boden, während es nicht gelang, die Erhardt'schen zum Stillstand zu bringen; bei diesen war vielmehr immer ein Nachrichten notwendig. Der Unterschied war also sehr groß und das Urteil der beiden Prüfungsbehörden erschien wohl begründet. Die Versuche wurden also mit Krupp'schen Geschützen weiter geführt und zwar im Jahre 1903 bei den Truppen. Sieben Batterien wurden eingestellt, sämtlich mit Schützschilde ausgerüstet. Die Batterien kamen im Mai und Juni 1903 an die Truppen und haben dort das Mandat mitgemacht. Die Truppen waren mit ihnen sehr zufrieden, sie haben sich bewährt. Natürlich wurde auch scharf mit ihnen geschossen. Dann wurden die sieben Batterien wieder der Prüfungskommission vorgeführt, die an ihnen mancherlei von den Truppen nicht bemerkte Mängel feststellte. Später sind die Geschütze wieder der Schießschule zugewiesen worden und es ist aus ihnen den ganzen Winter hindurch eifrig geschossen worden. Diese sieben Batterien können wohl als kriegsunbrauchbar bezeichnet werden.

Nebenbei wurden nun unter Leitung des staatlichen Konstruktionsbureaus neue Konstruktionen entworfen. Man ist zu einer Art von Kompromißgeschütz gekommen, indem man alle Vorteile der beiden Systeme ohne Patentverletzung — wie man wenigstens glaubt — in einem System vereinigte und daneben noch neue Erfindungen anbrachte. Auch von diesem Geschütz ist eine Batterie hergestellt worden, die das Mandat mitgemacht hat. Dies Geschütz dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach das Modell für die Neubewaffnung der Artillerie werden. Es ist mit Schützschilde ausgerüstet und sein Gewicht übersteigt demnach nicht das des Modells 96. Es funktioniert ausgezeichnet und alle Mängel des Krupp'schen Geschützes scheinen an ihm beseitigt zu sein. Wir werden zur Einführung des Rohrrücklauf-Geschützes kommen, das mit Schützschilde ausgerüstet sein wird. Die jetzige Formation der Artillerie wird wohl beibehalten werden, die Einführung des neuen Geschützes kann allmählich geschehen.

Soweit der Kriegsminister. Ueber den Kostenpunkt machte er nur vertrauliche Mitteilungen.

Aus dem übrigen Teile der Verhandlungen sei noch folgendes hervorgehoben: Die Budgetkommission stimmte einer Resolution des Centrums zu, wonach den mittellosen Eltern schwer erkrankter Soldaten ein Zuschuß zu der Reise in die Garnison ihres Sohnes gewährt werden soll. Nach einer andern Resolution des Centrums soll die Militärverwaltung dafür sorgen, daß die Militärwerkstätten keine schlechteren Löhne zahlen als die entsprechenden Branchen der Privatindustrie. Eine militärische Dismarlenzulage für Offiziere und Unteroffiziere wurde abgelehnt.

### Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus führte am Dienstag die Debatte über den Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung zu Ende. Die Debatte zwischen Centrum und Freisinnigen einerseits und Nationalliberalen und Konservativen andererseits über die Verbesserung der Bestimmungen, die das Berggesetz über die Knappschafts-Vereine festsetzt, brachte nochmals einige lebhafteste Auseinandersetzungen. Der neugewählte polnische Abg. Korfanti griff in die Diskussion ein, um die Gewalttherrschaft zu schildern, unter der die ober-schlesischen Bergarbeiter leiden. Der Handelsminister Möller versuchte die Angriffe dieses Redners durch besondere Schneidigkeit abzuwehren, hatte jedoch das Mißgeschick, sich dabei die Miße des Präsidenten v. Kröcher zuzuziehen. Der Antrag Hirsch wurde schließlich durch die arbeiterfeindliche Mehrheit aus Konservativen und Nationalliberalen abgelehnt.

Am Mittwoch wird die heute begonnene Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt.

## Deutsches Reich.

### Die Unternehmerkoalition gegen das Koalitionsrecht.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ berichten: „Am 17. Januar d. Js. hatte im Kaiserhof in Berlin eine Versammlung von Vertretern industrieller Verbände und Vereine stattgefunden. Sie hatte beschlossen, einen allgemeinen deutschen Arbeitgeber-Verband zur Abwehr unrechtmäßiger Bestrebungen und Ansprüche der Arbeiter und ihrer Organisationen ins Leben zu rufen. Mit der Ausführung dieses Beschlusses war ein aus elf Mitgliedern bestehender Ausschuss beauftragt worden. Dieser Ausschuss hat gestern unter dem Vorsitze des stellvertretenden Vorsitzenden des Centralverbandes deutscher Industrieller, Herrn Hopelius (M. d. H.), seine erste Sitzung abgehalten. Die eingehenden Erörterungen führten zu einer einmütigen Auffassung in Bezug auf die Bildung einer gemeinsamen Stelle für die Zusammensetzung der deutschen Arbeitgeber-Verbände. Eine aus sechs Mitgliedern bestehende Kommission, die in den nächsten Tagen zusammentreten wird, wurde beauftragt, Satzungen, sowohl für neuzubildende Arbeitgeber-Verbände wie für die gemeinsame Stelle auszuarbeiten.“

### Kaiserbegegnung.

Der Frankfurter „Kleinen Presse“ wird als Nachträgliches zur Wiesbadener Kaiserbegegnung geschrieben: „Es ist ja bekannt, daß Zar Nikolaus von dem repräsentativen Teile der Herrscherpflichten nicht viel wissen mag, und daß es ziemlich lange dauerte, ehe er sich gelegentlich seines Darmstädter Familienausenthaltes im vorigen Spätherbst zu einer Zusammenkunft mit Kaiser Wilhelm in Wiesbaden entschloß. Von einer Seite, die man für gut informiert halten darf, wird uns dazu nachträglich des Näheren mitgeteilt, daß damals zunächst aus Berlin immer wieder das dringende telegraphische Anfragen nach Hofsgarten kamen: „Wie es denn nun eigentlich mit der Begegnung sei?“ So ungefähr beim feststemmal habe der Zar in nicht mißzuverstehender Weise einem Herrn der näheren Umgebung begrifflich gemacht, daß er seine Ruhe zu haben wünsche. Aber schließlich kam die Begegnung „mit großer Herzlichkeit und unter dem Jubel des Volkes“, wie die Offiziere in solchen Fällen stereotyp zu versichern pflegen, doch noch glücklich zu stande. So sehen die großen Nationen der Weltgeschichte für den Zuschauer hinter den Coulissen aus!“

### Die Reichstags-Erfahrungswahl in Schmalkalden-Eschwege.

Die Erfahrungswahl für den zu Gefängnis und Aberkennung seines Mandats verurteilten freisinnigen Reichstags-Abgeordneten Seyboth hat am Montag stattgefunden. Nach den bisher vorliegenden Meldungen erhielten Hugo (Soz.) 6812, Raab (Antif.) 4555, Werten (fr.) 4074, v. Crjsten (fl.) 3552 Stimmen. Es wird Stichwahl zwischen Hugo und Raab stattfinden.

Der Wahlkreis war von 1893 ab antisemitisch, von 1898 ab freikonservativ vertreten. Bei der Reichstags-Hauptwahl 1903 wurden für den socialdemokratischen Kandidaten Genossen Hugo 6485 Stimmen, für die freisinnige Partei 4546, für die freikonservative Partei 3812 und für die Antisemiten 3909 Stimmen abgegeben. In der Stichwahl siegte der freisinnige Seyboth mit 10348 gegen 7039 socialdemokratische Stimmen.

Zur Erfahrungswahl im 20. sächsischen Wahlkreise will der landparteiliche Kandidat von 1903, Finanzrat Jende, nicht wieder kandidieren. Es scheint für die Neuwahl keine Einigung zwischen den nicht-socialdemokratischen Parteien zu stande zu kommen. Die antisemitische Reformpartei will selbständig vorgehen und den viel durchgefallenen früheren Abg. Zimmermann aufstellen.

Kriegsentschädigung an den inneren Feind. Man schreibt uns: Die Ansichten dürften allgemeines Interesse erregen, die der Graf Schwerin-Löwitz, Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates und bekanntlich einer der parlamentarischen Führer des reinen Agrariertums, am 18. Januar im Deutschen Reichstag und am 9. Februar mit ziemlich denselben Worten auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates ausgesprochen hat. Die Stelle seiner Rede lautet:

„Und nun, meine Herren, bitte ich Sie zum Schluß, sich doch einmal zu vergegenwärtigen, wie ungeheuer groß der materielle Schaden ist, den die deutsche Landwirtschaft durch jeden weiteren Aufschwung der Tarifierreform erleidet. Die deutsche Getreideernte, soweit sie zum Verkauf gelangt, beläuft sich im Durchschnitt der letzten Jahre auf über 7 Millionen Tonnen. Die Zolldifferenz zwischen dem jetzigen Vertragstarif und den Mindestsätzen des neuen Tarifs beträgt im Durchschnitt 20 M. für die Tonne. Wenn man aber auch annimmt, daß von diesen 20 M. ein Teil vom Auslande getragen wird, und daß durch den neuen Tarif die jetzigen Preise sich nur um 15, nicht um 20 M. für die Tonne heben würden, so erwächst der deutschen Landwirtschaft aus dem Umstand, daß sie gezwungen ist, die Getreideernte für 1904 noch unter der Geltung des alten Tarifs zu verkaufen, allein bei Getreide ein Verlust von über 105 Millionen Mark. . . Gleiche oder ähnliche Verluste liegen natürlich auch bei andern Erzeugnissen, namentlich bei Vieh und Holz vor. . . Mit einem Wort das Jahr 1904 ist leider Gottes verloren, nun rette man wenigstens das Jahr 1905.“

Herr Graf Schwerin steht also jetzt auf dem Standpunkt, die sein wissenschaftlicher Sekretär und Berater im Landwirtschaftsrat, Herr Dr. Tade, noch kürzlich in der Zeitschrift eben dieses Landwirtschaftsrates als unsinnig erwiesen zu haben meinte. Mit dieser Preisserhöhung aber, und diese von ihrer Seite stets betonte Ursache der Zollwünsche ist früher stets als Verleumdung der Agrarier bezeichnet worden, begründet Graf Schwerin nun offen sein Verlangen, den neuen Zolltarif einzuführen, „wogu eine Minderung aller unsrer Verträge mindestens bis zum Frühjahr dieses Jahres unbedingt notwendig sei“; dann würden nämlich die Maximalzölle in Kraft treten, wodurch der Einkommengewinn sich verdoppeln, bei Getreide also über 200 Millionen Mark betragen würde. Schon eine jährliche Einkommenerhöhung von 100 Millionen bedeutet aber nichts weniger, als daß das deutsche Volk seinen Grundbesitzern ein Kapital von 3000 Millionen Mark zur Ruhezugsung überweisen soll. Wenn man bedenkt, daß noch weitere agrarische Zollwünsche im neuen Tarif erfüllt werden, so sagt man nicht zu viel, wenn man die Sache so ausdrückt, daß dem Grundbesitz und zwar im wesentlichen mit Ausschluß der Kleinbauern ein Kapital von mehr als 4 Milliarden Mark überwiesen werden soll. So hoch war die Kriegsentschädigung, die Deutschland 1871 Frankreich auferlegte und sie galt im Volksbewußtsein als so ungeheuerlich, daß Deutschland im Gelde zu schwimmen meinte und dem Gründerzwang der Boden geobnet war.

Wenn es die Gesundheit des sozialen Körpers erfordert, dann ist gewiß keine Summe zu hoch; aber diese Leistung soll einer sozialen Schicht zu gute kommen, die ihre Aufgabe darin sieht, die ländliche und städtische Arbeiterschaft moralisch, intellektuell und ökonomisch danieder zu halten. Für die Arbeiterschaft gelten daher die Worte, die Herr Dr. Tade in jenem Artikel schrieb: „Es wird vergebliches Bemühen sein, selbst wenn man mit Engungen predigen könnte, die große Masse der Arbeiterbevölkerung für Agrarzölle zu begeistern, wenn man ihr zumutet, diese Zölle selbst durch höhere Lebensmittelpreise zu zahlen.“ Herr Graf Schwerin-Löwitz hat eingestanden, daß dies die Wirkung der Zölle ist; sein Generalsekretär hat das Urteil über seine Bestrebungen wie die der Agrarier überhaupt gefällt.

Junge Russen. Aus Petersburg wird berichtet: „Eine deutsche Sympathiebezeugung, die unter der russischen Jugend vielen Jubel erregt, ist vom deutschen Kadettenkorps in Lichterfelde ergangen. Eine Klasse dieses Corps hat den Petersburger Jöglingen der Nikolai-Ingénieurschule ihre allerbesten Wünsche für die russischen Krieger gesandt; der Brief ist in russischer Sprache abgefaßt, ebenso die Namensunterchriften.“

Schon auf der Schulbank hat der zukünftige Offizier politische Sympathien und er ist auf der Dreßleranstalt genugsam erzogen, um, nach höherem Wunsch und Vorbild, russisch zu schwärmen.

Kontraktbruch der Grundbesitzer. Man schreibt uns aus Ostpreußen: Die Bestrafung des Kontraktbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter war am 10. Februar Gegenstand der Beratung im preussischen Abgeordnetenhaus. Dadurch, daß die wenigen Arbeitgeber, welche Arbeiter beschäftigen, die von Besitzern durch brutalen Kontraktbruch auf die Straße geworfen sind, bestraft werden sollen, will man die Landarbeiter mit dem Hungertode bestrafen, wenn sie sich nicht alles von ihrem Arbeitgeber gefallen lassen.

Dier in Ostpreußen sind von den Besitzern noch niemals so viel Kontraktbrüche gegen Arbeiter verübt worden, wie in den letzten zwei Jahren. Täglich werden ganze Arbeiterfamilien plötzlich ohne Kündigung entlassen und müssen binnen drei Tagen die Wohnung räumen, wegen der geringsten Differenzen. Vielfach werden die Arbeiter auf der Stelle aus dem Dienst gejagt, wenn sie es wagen, vom Dienstherrn ihren rückständigen Lohn und ihr Deputat zu verlangen. Familien werden oft gewaltsam aus ihren elenden Wohnungen geworfen, wenn die Frau infolge Krankheit oder weil sie ihre kleinen Kinder nicht allein in der Wohnung lassen wollte, sich einmal weigert, bei dem Dienstherrn zur Arbeit zu gehen. In vielen Fällen sind Arbeiter von Besitzern mit Totschneien und Prügelein bedroht worden, wenn sie es wagen würden, nochmals den Hof zu betreten. Viele hundert Strafbefehle werden jährlich von den Amtsvorstehern gegen Arbeiter erlassen, die, weil sie es nicht mehr im Dienst aushalten konnten, den Dienst vor Beendigung der Kontraktzeit verlassen mußten.

Uns steht für diese Behauptungen ein erdrückendes Tatsachenmaterial zur Verfügung. Da klingt es denn geradezu ungeheuerlich, wenn der Landwirtschaftsminister diesem Antrag der Junkerliga seine Unterstützung verspricht. Jeder Mensch, der das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter auf dem Lande kennt, muß sich darüber empören, wenn ein Minister in vollständiger Unkenntnis der wirklichen Sachlage behauptet: „Im allgemeinen herrscht jedoch auf dem Lande thatsächlich ein sozialer Friede. Die früher der Kleingewerbetreibende mit seinem Gesellen an einem Tische saß und ein wahrhaft patriarchalisches Zustand herrschte, so ist es Gott sei Dank noch heute bei unsren Bauern. Kommen Sie hin, am Tische des Bauern sitzt sein Arbeiter mit ihm zusammen in tiefem sozialen Frieden.“

Es ist eines jeden Politikers muß es sein, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß der ohnehin geschichtete und ausgebeutete Landarbeiter nicht vollständig zur Leibeigenschaft erniedrigt wird. Auch im Interesse der Landwirtschaft liegt das nicht.

### Seceros-Krieg.

Ueber ein neues Gefecht wird dem „Tag“ gemeldet: Die Compagnie Fischel hatte am 14. d. M. abends zwischen Secis und Windhof auf dem Wege nach Gobabis ein Borspottengeplänkel zu bestehen. Verluste auf unsrer Seite: tot: Seefeldaten Mahule, Luttermüller und Schneider, schwer verwundet: Seefeldat Henze (linker Oberarm, Hand), leicht verwundet: Geseiter Krndt. Die Toten wurden an der sogenannten „Schwarzen Klippe“ begraben.



## Ausland.

### Frankreich.

**Rebellische Offiziere und Staatsanwälte.** Der Appellationshof von Rennes hatte die Liquidation der Niederlassung einer Kongregation zu Rennes angeordnet. Diese mußte durch die bewaffnete Macht herbeigeführt werden und wurden zu diesem Zwecke 1500 Mann der Garnison Rennes beordert. Fünf Militäroffiziere weigerten sich, dem Befehl Folge zu leisten. — Wie die Offiziere, so legen auch viele der Herren Staatsanwälte der antillierischen Politik der Regierung Widerstand entgegen. So mußte der Staatsanwalt von Senlis strafverleugert werden, weil er sich weigerte, pflichtgemäß gegen die renitenten Kongregationen vorzugehen. Ueber die das Ministerium bedwengende Tagesordnung des Deputierten Subdier ging die Kammer mit 876 gegen 57 zur einfachen Tagesordnung über. —

**Der Streik der Angestellten der Pariser Ost-Tramway** ist von neuem ausgebrochen, da die Direktion den Entscheid der Schiedsrichter nicht gehalten hat; namentlich wurde der Vertrag bezüglich der Regelung der Dienstzeit verletzt. Die Vertreter der Angestellten suchten unter Mitwirkung der Behörden neue Verhandlungen herbeizuführen, die Direktion lehnte jedoch ab. Darauf haben sich die Streikenden an den Minister für öffentliche Arbeiten gewandt und verlangt, daß dieser die Gesellschaft zur Einhaltung der schiedsrichterlichen Entscheidung zwingt. Ferner wurde beschloffen, den Dienst vorläufig wieder aufzunehmen, am 20. d. Mts. Depotversammlungen abzuhalten, um das Resultat der ministeriellen Aktion zu prüfen. Jeden weiteren Ausschlag betrachten die Streikenden — so heißt es in einer angenommenen Resolution — als einen Beweis für die Wirkungslosigkeit eines gesetzlichen Vorgehens. —

### England.

#### Ein Mlaubuch über die Kongo-Gruel.

In London ist ein Mlaubuch über die Kongo-Angelegenheit veröffentlicht worden. Dasselbe umfaßt den Zeitraum vom 21. Januar 1903 bis zum 12. Februar 1904. In dem Mlaubuch ist ein Bericht über den Besuch Lord Cromers in Kiro und Lado enthalten sowie die Note der Kongo-Regierung, in welcher diese das am 8. August 1903 von England an die Signalmächte der Kongo-Akte abgeordnete Rundschreiben beantwortet, ferner der Bericht über den Besuch des britischen Konsuls Casement im inneren Kongogebiet. Dieser Bericht weist darauf hin, daß von den britischen Beamten große Thatkraft entwickelt werde bei der Einführung ihrer Maßnahmen zu dem Ziele, eines der wildsten Gebiete Afrikas zu beherrschen. Casement erwähnt zunächst, daß der eigentliche Verlauf von Sklaven verschwinde, der früher so weit verbreitetes Uebel war. Er geht dann zu einer ausführlichen Schilderung der Zwangsarbeit über. Sodann führt er zahlreiche Mißbräuche an, darunter die Inhaftierung von Frauen, um ihre Männer zur Arbeit zu zwingen, und schildert ferner schwere Fälle von Grausamkeiten und Folterungen durch Eingeborenenruppen, die im Kaufsgebiet als Polizei verwendet werden. Schließlich teilt das Mlaubuch eine Denkschrift vom 11. Februar d. J. mit, durch welche das auswärtige Amt die Note des Kongo-Kongresses vom 17. September beantwortete. In der Denkschrift heißt es, der Bericht des Konsuls Casement werde den Signalmächten der Berliner Kongo-Akte und dem Parlament vorgelegt werden. Die Mitteilungen Casements über die Verwaltung des Kongo und das bei der Steuerentziehung beobachtete Verfahren bildeten eine ernste Anklage, die keines Kommentars bedürfe. Die britische Regierung sei der Meinung, daß in weiten Gebieten die durch den Berliner Vertrag übernommenen Verpflichtungen nicht durchgeföhrt worden seien. Was den Kongohandel betreffe, so dürfte es angezeigt sein, die Frage dem Hanger Schiedsgericht zu unterbreiten. —

### Dänemark.

#### Dänemark macht mobil.

Am Sonnabend erhielten die entlassenen Mannschaften des ersten Artilleriebataillons der Jahrgänge 1808 bis 1903 vom dänischen Kriegsministerium Befehl, sich unverzüglich im Kastell Kopenhagen zu verammeln. Es handelt sich hier um 1500 Mann. Die „Socialdemokraten“ erfuhren, sind außerdem noch weitere Geseßungsbeschlüsse ausgefertigt worden. Daraufhin haben sich die Polkettungs-männer A. C. Weber und R. M. Klausen an den Admiral Gade gewandt, um näheres über die geplanten Abstellungen zu erfahren. Dieser erklärte: Die Einberufung der 1500 Festungsartilleristen und 60 Marinesoldaten sei nur ein erster Schritt, es wären Vorbereitungen getroffen, um im ganzen 25000 Mann einzuberufen. Der Admiral wollte jedoch für die absolute Nichtsicherheit dieser Zahl nicht garantieren. — Aus Alsborg erhielt „Socialdemokraten“ am Sonnabendabend die telegraphische Mitteilung, daß zwei Jahrgänge der Mannschaft des 11. Bataillons nach Seeland einberufen sind. In dieser Stadt herrscht, ebenso wie in Kopenhagen große Erbitterung über diese Veranstaltung, die eher schädlich als vorteilhaft erscheint.

Der Ministerpräsident Deunger hat, wie jetzt bekannt wird, dem Finanzausschuß des Folketings kürzlich einiges über die militärischen Veranstaltungen mitgeteilt. Die socialdemokratischen Mitglieder Harald Jensen und R. M. Klausen wollten mit ihrer Reaktion über die Sache konsultieren; es wurde ihnen jedoch verboten, in irgend einer Weise darüber zu reden. Sie legten entschieden Protest ein gegen die geplanten Veranstaltungen sowohl, als auch gegen die Kompetenz des Finanzausschusses, diese zu genehmigen.

Bezugnehmend auf den Beschluß der letzten internationalen socialistischen Konferenz in Brüssel, daß die Socialdemokratie in allen Ländern das äußerste ausbieten soll, um den Frieden in Europa zu bewahren, schreibt unser Bruderorgan in Kopenhagen:

„Auch die dänische Socialdemokratie wird ihre zugleich nationale und internationale Pflicht zu erfüllen wissen. Heute sagen wir zu Europa: Das dänische Volk hat nichts mit diesen Veranstaltungen des Ministeriums Deunger zu schaffen. Sie sind nicht der Volksrepräsentation vorgelegt und nicht von ihr gutgeheißen worden. Man hat sie der Volksrepräsentation garnicht vorschlagen dürfen, denn man wußte, daß sie auf entschiedenen Widerstand stoßen würden. Selbst die Repräsentanten der Regierungspartei im Finanzausschuß dürften die Sache nicht ihrer Fraktionsführung unterbreiten. Es würde sich nämlich auch dort, ebenso wie in der Socialdemokratie, entschiedener Protest dagegen erheben haben. Die Schließung der Festung ist Bestandtheil der Wille und das Programm der Mehrheit des dänischen Volkes, selbst wenn auch eine Hofregierung, die sich als zur Linken gehörend bezeichnet, dieser Forderung untreu wurde.“ —

## Parlamentarisches.

**Wahlprüfungskommission.** Zunächst wurden in der Sitzung vom 16. Februar die Berichte festgestellt über die Wahl der Abg. Graf Ballestrin (s. Dypeln), Guentier, nationalliberal (s. Königberg), Wrejsli, Pole (s. Marientorverder), von denen die beiden ersten für gültig erklärt worden sind, während über die letztere noch Beweiserhebungen angestellt werden sollen. Dann ging die Kommission zur Prüfung der Wahl des konservativen Abgeordneten v. Brodhausen über, 4. Wahlkreis Köslin, Belgard, Dramburg, Schidelsheim. Zwar erhielt der konservative Herr v. Brodhausen gleich in der Hauptwahl 10249 Stimmen gegen 2109 socialdemokratische und 1344 der freimüthigen Vereinigung, aber der gegen die Wahl von socialdemokratischer Seite gerichtete Protest behauptet, es seien schwere amtliche Beeinflussungen im Wahlkreis vorgekommen. Eingangs der Beratungen fand ein Teil der Kommissionsmitglieder diese Behauptungen nicht genügend substantiiert; als jedoch auf Verlangen anderer Mitglieder die Protestpunkte einzeln durchgenommen wurden, stellte sich heraus, daß in diesem wie in andern pommerischen Wahlkreisen die Wahl mit gubernalmentalen, geschweidrigten Mitteln zu Gunsten der Konservativen gemacht wurde.

Der Protest führt zunächst an, vom Landratsamt des Kreises Belgard sei an die Gemeindevorsteher die Anweisung ergangen, die Verbreitung socialdemokratischer Flugblätter und Stimmzettel zu verhindern. Das sei bereits in einem Prozeß zur Sprache gekommen und von einem Zeugen behauptet worden, der auch in dem Prozeß als Zeuge angegeben ist. Positiv wird ferner behauptet: Der Gemeindevorsteher in Neu-Samlow verbot den Austrägern von socialdemokratischen Flugblättern und Stimmzetteln die Verbreitung derselben und nahm trotz des dagegen erhobenen Protestes den Verbreitern alle Flugblätter und Stimmzettel gewaltsam aus den Taschen mit der Erklärung, er habe Anweisung so zu handeln. Auch der Gemeindevorsteher in Borbruch bei Polzin habe socialdemokratische Flugblätter und Stimmzettel konfisziert und trotz allem Hinweises der Verbreiter auf ihr gesetzliches Recht ebenfalls erklärt, er habe Anweisung, so zu handeln. In Roslin drohte der Gemeindevorsteher den Verbreitern socialdemokratischer Flugblätter und Stimmzettel sogar mit Verurteilung, wenn sie die Austragung nicht einstellten. Aehnliche Beeinflussungen werden aus zahlreichen Orten berichtet.

Zu den nächsten Protestbehauptungen sollen Beweiserhebungen veranstaltet werden, jedoch wurde die Beratung darüber wegen Beginn der Plenarsitzung nicht zu Ende geföhrt, besonders soll in der nächsten Sitzung die Entscheidung darüber getroffen werden, ob die in Neu-Samlow, Borbruch, Roslin etc. erfolgte Konfisizierung socialdemokratischer Flugblätter und Stimmzettel als eine genügende Substantiierung der Protestbehauptung angesehen werden könne, daß vom Landratsamt die Anweisung dazu ausgegangen sei.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 17. Februar.

## Freiwild.

III.)

### Bruch des Briefgeheimnisses und Beamtenbestechung.

Artikel 33 der preussischen Verfassung: „Das Briefgeheimnis ist unverletzlich.“

Der Spiegel steht über den Gesetzen, er stößt Thron und Altar durch Gesetzwidrigkeiten, die heute in der That allem Anschein nach die einzige wirksame Stütze von Thron und Altar sein können.

Nach § 299 des Strafgesetzbuchs liegt eine kriminell strafbare Verletzung des Briefgeheimnisses dann vor, wenn irgend jemand einen verschlossenen Brief oder eine andre verschlossene Urkunde, die nicht zu seiner Kenntnisaufnahme bestimmt ist, vorföhlig und in Kenntnis seiner mangelnden Befugnis eröffnet. Nach § 354 des Strafgesetzbuchs ist strafbar ein Postbeamter, der die der Post anvertrauten Briefe oder Pakete öffnet oder unterdrückt oder einem andern wesentlich eine solche Handlung gestattet oder ihm dabei wesentlich Hilfe leistet. Durch § 299 werden Postkarten nicht betroffen, wohl aber durch § 354; nur kann von einer Eröffnung hier nicht die Rede sein. Das Gleiche gilt von den Briefaufschriften und dem Stempel und den etwaigen Bemerkungen auf dem Briefumschlag (z. B. über den Absender). Nicht strafbar würde hiernach sein die Mitteilung des Inhalts von Postkarten und des Inhalts der Briefumschläge an dritte Personen, wohl aber die Ausföhndigung oder das Zurückhalten aller Postsendungen der bezeichneten Art, wenn auch nur für kurze Zeit (z. B. um sie in irgend einer Weise der deutschen oder russischen Polizei zugänglich zu machen). Das fällt unter den Begriff der Unterdrückung, wobei eine Eröffnung nicht erforderlich ist. Strenger ist das Telegraphengeheimnis, das nach § 355 des Strafgesetzbuchs sich auch auf die Mitteilung des Inhalts der Depeschen erstreckt, wodurch nach unbestrittener Auffassung auch der Abendungsort sowie der Name des Absenders und des Adressaten kriminell geschügt sind.

Auf administrativem Wege kann von der Verpflichtung zur Wahrung dieses Geheimnisses nicht entbunden werden. Nur durch Gesetz können Ausnahmen statuiert werden. Die Anfügung zu einer strafbaren Verletzung des Briefgeheimnisses liegt sonach nicht ohne weiteres vor, wenn der Spiegel sich nach der Korrespondenz des Weispigels bei den Postbeamten erkundigt, sofern er dabei ausschließlich jede Mitteilung über Telegramme, unter der Voraussetzung selbstverständlich, daß die Erkundigungen sich nur auf Absender, Abendungsort, Handschrift, die Adresse usw. erstrecken. Wir dürfen indes annehmen, daß jene Einschränkung, die Ausschließung von Mitteilungen über Depeschen, regelmäßig nicht gemacht wird, so daß also Spiegel, die sich bei den Postbeamten nach der Korrespondenz der Russen erkundigen, unter Annahme des üblichen dolus eventualis sich einer Anfügung zu einem Vergehen gegen § 355 des Strafgesetzbuchs schuldig machen.

Weiter gilt folgendes: Soweit das Briefgeheimnis nicht kriminell geschügt ist, ist es Amtsgeheimnis. Jeder Postbeamte ist dienlichlich verpflichtet, Verschwiegenheit über alle auf die durch ihn vermittelten Korrespondenzen bezüglichen Thatfachen zu üben. Eine Mitteilung auch nur der Adresse, der Abendung usw. von Briefen, Postkarten und dergleichen ist eine pflichtwidrige Handlung. Nach § 332 des Strafgesetzbuchs wird ein Beamter, welcher für eine Handlung, die eine Verletzung einer Amts- oder Dienstpflicht enthält, Geschenke oder andre Vorteile annimmt, fordert oder sich versprechen läßt, wegen Bestechung mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft. Nach § 333 ist strafbar, wer einem Beamten Geschenke oder andre Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt, um ihn zu einer Handlung, die eine Verletzung einer Amts- oder Dienstpflicht enthält, zu bestimmen. Auf diesem Delikt, der sogenannten aktiven Bestechung, steht Gefängnis bis zu fünf Jahren und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Jeder Postbeamte, der sich durch Cigarren, Trinkgelder oder dergleichen bestimmen läßt, dem Spiegel, sei es dem deutschen, sei es dem russischen, irgend welche Mitteilungen über die Korrespondenz der Russen zu machen, ist des Verbrechens aus § 332 des Strafgesetzbuchs schuldig; jeder Spiegel, der es unternimmt, einen Postbeamten zu einer solchen Handlung durch Geschenke zu bestimmen, macht sich aus § 333 strafbar. Das ist unzweifelhaft Rechtens, und wir möchten unsre russischen Freunde dringend ersuchen, alle Fälle dieser Art, die ihnen bekannt werden, stets zur Anzeige zu bringen, damit diesem skandalösen Unfug, diesem verbrecherischen Treiben ein Ende bereitet wird. Doch um mehrere Fälle dieser Art mitgeteilt worden sind, insbesondere ein auf einen Studenten Sch. bezüglicher, sei hier noch ausdrücklich hervorgehoben. Soweit wir übersehen können, ist es in diesen Fällen stets bei dem erfolglosen Versuch geblieben.

Auch soweit keine Geschenke angeboten oder gewährt sind, würde die Verleitung zu einer gröblichen Pflichtverletzung vorliegen, gegen die sich die Reichspostverwaltung auf das nachdrücklichste wehren müßte.

Es kann keine Rede davon sein, daß die Postverwaltung etwa befugt wäre, auf Ersuchen der Polizei dieser alle durch das Strafgesetzbuch nicht als Briefgeheimnis geschügten Mitteilungen über die Korrespondenz zu machen. Die Reichspostverwaltung ist nicht eine Behörde im gewöhnlichen Sinne des Wortes, sie ist eine verstaatlichte Verkehrsanstalt. Die Briefbeförderung erfolgt auf Grund eines zwischen dem Absender und der Reichspostverwaltung geschlossenen, rein zivilrechtlichen Vertrages, dessen Inhalt durch Gesetz, Reglements, Verordnungen und dergleichen bestimmt ist und

nicht einseitig von der Postverwaltung geändert werden kann. Die Natur des Briefvertrages, als welcher sich der Briefbeförderungsvertrag darstellt, schließt es notwendig aus, daß die Postverwaltung in irgend einer Weise entgegen dem Sinne und dem offenbaren Willen des Absenders und Empfängers über die Postsendung verfügen darf. Ein Gleiches gilt von den Eisenbahnverwaltungen. Das muß entgegen einer jüngst durch die Presse gegangenen (vergleiche „Berliner Zeitung“ vom 22. Januar, Abendausgabe) durchaus verkehrten Auffassung nachdrücklich betont werden. — Post- und Eisenbahnverwaltung werden gut thun, ihre Beamenschaft vor den Klaffensätzen der Spiegel-Verföhler eindringlich zu warnen.

### „Mein Haus ist meine Feste“.

Daß die Besuche der Spiegel sich nicht immer darauf beschränken, Erkundigungen einzuziehen, ist aus den Fällen Krassloff und Eckholdin genugsam bekannt. Trotz des vom Abg. Spahn noch jüngst im Reichstag gepriesenen „Fremdenrechts“ hat im ganzen heiligen preussischen Reich keine einzige Behörde etwas dagegen einzutenden, daß die Russen aus wichtigen Anlässen heraus selbst der Durchsuchung und Verhaftung ausgesetzt sind. In zwei weiteren und vorliegenden Fällen, die möglicherweise typisch sind, schritten die Kriminalbeamten zur Durchsuchung der Bibliothek und Papiere, ohne irgend eine Rechtfertigung auch nur zu versuchen. Bei dem Studenten P. zu Charlottenburg, Hohlendorfsstraße, machte der Spiegel sich, während P. der Aufforderung gemäß seine Legitimationspapiere herausbrachte, ohne einen Ton zu sagen, an die Durchstöberung der auf dem Tisch liegenden Papiere und Zeitungen. Bei der Studentin S. benutzte er einen löstlichen Vorwand; er behauptete seinen Bleistift verloren zu haben und durchwühlte nun das ganze Zimmer, angeblich — um den Bleistift zu suchen.

Wir haben bisher nur von solchen Fällen berichtet, wo die Spiegel die Wohnungen der Russen in deren Eiderföhndnis betreten haben; jetzt wollen wir zu den besonders krassen Fällen übergehen, in denen sie widerrechtlich eingedrungen sind. Das ist mit Erlaubnis der Hauswirthin hinter dem Rücken der berechtigten Wohnungsinhaberin zum Beispiel bei einer Frau G. in der Philippstraße im Frühjahr 1902 gewesen. — Vergeblich versucht worden ist es im Sommer 1902 in der Auguststraße bei einem andern Russen; hier blieben die Wirtskleute gegenüber der Witte des Beamten, ihn die Letztere und Korrespondenz des Russen in seiner Abwesenheit durchsuchen zu lassen, zum Glück standhaft. — Einem Herrn R. erging es in der Ansebeststraße im Sommer vorigen Jahres ebenso. Die Wirtin verweigerte ihre Erlaubnis, weil ihr Mann nicht zu Hause war.

Ausföhrlischer möchten wir über die Erlebnisse eines Herrn V. berichten, die er im Juni 1903 in Charlottenburg, Schillerstraße, gehabt hat. In Abwesenheit des Herrn V. erschien bei seiner Wirtin ein Kriminalbeamter und bat sie zunächst, ihn zur Durchsuchung der Wohnung des Herrn V. einzulassen. Er fiel mit seiner dreisten Zumutung ab, obwohl er versicherte, er wolle nur nachsehen, ob V. verbotene Schriften besitze. Nun begann ein wahres Kreuzverhör. Er fragte zum Beispiel, welche Zeitung V. lese, und notierte sich sorgfältig, als er hörte: den „Vorwärts“. Er teilte mit, daß er genau wisse, daß V. häufig Besuche bekomme, besonders von zwei Damen mit kurz geschorenem Haar, und plauderte liebenswürdig weiter, daß viele Russen, nur um Politik zu treiben, nicht um zu studieren, nach Deutschland kämen; viele seien Rißföhler und fertigten Bomben an; die Wirtin solle ja aufpassen, ob V. auch Derartiges thue. Als ihn die Wirtin fragte, warum er denn alle diese Nachforschungen anstelle, erhielt sie die klassische Antwort: „Aus Liebe zum Vaterlande“. Hier kann auch bewiesen werden, daß die deutsche Polizei Demunziationen an die russische liefert. Als nämlich V., der bisher in Russland ganz unbehelligt geblieben war, im Juli vorigen Jahres zum Ferienaufenthalt nach Russland fuhr, wurde er von Berlin ab auf der ganzen Reise, die er mit einer russischen Studentin gemeinsam machte, von Spiegeln begleitet. An der Grenze wurden beide einer Gepäc- und Leibesvisitation unterzogen, deren Sorgfältigkeit und Gründlichkeit sich daran erkennen läßt, daß sie volle acht Stunden in Anspruch nahm. Von drei Spiegeln wurden sie sodann von der Grenze bis zur Heimat begleitet, und während des gesamten Ferienaufenthalts konnte V. die ungebetenen Gäste ebenso wenig los werden wie seinen Schatten.

Bei einer Frau K. ist im Mai 1902 ein dreifacher Einbruch verbunden mit Durchsuchung verübt worden, bei dem ein Brief gestohlen wurde. — Bei Herrn G. erschien eines Tages, als niemand zu Hause war, ein Kriminalbeamter. Sein Klingeln wurde nur durch das Vollen eines Händchens, der einzigen lebenden Seele in der Wohnung, beantwortet. Der Kriminalbeamte witterte aber Unrat: Bombenfabrikation, geheime Zusammenkünfte, wer weiß, was in dieser Wohnung gerade eben getrieben wurde! Er war offenbar überzeugt, einen vorzüglichen Fang zu machen, und ließ sich daher durch das Vollen des Händchens nicht abföhren, sondern lärmte auf der Treppe, daß das ganze Haus zusammenliefe, schrie den Namen des Herrn G. unter lautem Klopfen gegen die Thür und zerriff schließlich in seinem staatsretterischen Eifer die Klingel. „Herr G., öffnen Sie mir, verbergen Sie sich nicht, ich bin von der Polizei!“ Alles blieb vergeblich. Schließlich holte der Verzweifelte den Portier und öffnete mit seiner Hilfe die Thür, um sich zu seinem großen Schmerze zu überzeugen, daß weder Bomben fabriziert wurden, noch ein Verchwörerneß auszuheben war. Als dieser Herr einige Tage später den Herrn G. aufsuchte, richtete er unter andern an ihn die Frage, warum ihm denn die deutschen Universitäten besser gefallen als die russischen, gerade als ob er die Rede Nichtsthens vom 19. Januar 1904 vorausgeahnt hätte. Seine phänomenale Bildung bewies er durch die Frage, ob Herr G. „diesen Herrn“ (hierbei deutete er auf ein Bild von Karl Marx) genau kenne. Offenbar hoffte er, hier einen ganz besonders gefährlichen russischen Affaristen wenigstens in offizio auf der Fährte zu sein.

Und nun das Schönste. Im Winter 1902/03 wohnten in Charlottenburg bei einem Fräulein A. mehrere russische Studenten in verschiedenen Zimmern; drei davon hatten ein gemeinschaftliches Zimmer. An dem Zimmer, das ein Fräulein G. bewohnte, befand sich ein Balkon, von dem aus man in das Zimmer der vorgenannten drei Herren sehen konnte. Von diesem Balkon aus nun beobachtete ein Herr N., wie in dem andern Zimmer am Schreibtisch ein Herr von dem bekannten Typus etwa zwei Stunden lang die Korrespondenz, Zeitungen, Bücher usw. der abwesenden Bewohner durchsuchte, wobei er sich eifrig Notizen machte. Er war so vertieft in seine „Arbeit“, daß er den Beobachter nicht bemerkte. Der „Herr“ ist einige Monate später in den Räumen der Charlottenburger Polizeidirektion mit Bestimmtheit wiedergesehen worden.

## Gewerkschaftliches.

### Streikpostenstehen ist kein „grober Unfug“.

Gerichte und Behörden sollten das nachgerade ebenso gut wissen wie die Arbeiter. Aber es finden sich immer wieder Behörden, die das Streikpostenstehen durch Strafmandate als „groben Unfug“

\*) Siehe die Nummern 25 und 30 des „Vorwärts“.



ahnden, und Gerichte, welche solche Strafmandate bestätigen. In den höheren Instanzen freilich kommt es dann regelmäßig zur Freisprechung und die Staatskasse trägt allemal die Kosten. Der vor Gericht citierte und freigesprochene Streikposten aber hat mindestens die Laufereien und Scherereien, die notgedrungen mit der Rolle eines Angeklagten verbunden sind, und wird in Wirklichkeit wenigstens dadurch für eine Tätigkeit bestraft, wegen welcher formell eine Verurteilung nicht erfolgen kann.

Im August d. J., während des Zimmererstreiks, hatte der Zimmerer Anton auf dem Bahnhof in Erfurt Streikposten gestanden. Bei dieser Gelegenheit sprach er einen aus der Richtung von Gotha kommenden Zimmermann an. Dies sah ein Polizist und flugs wurde der Zimmermann notiert und dann wegen grober Unfugs unter Anklage gestellt. Von dem Schöffengericht zu Erfurt wurde der Angeklagte wegen Verübung grober Unfugs zu sechs Mark Geldstrafe verurteilt. Am Montag kam die Sache vor der Berufungs-Staatskammer nochmals zur Verhandlung und wurde der Angeklagte freigesprochen, mit der Begründung, daß in dem bloßen Streikpostenstehen das Delikt des groben Unfugs nicht erblickt werden könne. Es gehört mindestens dazu, daß durch das Streikpostenstehen das Publikum belästigt worden sei, was keineswegs in dem unter Anklage stehenden Falle zutraf. Es sei nur festgestellt, daß der Angeklagte einen Reisenden, der wie ein Zimmermann aus sah, ansprach und daß er diesen auf den Streik aufmerksam machte. Nicht erwiesen sei aber, daß sich durch diese Ansprache jemand belästigt gefühlt habe. Aus diesem Grunde müsse das Urteil aufgehoben, der Angeklagte freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt werden. — In einem andern Fall wurde der Zimmermann Höttermann vom Schöffengericht von der Anklage wegen Streikpostenstehens freigesprochen. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein, mußte aber zu seinem Leidwesen einsehen, daß er auch damit kein Glück hatte, indem das erste Urteil als zu Recht bestehend erachtet wurde. Der Angeklagte ging während des Streiks früh um 8 Uhr spazieren und traf unterwegs einen Tischler, mit dem er früher zusammen gearbeitet hatte. Er fragte letzteren, ob er nicht wisse, daß hier gestreikt würde. Als der Angeredete dies bejahte, sagte er: „Du wirst doch nicht arbeiten, Du verdirbst uns ja den Streik!“ Auch darin wurde der grobe Unfug entdeckt und daraus geschlossen, daß der Angeklagte als Streikposten in dieser Straße aufgestellt war. Der Staatsanwalt schloß das darauf, weil früh um 8 Uhr noch niemand spazieren geht. Der als Zeuge geladene Tischler sagte aus, daß er sich nicht im geringsten belästigt gefühlt habe. Auch hier trägt die Staatskasse die Kosten.

### Berlin und Umgegend.

Zum Zustand der Einseker und Bautischler nahm der Centralverband der Bautischlermeister Berlins und Umgegend in einer außerordentlichen Generalversammlung im „Brandenburger Haus“ Stellung. Der Vorsitzende Tischlermeister E. Schaar, sowie die Kommissionsmitglieder Vohl und Lassen berichteten über die Verhandlungen der Ausständigen und die bis dato gepflogenen Verhandlungen. Es handelt sich in der Hauptsache um Accordarbeiten. Die Ausständigen verlangen eine Aufbesserung einzelner Tarifpositionen, sowie die Bestellung von Hilfsarbeitern, die ihnen die Türen und Fenster auf den Bauten bis zu den Fensteröffnungen etc. in den einzelnen Etagen schaffen. In der Versammlung wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die letzte Forderung für die Kleinmeister, die nur über geringes Personal verfügten, ruiniert sei und zu endlosen neuen Scherereien und Streitigkeiten führen werde. Nach längerer Erörterung wurde die bestehende Kommission beauftragt, mit den Einseckern weiter zu unterhandeln. Die Bautischler verlangen die kostenlose Lieferung der sogenannten Maschinenarbeit von seiten der Arbeitgeber für die Accordarbeiter. Um den vielen fast endlosen Streitigkeiten mit den Tischlern ein Ende zu machen, wurde beschlossen, eine Tarifgemeinschaft zwischen den einzelnen Organisationen anzubahnen, kleinerer Abmachungen mit den eignen Gesellen zu treffen oder zu unterschreiben, sondern dies stets der Organisation zu überlassen.

Der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-Verband (Ortsverwaltung Berlin I) konstatiert in seinem diesjährigen Jahresbericht für 1908 einen erfreulichen Aufschwung der Ortsverwaltung gegenüber den beiden Vorjahren. Infolge eines planmäßigen Ausbaues der inneren Organisation durch Einrichtung des Bezirksführer- und Betriebsvertrauensmänner-Systems ist es gelungen, die in den Vorjahren stark zurückgegangene Mitgliederzahl von 5800 auf 8120 zu steigern. Davon entfallen auf das Handelsgewerbe (Geschäftsdienere, Bader usw., Kellerarbeiter, Fahrstuhlführer, Markthallenarbeiter und Motorführer) 3398; auf die Kutscher (Kollkutscher, Vierfahrer, Fräiser, Müll-, Omnibuskutscher mit Stallknechten und sonstige Kutscherbränden) 2442; auf die Arbeiter (Kohlen-, Mineralwasser-, Speditionen-, Möbeltransport-, Speisere- und Leitergerüstarbeiter sowie Schiffer und Fensterputzer usw.) 2028 Mitglieder; weibliche Mitglieder wurden 244 gezählt. — Zwecks Agitation wurden in den verschiedenen Berufsgruppen abgehalten: 130 größere Versammlungen, 345 Betriebsbesprechungen, 85 Bezirksversammlungen und 74 Sitzungen der verschiedenen Kommissionen. Die bedeutendsten Berufsfragen in den Versammlungen betrafen: „Erhebungen über die Arbeitszeit für die Geschäftsdienere, Bader, Hausdienere usw. in den Engros-Geschäften“. Das Resultat derselben ist dem kaiserlich Statistischen Amt zur Kenntnisnahme übermittelt worden. Ferner: „Einführung der vollständigen Sonntagsruhe als auch des 8 Uhr-Abend schlusses“; „Protest gegen die hohen Polizeistrafen, unter denen die Kutscher zu leiden haben“; und „Die Arbeitsnachweisfrage der Kutscher“. — An Krankenunterstützung wurden 9733,50 M. an 582 Mitglieder gezahlt; Arbeitslosen-Unterstützung erhielten 338 Mitglieder für 1070 Wochen mit insgesamt 6185,90 M. Eine zufriedenstellende Entwicklung hat der Arbeitsnachweis angenommen; die Arbeitgeber schenken demselben eine steigende Beachtung, leider konnte manche gute Stelle mangels geeigneter Bewerber nicht besetzt werden. Arbeitslos meldeten sich aus den verschiedenen Branchen insgesamt 2020 Personen; verlangt wurden dagegen 3625 Personen, davon sind 3387 Stellen direkt durch Arbeitgeber gemeldet worden; besetzt wurden 1719 Stellen. —

Der durchschnittliche Wochenlohn betrug bei den besetzten Stellen für Hausdienere, Bader und Fahrstuhlführer 20,40 Mark; für Kutscher 21,65 M.; für Speditionen-, Lager-, Keller- und Kohlenarbeiter 21,40 M.; für Mineralwasserarbeiter 22,60 M. und für Fensterputzer 20 M. und für Burschen 13,45 M. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit betrug für Hausdienere usw. 11,2 Stunden; für Kutscher 13,4 Stunden; für Speditionen- usw. Arbeiter 10,6 Stunden; für Mineralwasserarbeiter 11,7 Stunden; für Fensterputzer 10 Stunden und für Burschen 11,3 Stunden. An größeren Streiks hatte die Organisation durchzuführen: den Streik der Bierkutscher, der Müllkutscher, der Fräiserkutscher, der Leitergerüstarbeiter, der Fahrstuhlführer, den Streik in der Milchzentrale und den Streik der Omnibuskutscher. Außerdem war eine größere Anzahl Mitglieder durch den Metallarbeiterstreik in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Streiks kosteten dem Verbande rund 18 000 M. an Streik- und Bewahrgeldern-Unterstützung. An Einnahmen erzielte die Organisation 101 891,73 M., der eine Ausgabe von 90 505,28 M. gegenübersteht. Es verbleibt somit ein örtlicher Bestand von 11 386,50 M.

Der Bautischler-Streik in Steglitz und Umgegend hat eine Ausdehnung erfahren insofern, als die Einseker von Steglitz und Richterfelder Firmen sich mit ihren Berufskollegen solidarisch er-

kärten und die Arbeit ebenfalls niederlegten. Aus Anlaß des Streiks ist der Arbeitgeber-Schutzbund (Sektion Steglitz) mit einem Appell an die „Mitbürger“ niedergekommen, dem man an der Form noch deutlich die vorangegangenen Wehen anmerkt. In einem „Eingefandte“ an den „Steglitzer Anzeiger“ läßt ein biederer Meister seine Feder wie folgt über das Papier stolpern:

„Wir können diese Niederlegung nur als eine auf Terrorismus beruhende bezeichnen und bitten unsere Mitbürger, Einsicht bei den betreffenden Tischlermeistern resp. Arbeitgebern in die Lohnbücher der Gesellen zu nehmen, um zu sehen, ob irgend ein Grund zur Gewalt vorliegt. Wir bitten ferner um Unterstützung, namentlich seitens der Hausherrn; wir werden alles aufbieten, um unsere Verpflichtungen mit Hilfe des Verbandes der Arbeitgeber für Deutschland nachzukommen. Das schwer beladene, ernsthaft kämpfende deutsche Handwerk ist noch nicht — wie oft gesagt wird, tot. Es wird weiter kämpfen, als ein Vollwerk gegen den Umsturz, eine Stütze für Thron und Reich! Wir beanspruchen nur Gerechtigkeit und werden bemüht sein, den gestörten Frieden herzustellen, und zwar wenn dies möglich ist, ohne unsere Existenz, unser Hab und Gut — unsere alte Handwerks-Ehre zu untergraben, zu vernichten.“

„Terrorismus“, „Umsturz“, „Thron und Reich!“ Wie er sich räuspert und wie er spuckt, hat der kleine Arbeitgeber-Schutzbund seinem großen Zwölftausend Mark-Bruder glänzend abgedungelt. Aber sein Genie und seinen Geist kann er sich mit den geringen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht zulegen und so muß denn die des Bobels längst entwöhnte Faust zur noch ungewohnten Feder greifen. Was dabei zu stande kam, sieht man oben, ahnt man aber noch mehr, wenn man aus einer redaktionellen Anmerkung des „Steglitzer Anzeigers“ erfieht, daß das Eingefandte ursprünglich Wendungen enthielt, die „möglichstweise als formale Beleidigungen ausgelegt werden konnten.“

Der Terrorismus der Tischlergesellen besteht darin, daß sie fordern, was in Berlin und andern Orten längst zu Recht besteht. Wenn nun die Steglitzer Innungs-Tischlermeister alles aufbieten wollen, um ihren Verpflichtungen mit Hilfe des Verbandes der Arbeitgeber für Deutschland nachzukommen“ zu können, „ohne ihre Existenz, ihr Hab und Gut zu untergraben und zu vernichten“, so mag das für alle, die mit ihnen geschäftlich zu thun haben, so tröstlich wie für den Arbeitgeber-Verband schmerzlich sein; Gerechtigkeit beanspruchen sie damit nicht. Gerechtigkeit beanspruchen die Gesellen, welche fordern, daß die Herren dieselben Löhne wie die Berliner Tischlermeister zahlen.

### Achtung! Sattler aller Branchen!

Die Differenzen in der Leder- und Sattlerwarenfabrik von Johannes Salentin, Waldemarstr. 29, sind zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt.

Die Ortsverwaltung Berlin des deutschen Sattlerverbandes.

### Deutsches Reich.

Achtung, Gips- und Steinbrucharbeiter! Die Arbeiter der Gipswerke Julius Hütte, Culing sowie Kohnmann u. Co. in Ellich legen die Arbeit nieder. Die Fabriken von Rad, Millus und Töpfer sowie sämtliche Betriebe von Rieder-Sachs werden dieser Tage folgen. Es kommen ca. 400 Personen in Betracht, welche sämtlich dem Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-Verband angehören. Der Grund zur Arbeitsniederlegung ist allzu lange Arbeitszeit. Man mußte in einzelnen Betrieben bis 18 Stunden arbeiten. Ferner geringer Lohn und schlechte Behandlung von seiten der Fabrikmeister. Sämtliche Arbeiter sind entschlossen, nicht früher die Fabriken wieder zu betreten, bis alle Forderungen bewilligt sind. Es ist Ehrensache eines jeden Gips- und Steinbruch-Arbeiters, den Jutag nach hier fernzuhalten. Alle Briefe sind zu richten an Ernst Gräfe, Mühlendammtürich.

### Wenn zwei daselbe thun.

Ein Terrorismusfall, den hoffentlich die bürgerliche Presse mit gewohnter Eifertigkeit ihren Lesern ebenfalls aufstischen wird, kam dieser Tage in der Berufungsinstanz vor dem Landgericht zu Deutzen zur Aburteilung.

Während des Deutzhener Maurerstreiks im Juni vorigen Jahres wurde der Maurer Joseph Scholz beim Vorüberfahren an einem Bau von dem Bauunternehmer Vialas gezwungen, vom Rade zu steigen, und erhielt nach einem Wortwechsel von diesem mehrere Schläge mit dessen dickem Stöckel. Der Fleischermeister Kawrath, der auch bauen liebte, kam dazu und nahm Vialas' Stöckel, um die Mißhandlung gegen Scholz fortzusetzen; dieser ergriff aber die Flucht, da eine ganze Anzahl Arbeitswilliger von den nahegelegenen Bauten mit Knäpeln und Steinen auf ihn losgingen. Von den Verfolgern war Kawrath der erste, er schlug nach der Bekundung eines Zeugen nach Scholz mit dem Stöckel, worauf dieser sich umdrehte und Kawrath den Stöckel entwand, wobei er hinfiel. Als er wieder aufgestanden war, schlug Scholz nach seiner eignen Angabe mehrmals mit dem Stöckel den Kawrath so, daß dieser blutete. Das Schöffengericht nahm seiner Zeit an, daß Scholz sich nicht im Stande der Notwehr befand, als er Scholz verurteilte ihn deshalb zu zwei Monaten Gefängnis, während der gleichfalls angeklagte Kawrath — freigesprochen, Vialas aber zu — 21 M. Geldstrafe verurteilt wurde.

Vor dem Landgericht wurde jetzt die Strafe des Scholz allerdings von zwei Monaten auf drei Wochen Gefängnis herabgesetzt; sein freigesprochener Verfolger aber noch — nachträglich zu 21 Mark Geldstrafe verurteilt. Dieser Spruch des Landgerichts ändert aber das Verhältnis zwischen dem Urteil gegen den in der Notwehr handelnden Arbeiter und dem gegen die angreifenden Unternehmer nur graduell.

Der verfolgte Arbeiter erhält zwei Monate bezw. drei Wochen Gefängnis.

Die verfolgenden Unternehmer erhalten je 21 M. Geldstrafe. Dabei steht der Unternehmer Vialas auf eine recht erhebliche Summe von einschlägigen Vorstrafen zurück; er ist schon zwölfmal, darunter fünfmal wegen Körperverletzung, zweimal wegen Unterschlagung, weiter wegen Bedrohung, Hausfriedensbruch, Beleidigung und Freiheitsberaubung bestraft!

Die Lohnbewegung der Textilarbeiter zu Mühlhausen i. Th. ist durch einen Vergleich beendet. Ein Mitglied des Centralverbandes in Berlin verhandelte mit den Fabrikanten, die einige Zugeständnisse machten. Der neue Tarif wurde auf drei Jahre festgelegt. — An dem Beispiel der Mühlhäuser Fabrikanten können die Criminellschauer lernen, wie man mit seinen Arbeitern in Frieden auskommt.

(Siehe auch 2. Beilage.)

## Aus der Frauenbewegung.

Köpenick. Die regelmäßige Vereinsversammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins für Köpenick wird umstände halber nicht Mittwoch, den 17. Februar, sondern Freitag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal Helling (früher Stippeloh) abgehalten, in welcher Herr Ed. Bernstein einen Vortrag über: „Öffentliche Gesundheitspflege“ halten wird. Männer haben als Gäste Zutritt.

Eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer, in welcher Genosse Waldek Manasse einen Vortrag hielt über „Die Frau als

Mitstreiterin im Befreiungskampfe“ tagte am 9. Februar in Weiskensee. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Referent in warmen Worten unseres verstorbenen Freundes und Genossen Emil Rosenow. Die Versammelten erhoben sich zur Ehrung des Verstorbenen von den Plätzen. Sodann begann Redner mit feierlichen Worten anzulegen, warum es nötig sei, daß die Frau Mitstreiterin im Befreiungskampfe sein müsse und erntete am Schluß seines trefflichen Vortrages reichen Beifall von den sehr zahlreich Versammelten.

Steglitz. Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen von Steglitz und Umgegend hält Donnerstag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Bahrendorf, Schloßstr. 117, seine regelmäßige Vereinsversammlung ab, in welcher Herr Waldek Manasse einen Vortrag über: „Kathon der Weife“ halten wird. Herren sowie Damen als Gäste haben Zutritt. Die Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

## Versammlungen.

Der Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Verwaltungsstelle Berlin I, hielt am Donnerstagabend seine Generalversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Die sehr stark besuchte Versammlung begann mit der Ehrung des Abg. Rosenow und der verstorbenen Verbandskollegen. — Zum ersten Punkt der Tagesordnung machte der erste Bevollmächtigte eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen. Die Ortsverwaltung hat mit dem Verein Berliner Hausdienere Fühlung genommen, um die Bedingungen zu besprechen, unter welchen ein gemeinsames Vorgehen möglich wäre. Der erwähnte Verein hat zu weiteren Verhandlungen eine Kommission gewählt. — Rönberg hat das Amt des Bibliothekars und Arbeitsvermittlers nicht angenommen. Die Arbeiten im Bureau häufen sich derart, daß sie nicht mehr bewältigt werden können; der Vorstand hat deshalb vor drei Wochen den Kollegen Ködner provisorisch angestellt. — In der Diskussion wurde über die Wahl Rönbergs teilweise in sehr erregter Weise diskutiert. Außerdem wurde angeregt, auch mit andern Fachvereinen in Verbindung zu treten. — Zu dem gedruckt in Form einer 40seitigen Broschüre vorliegenden Jahresbericht, der den Mitgliedern mehrere Tage vor der Versammlung zugesandt war, fügte Werner hinzu: Die Mitgliederzahl unserer Verwaltungsstelle beträgt 8120 gegenüber 5906 im Vorjahre. Die Massenverhältnisse haben sich gänzlich entwickelt.

Auch die Streiks, die äußerlich verloren waren, blieben nicht ohne Erfolg. So wurden die Arbeitsbedingungen der Kutscher der Milchzentrale nach dem Streik verbessert. Im Omnibusstreik wurden unsere Bedingungen für unerfüllbar erklärt. Die Löhne sind aber jetzt zum 1. Januar um mehr erhöht worden, als wir gefordert hatten. — Mit dem Bauarbeiter-Verband hatten wir bisher Differenzen bezüglich unserer Mitglieder, die im Sommer auf Bauten arbeiten und von denen der Beitritt zu dem Bauarbeiter-Verband gefordert wurde. Wir haben jetzt eine Vereinbarung getroffen, welche Mißverständnisse ausschließt. Der Bericht wurde ohne Diskussion entgegengenommen. — Dann wurde die innere Ortsverwaltung als Kommission zur Führung der Verhandlungen mit dem Verein Berliner Hausdienere eingeleitet.

Die Neuwahl ergab folgendes Resultat. Es wurden gewählt: zum ersten Bevollmächtigten Werner; zum zweiten Bevollmächtigten Reuer; zum Schriftführer Uthes; zum Kassierer Steinicke; zu Beisitzern Binte, Brudow, Mohr. Zu Revisoren wurden Kiesche, Marggraf und Zege ernannt.

Zu der weiteren Diskussion wünschte Frau Ranow, daß die Verwaltung sich mehr um die Zeitungsträgerinnen kümmere. Ferner wird angeregt, immer wieder für die Forderung des Schluß-Postschlusses einzutreten. Ein Antrag, Kommissionen zur speziellen Agitation unter den Frauen und den jugendlichen Arbeitern einzusetzen, wird der Ortsverwaltung überwiesen. Schließlich wurde mitgeteilt, daß die Wünsche der letzten Versammlung, welche die Verwaltung des Gewerkschaftshauses betrafen, nunmehr erfüllt seien.

Der Sozialdemokratische Wahlverein zu Treptow-Taumhusenweg hielt am Mittwoch eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Genosse L. Hofmann referierte über die gegenwärtige politische Lage und geistelte mit scharfen Worten die innere Politik sowie die uralte Weltpolitik, speziell Bezug nehmend auf den Russenkurs. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrage gab Genosse Ridley den Bericht von der Kreis-Generalversammlung. Die weitere Verhandlung drehte sich hauptsächlich um die demnach in unserm Orte vorzunehmende Gemeindevertreterwahl. Der Vorsitzende gab bekannt, daß der Gemeindevorstand die Angelegenheit betreffend die Wahl des Mißmachersandidaten Schirmer an das Ober-Verwaltungsgericht weitergehen lassen will, nachdem diese Wahl bereits auf unsere Klage hin vom Kreisauditschuh und vom Bezirksauditschuh für ungültig erklärt worden ist. Es ist demnach im März nur ein Gemeindevertreter zu wählen. Als Kandidat wurde vom Genossen König im Auftrage des Wahlkomitees der Genosse Gramenz vorgeschlagen, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte. Zum Schluß forderte Genosse König die Anwesenden auf, sich mehr wie bisher für das Konsumwesen zu interessieren.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Serco-Krieg.

Berlin, 16. Februar. (B. L. Z.) Gouverneur Zeitwein telegraphiert heute folgendes: Am 16. und 19. Januar hatte die Compagnie Dufjo Gefechte südlich und östlich des Flages; der Feind wurde zurückgeschlagen. Verwundet sind: Hauptmann Altesoth und Feldwebel Glajel. Als ermordet werden gemeldet: die Aufseher Karl Behre aus Eutin; Peter Farm von Petersdorff; Franz Vötcher aus Hamburg; Schwarz, Farm Savarnes; Paul Hon, früherer Eisenbahn-Untersoffizier. Frau Hon ist getretet. Dufjo ist nicht direkt bedroht. Sobabis ist infolge Rückzugs des Feindes frei.

Nach Dufjo ist die geplante Expedition im Gange. Die nach Sobabis entsandte Expedition setzt ihren Marsch dorthin behufs Säuberung des ganzen Distrikts fort.

### Graf Pücker-Klein-Tschirne.

Leipzig, 16. Februar. (B. L. Z.) Das Reichsgericht verwarf heute die Revision des Grafen Walter Pücker-Klein-Tschirne, der am 8. Oktober 1908 vom Landgericht II Berlin wegen Beleidigung der jüdischen Einwohner von Blogau, begangen durch eine in Berlin gehaltene Rede, zu einer Geldstrafe verurteilt worden war. Verworfen wurde auch die Revision der Nebenkläger gegen dasselbe Urteil, soweit durch dieses die Angeklagten Graf Pücker und Stenograph Schimmelpfennig der Beleidigung der Blogauer jüdischen Einwohner durch den Vortrag eines am Grafen Pücker begangenen Giftmordversuches für nicht schuldig befunden wurden.

Washington, 16. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus\*). Oestreich, Ungarn und Portugal haben im Prinzip der Rote Fahne bezüglich des russisch-japanischen Krieges zugestimmt. Mit Ausnahme Rußlands haben jetzt alle Mächte, an welche die Rote gerichtet war, geantwortet.

Tientsin, 16. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus\*) Der Bicekönig Juanfichai machte amtlich dem hiesigen französischen General als ältestem der fremden Truppenbefehlshaber Mitteilungen über den Zweck der übermorgen von Baotungfu aus erfolgenden Entsendung kaiserlich chinesischer Truppen. Er erklärte, dieselben seien nicht nach Schanhaiwan, sondern nach den Bezirken Kintschou und Kan-pang-tze bestimmt, um die Grenze am Chau-Flusse zu überwachen. Kämpfen im Gebiete des eigentlichen China werde nicht erlaubt werden und versprengte Kriegsführende sollen entworfen werden. — Man glaubt hier, daß auch aus Peking Truppen über Land nach der Grenze gehen.



Reichstag.

34. Sitzung. Dienstag, 16. Februar 1904, 1 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Graf Pofadowsky.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird beim Titel: Berechtigung des Reichs an der Weltausstellung in St. Louis fortgesetzt.

Abg. Singer (Soz.):

Meine Freunde werden, wie bisher auch, die diesmal geforderte Rate für die Beteiligung des Reichs an der Ausstellung in St. Louis bewilligen. Der Herr Minister hat gestern die Diskussion über die Beteiligung der deutschen Kunst an der Weltausstellung erwähnt und dabei gemeint, daß verschiedene Ansichten in dieser Frage in der Budgetkommission zum Ausdruck gekommen sind. Das ist ganz richtig, aber alle waren darin einig, daß die Seceffion in St. Louis nicht genügend berücksichtigt worden sei. Herr Dr. Spahn ist gestern zu meiner Freude für die Gleichberechtigung beider Richtungen eingetreten. Besonders habe ich mich darüber gefreut, daß er den Standpunkt vertrat, es sei nicht Aufgabe der Regierung und des Reichstages, sich in den Streit der Künstler einzumischen. Allerdings weiß ich nicht, ob er dabei die Meinung aller seiner Kollegen im Centrum vertreten hat. Wenn ich daran denke, wie das bayrische Centrum die 100 000 Mark, welche die bayrische Regierung für Kunstzwecke verlangte und die nicht zum wenigsten den sogenannten Seceffionisten zu gute gekommen wären, abgelehnt hat, dann ist es mir doch sehr zweifelhaft.

Es war für mich bezeichnend, daß Herr Dr. Spahn gerade das seceffionistische Bild „Die Allee“ von Liebermann als im hohen Grade beachtenswert darstellte. Ich will selbstverständlich nicht mit ihm über die Wichtigkeit dieses Urteils streiten, aber es war doch bezeichnend, daß er gerade dies Bild wählte, während doch die Freude und die Begeisterung, die in den breiten Massen für die seceffionistischen Bilder herrscht, wesentlich dadurch herbeigeführt worden ist, daß man in diesen Bildern zum großen Teil das Volksleben, wie es wirklich ist, darstellt. Gerade die naturalistische Manier der Seceffionisten die nicht davor zurückscheut, soweit es ihr darum zu tun ist, die Wahrheit im Bilde zu zeigen, auch die Rot und das Elend bildlich darzustellen, wird im Volke als vorteilhafte Veränderung gegenüber der bisherigen Kunst empfunden. Das ist es auch, was einflussreiche Kreise an viel vermögenden Stellen gerade der seceffionistischen Kunst entgegen treten läßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man will in diesen Kreisen nicht, daß die Kunst dazu diene, das wahre Leben abzuspiegeln. Man meint, man könne sich mit allerlei allegorischen Darstellungen begnügen lassen, und die Opposition, die in der Kunst dadurch zum Ausdruck kommt, daß die Seceffion andere Vorbilder für ihre Kunst nimmt, die hat gerade den Widerspruch an bestimmten Stellen gegenüber der Seceffion verursacht. Ich bedaure mit Herrn Spahn, daß der Herr Staatssekretär die Meinung geäußert hat, die Seceffion führe nicht auf den Weg zur Vereinfachung der Kunst. Es ließe sich ja darüber sehr viel sagen, doch überlasse ich das berufeneren Kräften. Jedenfalls aber erklärt wohl diese Aeußerung des Grafen Pofadowsky das Vorgehen der Reichsregierung bei der Beteiligung der deutschen Kunst in St. Louis. Aus dieser Aeußerung erklärt es sich, daß Graf Pofadowsky Herrn Anton v. Werner den Auftrag gegeben, hat im Namen der Reichsregierung nach Hamburg zu gehen, um bei den Vorbereitungen für die deutsche Kunstausstellung in St. Louis der Regierung beratend zur Seite zu stehen und in Verbindung mit der Jury diejenigen Kunstwerke aus staatlichem Besitz namhaft zu machen, die eine würdige Repräsentation der deutschen Kunst bilden. Dieser Jury, die zum allergrößten Teil aus Vertretern einer anderen Richtung zusammengesetzt war, mußten die Künstler mit ganz besonderem Vertrauen gegenüberzutreten. Und die Entsendung des Herrn v. Werner, dessen Mitwirkung die Jury sicherlich nicht erbeten hätte, war deswegen von so großer Bedeutung, weil man annehmen konnte, daß, was er von seinem Standpunkt aus für eine würdige Repräsentation hält, vom Standpunkt der Reichsregierung und noch höherer Stellen dafür gehalten werden würde. Mit der Auffassung des Herrn Spahn bin ich vollkommen einverstanden. Es ist sehr schön, im Reichstage eine gleichmäßige Berücksichtigung aller Kunstrichtungen zu verlangen, aber thatsächlich wird es außerordentlich schwer sein, diese Auffassung gegenüber den herrschenden Mächten durchzuführen. Der Seceffion ist ja durch ein Urteil von sehr hoher Stelle der ästhetische Charakter der „Kunstauskunft“ beigelegt worden. Ich glaube in der That, man kann bei der Kunst weder reglementieren, noch einengen. Hier muß der Phantasie und Vergabung freier Spielraum gelassen werden. Und wenn man der Kunst nach ganz bestimmter Voreingenommenheit aufgeben will, sich bei der Weltausstellung nach einer bestimmten, gewünschten Richtung hin vertreten zu lassen, so kann man nicht die Richtungen wieder spiegeln, die thatsächlich jetzt auf dem Gebiete der Kunst in Deutschland vorhanden sind. So verfehlt die Ausstellung den Zweck, der damit verbunden ist. Und kann es doch nicht darauf ankommen, welches Urteil der Einzelne, noch so hochgestellte von dem Wert der einzelnen Kunstströmungen hat, sondern was Deutschland auf diesem Gebiete leistet. Und das kann nur dargestellt werden, wenn dem Beschauer die Möglichkeit gegeben wird, alle Richtungen seiner Betrachtung zu unterziehen. In der Begründung, die dem Reichstage vorgelegen hat, ist besonders darauf hingewiesen, daß der Export deutscher Gemälde nach Amerika wesentlich abgenommen hat und der französische Gemälde ganz erheblich gestiegen ist. Man hat nachgewiesen, daß der amerikanische Markt eine außerordentliche Bedeutung für die deutsche Kunst hat, daß die deutsche Malerei auf den letzten Weltausstellungen in Paris und Chicago nicht angemessen vertreten war, und zwar deshalb, weil dort eine Richtung besonders bevorzugt worden ist. Alle diese Erfahrungen, über die in Künstlerkreisen nur eine Stimme herrscht, hätten dazu führen müssen, alle Kräfte heranzuziehen. Die Vorwürfe, die gegen die Reichsregierung erhoben werden, gipfeln in der Beforgnis, daß nunmehr die deutsche Kunst in St. Louis nicht entsprechend vertreten sein wird. Kein Einzelner, und sei er noch so genial veranlagt, darf Regeln darüber aufstellen, was Kunst ist. Wenn man sich auch nicht mit allem einverstanden zu erklären braucht, was in der Denkschrift der Seceffionisten steht, so muß man doch zugeben, daß mit den auf diesem Gebiete herrschenden Verhältnissen einmal ausgeräumt werde und den deutschen Künstlern die freie Entfaltung ihrer Kräfte nicht nur gestattet, sondern, soweit Reichsmittel dafür in Anspruch genommen werden, mit aller Kraft gefördert werde.

Ich glaube, man darf ohne Uebertreibung ausprechen, daß man auch auf diesem Gebiete wieder mit dem Ausbruch persönlichen Regiments zu thun hat. Das beeinflusst die maßgebenden Kreise der Reichsregierung über Gebühr. Wir haben ja dergleichen Ausbrüche schon öfters gehört, wenn man „meine Künstler“, „meine Schauspieler“ sagte. Jeder Mensch kann ja an der Stelle, an der er steht, seiner künstlerischen Auffassung Ausdruck geben. Aber wenn das Reich in Mitleidenhaftigkeit gezogen wird, wenn für die fünf Millionen, die der Reichstag bewilligt, die deutsche Kunst keine angemessene Vertretung in St. Louis findet, so kann uns das nicht mehr gleichgültig sein. Nach dem klassischen Ausspruch: Die ganze Richtung paßt und nicht! scheint man auch hier verfahren zu sein.

Nun ist es ja ein tragikomisches Geschehen, daß man schließlich eingesehen hat, man könne der Welt nicht das Schauspiel bieten, eine Abteilung für deutsche Kunst ohne die hervorragenden Werke der Seceffionisten zu bilden. Nachdem die Seceffionisten es abgelehnt hatten, sich an der Jury zu beteiligen, in der sie von vornherein in aussichtsloser Minderheit waren, in der das Urteil nicht abhängig gemacht wurde vom Kunstwert, sondern der die

seceffionistische Richtung von vornherein nicht paßt, hat man ja durch die Jury einige seceffionistische Bilder aus den Galerien ausgewählt und nach St. Louis schicken lassen. Aber der Zweck, aus dem heraus die Mittel bewilligt sind, den amerikanischen Markt zu erobern, ist damit nicht erreicht, weil die Bilder aus den Galerien selbstverständlich nicht verkäuflich sind. Der Versuch der Beförderung ist also nur mit sehr untauglichen Mitteln unternommen worden. Die heutige Debatte dürfte die Reichsregierung darüber belehren, daß sie besser thut, ihre Hände von den Streitigkeiten der Künstler zu lassen. Wenn sie auf allen andern Gebieten ihre Schuldigkeit thut, so werden wir mit ihr ganz zufrieden sein. (Weiterleit.) Ich glaube, daß der Staatssekretär sich erheblich vergriffen hat und nicht ansieht, was das einzugehen. Ich bin mit Herrn Spahn, wie gesagt, darin einverstanden, daß die Regierung sich nicht in den Streit der Kunstströmungen einzumischen hat. Aber es darf auch nicht verschwiegen werden, was sich bei der Geschichte der Gründung des Deutschen Künstlerbundes ereignet hat. Wir wissen, daß der Bund nicht unter Befürwortung der Reichsregierung entstanden ist. Wir erinnern uns doch der Sendung des preussischen Kultusministers nach Weimar, die dem Versuch galt, die dortige Regierung zu veranlassen, dem Deutschen Künstlerbund nicht die Wege zu ebnen. Diese Sendung scheint ja nicht geglückt zu sein, der Deutsche Künstlerbund ist in Weimar gegründet worden und erfreut sich der Zustimmung der dortigen Regierungsorgane. Preußen jedenfalls kann nicht für sich in Anspruch nehmen, diesem Kulturwerk von vornherein fördernd zur Seite gestanden zu haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Facit dieser Diskussion — darin stimme ich Herrn Spahn bei — wird allerdings sein müssen, daß der Reichstag, wenn er Mittel zur Förderung der Kunst bewilligt, auch verlangen muß, daß diese Mittel nicht in ganz einseitiger Weise Verwendung finden. Jetzt ist es dem Auslande, für das doch die Ausstellung in St. Louis bestimmt ist, gar nicht möglich, sich ein richtiges Urteil über die Leistungen auf dem Gebiete der Kunst in Deutschland zu bilden. Wir müssen verlangen, daß mit gleicher Maße gemessen, das Licht und Schatten gleichmäßig verteilt wird. Wenn das der Erfolg dieser Diskussion sein wird, können wir mit dem Resultat zufrieden sein. Die Vernachlässigung der seceffionistischen Künstler wird in weiten Kreisen der Bevölkerung aufs Schärfste gemißbilligt, allseitig ist man der Meinung, daß wenn der Einfluß, den heute gewisse offizielle Persönlichkeiten für die Bevorzugung gewisser Kunstströmungen geltend machen, eingedämmt würde, das nur zum Vorteil der Kunst überhaupt sein würde. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Henning (L.): Soweit sich die Ausführungen des Herrn Vorredners mit denen des Herrn Spahn decken, stimme auch ich ihnen vollkommen zu. Es ist richtig, daß bei der Berücksichtigung der verschiedenen Kunstströmungen nicht ganz korrekt verfahren worden ist. Irig ist aber die Auffassung des Herrn Vorredners, daß die Seceffion ein Spiegelbild des Lebens der Masse des Volkes darstelle im Gegensatz zu der übrigen Kunst, und daß sich in der Masse des Publikums gerade für die dieser Specialität der Seceffion eine besondere Vorliebe gezeigt hat. Ich glaube, es hat in dieser Beziehung bereits eine gewisse Ermüdung des Publikums stattgefunden. Herr Singer hat von „offizieller“ Kunst gesprochen. Das hat allerdings in gewisser Beziehung seine Wichtigkeit, ich muß aber den Ausdruck offiziell umwandeln in höflich. Die Höhe der Kunst ist stets nur erreicht worden mit Hilfe der Höfe, ohne die Beihilfe der Könige und Fürsten wären ihre grandiosen Leistungen nicht möglich gewesen. (Widerpruch links. Sehr richtig! rechts.) Was wäre die moderne deutsche Kunst ohne Weimar, ohne Berlin. (Rufe: Siegesallee!) Ich gebe zu, daß die Siegesallee unter Umständen die Kritik herausfordert, aber der Plan, die Geschichte der märkischen Herrscher in bildlichen Darstellungen zu bereichern, war doch ein großartiger. (Sehr richtig! rechts.) Es wird darüber gellacht, daß die Ausfuhr deutscher Bilder nach Amerika zurückgegangen ist. Ich bin kein Amerikahändler, aber wenn Amerika gegen einen Teil der deutschen Kunst durch Richtantakt Protest erhebt, so kann ich das sehr begreifen. Ein großer Unfug wird mit dem Schlagwort „Seceffion“ getrieben. Unter „Seceffion“ wird etwas bezeichnet, was nicht durchweg die Sache betrifft, die man bezeichnen will. Die Seceffion ist nicht aus künstlerischen Gründen entstanden, sondern als Reaktion, als Protest gegen das Verfahren, das gegen bestimmte Künstler bei Zulassung von Bildern zu Kunstausstellungen eingeschlagen worden ist. Charakteristisch für die Bewertung der Seceffion durch die Seceffionisten selber ist in der Denkschrift des Grafen Kehler die Stelle, in der es heißt, daß in der Kunst nur die Ausnahme und die Eigenart Wert hat, nicht der Fleiß, die Bestimmung und die Richtung. Solche Anschauungen müssen zum künstlerischen Nihilismus führen. Wenn man solchen Wert auf die eigene Eigenart legt, dann darf man sich nicht wundern, daß auch auf der andern Seite Eigenart vorhanden ist und soll sich nicht belagern, wenn man von Willkür betroffen wird. Bei einem seceffionistischen Bilde, einem Frauenportrait, kommt einem der famose Satz im „Kladderadatsch“ in den Sinn: „Wanderer, steh und weine, dieses ist die meine, ich wollt“, es war die deine.“ (Große Weiterleit rechts.)

Die Seceffionisten sind nicht nur Pessimisten der Kunst, sondern auch Pessimisten des Lebens. Trophem möchte ich generaliter ein warmes Wort einlegen für die Freiheit der Bestrebungen des deutschen Künstlerturns. Die Kunst darf nicht gebunden sein an Kleinlichkeiten und Ungerechtigkeiten (Rufe links), sie muß frei sein mit der einzigen Einschränkung: „Salus rei publicae suprema lex.“ (Das Wohl des Staates sei das höchste Gesetz.) Ihre besten Wünsche begleiten die Kunstwerke, die nach St. Louis gehen, und wir wollen nur herzlich wünschen, daß die Amerikaner die Kunstwerke auch kaufen. (Weiterleit und Beifall rechts.)

Staatssekretär Graf Pofadowsky: Dr. Spahn scheint nach seiner gestrigen Rede meine Aeußerungen in der Kommission nicht genau verstanden zu haben. Ich kann nur erklären, daß niemand diesen Streit zwischen Kunstgenossenschaft und Künstlerbund lähler und objektiv gegenübersehen kann wie ich. Herr Dr. Spahn hat mich so verstanden, als ob ich mit besonderer Schärfe gegen die sogenannte seceffionistische Richtung Stellung genommen hätte. Das ist nicht der Fall. Ich habe in der Kommission ausgeführt, daß ich allerdings von seceffionistischen Künstlern vieles gesehen habe, was entschieden abstoßend wirkte, eine gewisse Extravaganz der Auffassung darstellte und mindestens ebenso schälim war, wie hohe Konventionenmalerei, nur daß die Konventionenmalerei dem Beschauer gleichgültiger ist. Ich habe weiter meine Eindrücke dahin geäußert, daß die Seceffion sich schließlich doch zu einem höheren Ideal durchzuringeln suche, daß sie schon eine Masse Extravaganzen abgestoßen habe und daß andererseits auch die hergebrachte Malerei manches von der seceffionistischen Auffassung gelernt habe. Ich habe den Eindruck, als ob die scharfen Gegenjäger in der Öffentlichkeit viel schärfer hervortreten als sie sich bei einem einzelnen Bilde nachweisen lassen, zumal ja auch innerhalb der Seceffion selbst ganz verschiedene Strömungen obwalten. — Es kann nicht davon die Rede sein, als ob Regierung und Parlament als summus iudex in diesem Streite entscheiden sollten. Eine Einigung zwischen beiden Parteien ist meiner Ansicht nach nicht möglich, denn der äußerste Flügel der Seceffion erklärt: „Die Maler der alten Schule können ja nicht einmal ordentlich sehen, was sie malen“, und der äußerste Flügel der älteren Schule erklärt: „Die Seceffionisten sind ja Maler, die sich weder Mühe noch Zeit geben wollen, wirklich zu malen“. Herr Dr. Spahn sagte, die seceffionistische Richtung sei aufgebaut auf der Kunstauffassung des französischen Malers Manet. Dieser habe zuerst gelehrt, wie man die Dinge in Licht und Luft schwebend zu sehen habe. Ich glaube nicht, daß

hierin der charakteristische Unterschied zwischen der alten und der seceffionistischen Schule liegt.

Dem unzweifelhaft strebt auch die ältere Schule dahin, die Dinge nicht so zu malen, wie sie sind, sondern so, wie sie der Maler sieht. Der Maler kann ja gar nicht anders malen, als wie er die Dinge sieht. Ein Landschaftler wird nicht daran denken, ein fernes Gebirge etwa ohne Mühsal, ohne Perspektive oder Entfernung zu malen; er malt das Gebirge so, wie es seinem Auge erscheint. Der charakteristische Unterschied zwischen Seceffion und alter Malerei liegt vielmehr darin, daß die Seceffion jeder Schulmalerei jeder bestimmten Richtung fremd ist, daß sie erklärt: jeder soll individuell nach seiner Vergabung malen, ohne Rücksicht auf eine bestimmte Kunstströmung.

Nun ist es in der Deffentlichkeit und in diesem hohen Hause so dargestellt worden, als ob man die Seceffion überhaupt von der Beteiligung in St. Louis habe ausschließen wollen. Das ist urkundlich unrichtig. Bei verschiedenen früheren Ausstellungen war es Princip, den vorhandenen Raum auf die einzelnen Lokalgenossenschaften je nach der Zahl ihrer Mitglieder zu verteilen, gewissermaßen nach der Elle zu vermaßen. Das war, darin stimme ich mit den Herren von der Seceffion überein, ein verkehrtes Verfahren, und die Präsidate des Grafen Harry Kehler nimmt mit Recht dagegen Stellung. Nach meiner bescheidenen Kunstausfassung muß die Güte des Kunstwertes den Ausschlag geben. (Sehr richtig!) Man berief also nach Berlin eine Kommission von Künstlern, Kunsthandlern, Kunstkritikern und Kunstliebhabern. Diese Kommission trat auf Grund ihrer Beratungen mit den verbündeten Regierungen über die Frage in Meinungsanschluß, ob die Regierungen nicht ihrerseits an Stelle der Kunstgenossenschaft die Auswahl der Bilder für die Ausstellung in St. Louis übernehmen wollten. Die verbündeten Regierungen waren einem solchen Vorschlag im allgemeinen nicht abgeneigt, die einen waren ihm günstiger, die andern weniger günstig. Bei näherer Erwägung der Frage ergab sich indes, daß man die nun einmal bestehende große Organisation der Kunstgenossenschaft mit ihren zahlreichen Lokalorganisationen nicht übergehen konnte. Es stellte sich das praktische Bedenken heraus, daß es kaum möglich ist, ohne eine solche auf lokale Körperschaften gegründete, über ganz Deutschland sich erstreckende Organisation überhaupt ein so schwieriges Werk wie die Beschaffung der Kunstausstellung in St. Louis zu Stande zu bringen. Bei einer vollkommen neuen Organisation hätten sich auch Schwierigkeiten geschäftlicher Art ergeben. Deshalb verließ man den ersten Gedanken und wählte als Ausführungsorgan die „Kunstgenossenschaft“, aber mit der ausdrücklichen Bedingung, daß die Seceffion grundsätzlich nicht ausgeschlossen sein sollte. In den näheren Bedingungen wurde unter andern festgesetzt, daß die Mitglieder der ersten freien Kommission, in denen nach Auffassung vieler das seceffionistische Element sogar überwiegen hatte, als Mitglieder der Lokalorganisationen thätig sein sollten. In letzter Linie sollte die Centraljury über die Aufnahme der nach St. Louis zu entsendenden Werke entscheiden. In dieser Centraljury hatten die Seceffionisten die 450 Mitglieder umfaßt, sechs Mitglieder, die übrigen Lokalorganisationen, die 202 Mitglieder umfaßt, ebenfalls nur sechs Mitglieder. Am 25. Oktober begann der offene Konflikt. Verschiedene Lokalorganisationen lehnten die Bedingungen ab. Es wurde dann weiter bestimmt, daß die überwiegend seceffionistische Centraljury berechtigt sein sollten, fünfzig Prozent der auszustellenden Werke definitiv anzunehmen, und nur mit einer Vierfünftel-Majorität sollte die Centraljury solche Werke ablehnen können. Der Sekretär der „Kunstgenossenschaft“ meinte, daß die Seceffion in der Centraljury sogar die Mehrheit erlangen könnte, weil die der Jury außerdem noch angehörenden Bildhauer keine feste Stellung von vornherein einnehmen. Von einer Majorisierung der Seceffion in der Centraljury konnte in keinem Falle die Rede sein. Nun entsteht weiter die Frage, warum wollten die seceffionistischen Maler sich nicht dem Urteil der Centraljury unterwerfen? Ein Schreiben des Grafen Harry Kehler, das ich mit großem Interesse gelesen habe und das ich gewissermaßen als halbamtliches Dokument auffasse, urteilt, daß man von der „Kunstgenossenschaft“ keine Entscheidung nach dem Talent erwarten könne. Was aber Kunst ist und was infolge dessen berechtigt ist, ausgestellt zu werden, das ist ja gerade die quaestio facti. Man wollte sich der Centraljury nicht unterwerfen, nicht weil man fürchtete majorisiert zu werden, sondern weil man sich dem Urteil derjenigen Personen, die der älteren Schule in der Jury angehörten, nicht unterwerfen wollte. Ich habe den Eindruck, als ob die Seceffion diese Gelegenheit benutzen wollte, sich einmal in die offizielle Welt einzuführen. — Herr Singer ist ja auch für die Seceffion eingetreten, im allgemeinen aber steht die Seceffion, wenn man in der Auffassung eines Mannes ein Princip erblicken will, das durch seine ganze Lebensanschauung hindurchgeht, keineswegs auf dem Standpunkt der Partei etwa, die Herr Singer vertritt. In der Präsidate des Herrn Harry Kehler wird darauf hingewiesen, daß die Kunstgenossenschaft auf dem allgemeinen Stimmrecht beruht, in ihren Beschüssen und Maßnahmen können also gerade die Vielen zum Vortrie, die von Natur der Eigenart feindlich sind. Die Seceffion aber vertritt das Princip des Individualismus. — Nach den Aeußerungen der Seceffionisten möchte man annehmen, daß ihre Werke in St. Louis neben denen der alten Richtung nicht hätten zur Geltung kommen können. Auf der andern Seite aber wird in der Präsidate Kehler's gerade betont, daß die Seceffion stets die Gefahr bekämpft habe, daß die Kunst unter den Einfluß einer bestimmten Richtung komme. Das ist doch ein Widerspruch; in St. Louis war ja der Seceffion Gelegenheit geboten, ihre Eigenart zu zeigen, sich an den Talenten der andern Richtung zu reiben. — Schließlich kommt in Betracht, daß Deutschland als Staatenbund — den Particularismus haben wir ja glücklich überwunden — nach außen hin einheitlich auftreten mußte. Es wäre aber kein einheitliches Auftreten gewesen, wenn man bestimmte Säle nur einer bestimmten Kunstströmung eingeräumt hätte. Den Seceffionisten war Gelegenheit geboten, vertreten zu sein, eine äußerliche Spaltung durfte aber nicht in der Erscheinung treten. Ich kann ohne weiteres erklären: auch unter den verbündeten Regierungen herrschen über diese Frage recht verschiedene Auffassungen. (Hört! hört!) Die Regierungen haben aber doch anerkannt, daß bei der Kürze der Zeit und im Hinblick darauf, daß die Kunstgenossenschaft eine alte mit reichen Erfahrungen ausgestattete Gemeinschaft war, man jetzt eine grundsätzliche Veränderung im letzten Augenblick nicht vornehmen konnte. Wir werden ja noch mehr Ausstellungen besitzen und werden uns dann jedenfalls mit den verbündeten Regierungen über diese Frage aufs neue in Verbindung setzen. Jedenfalls kann ich konstataieren, daß die Regierung die Seceffion nicht ausgeschlossen hat. Wenn die Seceffionisten sich selbst ausgeschlossen haben, so beruht das auf andern Gründen als darauf, daß sie nicht hätten zur Geltung kommen können.

Abg. Graf Drvina (nail):

Die Rede des Herrn Staatssekretärs hat mich in keiner Weise überzeugt, daß nicht Dinge bei der Beteiligung der deutschen Kunst in St. Louis vorgekommen sind, die wir durchaus mißbilligen müssen. In einer Beziehung bin ich mit dem Grafen Pofadowsky einverstanden. Auch ich habe vieles in den Ausstellungen der Seceffion gesehen, was abstoßend auf mich gewirkt hat. Wenn ich aber in gewissem Sinne für die Seceffion eintrete, so deshalb, weil wir Gerechtigkeit den verschiedenen künstlerischen Bestrebungen gegenüber verlangen. Die Glöndmalerei freilich, die Herr Singer gepriesen hat, erregt bei mir keine Be-



sondere Freude, und gerade die Arbeiter werden sich solche Glendbilder kaum in ihre Zimmer hängen. In manchen Blättern, die der Linken nahe stehen, habe ich geradezu jämmerliche Produkte des Kunstfertigkeit gesehen (Unruhe links), Werke, die durch die Freiheit der Technik allein den Beschauer packen wollen, Künstler, die weiter nichts wollen, als Neues, Eigenartiges schaffen und die dabei die ästhetischen Schranken niederreißen. Unter dem kleide scheinbarer Originalität verhält man oft recht schlecht den Mangel echten Studiums. (Lachen links.) Künstler, die ihr Werk bis zu Ende machen, werden als Bedanten, als Reaktionen verachtet. (Lachen links; Sehr richtig! rechts.) Man muß aber andererseits anerkennen, daß die neue Bewegung in der Kunst Hervorragendes geboten hat; ich erinnere nur an Liebermann und Manet. — Es fragt sich nun, wie sollen wir uns diesen neuen Kunstbestrebungen gegenüberstellen, und wie hat sich die Reichsregierung speziell bei St. Louis und auch früher dieser modernen Kunst gegenüber verhalten? Wo die Kunst ihren hohen Bestimmungen ungetreu wird, wo sie eklektische Sinnlichkeit dient, muß jeder Kunstfreund und auch die Regierung ihr mit Entschiedenheit entgegen treten. (Stürmischer Widerspruch links. Große Unruhe.) Und auch, wo die Kunst dahin strebt, die Autorität zu untergraben. (Stürmische Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten. Rufe: Eine neue Lex Heinze!) Wo sie dem Volke die Freude an Idealen rauben will, da darf die Regierung nicht förmlich eingreifen. (Erneute Unterbrechungen links. Große Unruhe.) So gut wie ich die Freiheit der Wissenschaft verlange, so verlange ich die Freiheit der Kunst. (Lautes Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ich will eine freie Kunst, aber keine freie Kunst, Herr Singer. (Langanhaltende Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich schätze es hoch, wenn Fürsten die Kunst fördern. Den großen weltlichen und geistlichen Fürsten des 14. und 15. Jahrhunderts gereicht es zu besonderer Ruhme, daß sie der Entwicklung der Kunst die Freiheit liehen. Nur so sind die Werke Donatello und Michel Angelos möglich geworden. Wie steht es nun mit solchen Anschauungen bei uns? Wir kommt es vor, als wenn unzweifelhaft eine einseitige Unterstützung der Akademiker und der älteren Kunst erfolgt. (Sehr richtig!) Wie die Dinge in Preußen laufen, darüber muß im preussischen Abgeordnetenhaus gesprochen werden. Im Jahre 1902 wandte sich der deutsche Konsul in Chicago, um den Export deutscher Kunstwerke nach Amerika zu fördern, an den Abg. Camp mit der Bitte, eine Liste von Kunstwerken, die sich zur Ausstellung in Amerika eigneten, aufzustellen. Herr Camp stellte diese Liste auf. Da teilte ihm das Auswärtige Amt, nach anderer Lesart der preussische Kultusminister, mit: Diese Leute müßten gefürchtet werden; die pasten nicht. (Aufeifriges Hört! hört!) Ist das die Gleichberechtigung der verschiedenen Richtungen der Kunst? In der Budgetkommission und im Plenum des Reichstags ist viel von der großen Bedeutung der Ausstellung in St. Louis für die deutsche Kunst und das deutsche Kunstgewerbe gesprochen worden. Die Regierung beschritt zunächst den Weg, der in allen Staaten Deutschlands Weisfall fand. Sie verhandelte mit den einzelnen deutschen Bundesstaaten und berief im Einverständnis mit denselben eine Kommission, das sogenannte Kunstparlament, das im April 1903 zusammentrat. Zu ihm gehörten die angesehensten Künstler der verschiedensten Richtungen, einige Gelehrte und, o Schrecken für die Kunstgenossenschaft, auch zwei Kunsthändler. Die Berufung dieser Kunsthändler hielt ich für sehr praktisch. Damals hatte man noch die Absicht, den deutschen Künstlern den amerikanischen Kunstmarkt zu öffnen. Heute aber scheint das Hauptbestreben der Regierung eine retrospektive Ausstellung zu sein, die mit Kunsthandel wenig zu thun hat. In der Kommission regte der Regierungs-Kommissar an, es sei denn unumgänglich notwendig sei, die Leitung der Kunstausstellung in St. Louis der Kunstgenossenschaft zu entziehen oder es ihr unter geeigneten Umständen noch einmal ausnahmsweise die Leitung anvertraut werden könne. Graf Pofadowsky sagte, daß hierüber verschiedene Ansichten vorhanden gewesen seien. Tatsache aber ist, daß die Kommission einstimmig oder beinahe einstimmig der Ansicht war, daß man noch den früheren Wührerfolgen der Kunstgenossenschaft bei der Leitung der deutschen Kunstausstellungen auf Weltausstellungen ihr die St. Louis-Ausstellung nicht mehr anvertrauen dürfe. Ich will nichts Falsches behaupten: Herr v. Werner war krank und der Hauptvorsitz der Kunstgenossenschaft, Herr Dypertmann, hatte Protest gegen das Vorgehen der Reichsregierung erhoben und war deshalb auch nicht anwesend. Und nun beachte man, wie der Reichskommissar für das dargebotene Vertrauensvotum herzlich dankt: „Man möge bedenken, daß die Kunstgenossenschaft natürlich nichts unversucht lassen würde, um die alte Herrschaft wieder zu erlangen, und alles thut, um die Absichten der Reichsregierung zu durchkreuzen.“ Diese meine Darstellung bin ich jederzeit in der Lage, durch das Zeugnis der angesehensten Männer der verschiedensten Richtungen zu bekräftigen. Nicht in der Künstlerwelt erhob sich, wie der Referent behauptete, allgemeiner Widerspruch. Nur die Kunstgenossenschaft berief im Mai 1903 eine Versammlung nach Dresden, auf der auch ein Regierungskommissar erschien. Nicht wie von seiten der Regierung in der Budgetkommission erklärt wurde, einstimmig, sondern mit 24 gegen 37 secessionistische Stimmen sagte man dort dem Beschluß, daß das Vorgehen des Reichskommissars sehr zu bedauern sei. Herr Lehwald, der damit sein Vertrauensvotum in optima forma wegwarf, ging unterdessen nach New York oder St. Louis — und die Reichsregierung weicht müßig zurück, die Kunstgenossenschaft wird wieder mit der Leitung der Kunstausstellung betraut.

Und nun kommt das „Einvernehmen“ mit den verbündeten Regierungen. Die Einzelregierungen werden von dieser Tatsache in Kenntnis gesetzt; man hoffe, sie seien einverstanden; jedenfalls sei keine Zeit zu weiterer Beratung. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Dieses ganze Vorgehen gegen unsre verschiedenen Regierungen ist schwer verständlich; es ist ja nicht meine Aufgabe, einzelne Persönlichkeiten oder Kreise namhaft zu machen, aber es hat in den weitesten Kreisen in Selbstverständnis die heftigste Erregung hervorgerufen. (Sehr richtig! links.) Es ist mir nicht zweifelhaft, daß man damit dem Deutschen Reich und dem deutschen Reichsgefühl nicht nur, wenn man gegenüber den Einzelregierungen und Einzelstaaten so verfährt. (Hört! hört! links.)

Nun kommt die Regierung und sagt: Wir konnten praktisch nicht anders handeln. (Graf Pofadowsky widerspricht.) Aber warum hat sie denn dann erst so lange mit den Einzelstaaten verhandelt und die erste Kommission berufen?

Wir haben die Kunstgenossenschaft sich bei den Ausstellungen in Paris und Chicago so besonders fähig gezeigt. Ihre erste Aufgabe ist doch die Sorge für die Verpackung, das sichere Hin- und Herschaffen. Es war z. B. die „Amazonen“ von Tuillon aus der Rationalgalerie nach Paris geschickt worden, aber wir konnten sie dort gar nicht finden. Auf einmal fanden wir sie, ganz außerordentlich von den andern Werken, in falscher Stellung. Wir fragten uns erstaunt, wie kann man eines der besten Werke deutscher Skulptur so unglücklich aufstellen? Da war der Arm und der Hals zerbrochen; man hatte sie so aufgestellt, daß man es niemand sieht. (Hört! hört! links.)

Weiter, wie ging es mit der Aufhängung. Ein ganzer Saal machte den Eindruck einer Leinwand-Ausstellung — ich verehere Leinwand sehr — aber Bilder sehr bedeutender Maler waren oben an der Decke so angebracht, daß man sie gar nicht sehen konnte. Da hatte es Anton v. Werner leicht, in einer Zuschrift an den „Düsseldorfer Anzeiger“ vom 24. Dezember 1903 spöttische Bemerkungen über die „Platadore der Secessionisten“ zu machen und zu erklären, er hätte mehr erwartet. Ich denke, dieser Brief wird im preussischen Abgeordnetenhaus zur Besprechung gelangen. Aber diese spöttisch-ironisierende Art, mit der ein hoher Beamter in dieser Zuschrift deutsche Künstler behandelt, hat mir durchaus nicht gefallen und liegt durchaus nicht im Interesse der Kunstakademie selbst. (Sehr richtig! links.) Mag sich der preussische Kultusminister mit Herrn v. Werner darüber auseinandersetzen.

Und wie ging es denn mit dem Verkauf in Paris. Herr Deiters, der Vertrauensmann der alten Kunstgenossenschaft, hat erklärt, daß die aus Verkäufen erzielte Einnahme von 28 881 M. (Hört! hört! links) gegenüber dem Gesamtaufwand einen seltsamen Kontrast bildet. Hatte doch die Kunstgenossenschaft allein 136 000 M. ausgegeben. Nur die Spezialausstellung im „Deutschen Hause“ war ein Hauptanziehungspunkt. Nun sagt die Regierung: die Fehler der früheren Ausstellungen sollen nicht mehr vorkommen; die Verteilung nach der Größe wird abgeschafft; die abgewiesenen Künstler können sich vertrauensvoll an die Centraljury wenden. Das klingt doch sehr schön. Wir in der Budgetkommission waren alle beruhigt. Wir sagten: was wollen nur die Künstler, die Regierung hat doch völlig für sie gesorgt. (Heiterkeit.) Und trotzdem lehnen die secessionistischen Gruppen es ab, in St. Louis auszustellen. Graf Pofadowsky meint, das sei unerklärlich; die Leute verlangen auch Unmögliches. Aus der Broschüre des Grafen Fehler geht aber unzweifelhaft hervor, daß sich die Secessionisten geweiht haben, weil sie das Vertrauen nicht mehr hatten, daß auf einer Ausstellung, die die Kunstgenossenschaft leitete, die moderne Richtung zu ihrem Rechte kommen würde. (Sehr richtig!) Die Regierung hat ihr erstes Programm nicht durchgeführt. In dem Briefe eines der ersten Künstler der Vorpommerscher Kunstkolonie heißt es: Zur Beteiligung an der Pariser Weltausstellung wurden wir nicht aufgefordert (Hört! hört!), trotzdem wir seit 1895 über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt geworden sind. Zu der St. Louis-Ausstellung wurden wir erst aufgefordert, nachdem sämtliche Secessionen abgelehnt hatten, nämlich Anfang Dezember. (Hört! hört!) In St. Louis hat Braunschwieg mit 40 Mitgliedern 9 laufende Meter, Hannover mit 60 Mitgliedern 12 laufende Meter erhalten. Wir hätten mit 5 Mitgliedern 1,11 Meter zu beanspruchen gehabt.“ (Stürmische Heiterkeit.) Ich kann es diesen bedeutenden Künstler nicht abnehmen, wenn er schreibt: „Die Widerständigkeit jeder Nammanweisung kennzeichnet die Genossenschaft zur Genüge.“ Ich frage den Grafen Pofadowsky, wie sieht es da mit dem Programm, wonach die Zuneigung mit dem Elfenmaß aufhören sollte.

Redner verweist auf den Brief, den Herr Oskar Sigmann am 10. Februar in der „Schlesische Zeitung“ veröffentlicht hat. Er erklärt sich darin für einen Anhänger der Wernerschen Richtung und sagt: „Durch die Bestimmung, daß Werke aus Privatbesitz oder von eingeladenen Künstlern nur mit 1/2-Majorität abgelehnt werden können, wird die Reform gänzlich hinfällig, da gegen die großen Lokalvereine eine 1/2-Mehrheit niemals aufgebracht werden kann. Gerade Berlin I hat in weitgehender Weise von diesen Bestimmungen Gebrauch gemacht. Wir werden eine Masse alter Bilder in St. Louis haben.“ Diese Vorgänge sind von größtem Schaden für unsre Ausstellung in St. Louis, wir werden durch sie nie einen Markt für die deutsche Kunst erlangen. Wir fällen sie mit 20—30 Jahre alten Bildern und schließen die für Amerika veräußerlichen Kunstwerke deutscher Meister aus. Das ist äußerst bedauerndwert und ich fürchte, daß der Leipziger Juror recht behält, der folgendermaßen urteilt: „Im übrigen dürfte uns die Kunstausstellung in St. Louis eine Blamage bringen, und man wird nicht fehlgehen, wenn man Berlin I und Herrn Anton v. Werner dafür verantwortlich macht.“ (Lebhaftes Zustimmung.) Wer hat denn eigentlich über diese Vorgänge zu entscheiden gehabt, die Reichsregierung und der Reichskanzler oder Berlin I und Herr Anton v. Werner? (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.)

Aus diesen Vorgängen heraus hat sich der Künstlerbund gebildet, aus Künstlern, die entristet waren über die einseitige Bevorzugung einer bestimmten Richtung. Der Künstlerbund vereinigt Männer ersten Ranges, die durchaus nicht alle zur Seceffion gehören, aber sich von Berlin nicht alles gefallen lassen wollen. Ein hervorragender Künstler, dessen Namen ich nennen könnte, ist zuerst dem Künstlerbunde beigetreten, hat aber nachher geschrieben: er wolle wieder austreten, der Druck der oberen Behörden sei zu stark. (Lebhaftes Aufse: Hört! hört!) Wenn er wieder die Möglichkeit hätte, beizutreten und nicht mehr befürchten müßte, geschädigt zu werden, würde er zu den Freunden gern zurückkehren. (Hört! hört!) Der Vorsitzende des Künstlerbundes, Graf Kalkreuth, war in Berlin, um eine Audienz beim Reichskanzler nachzusuchen. Weshalb ist unser hiesiger Reichskanzler mit einem Mal nachhülft geworden? (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Er weiß den Grafen Kalkreuth zurück, er will ihn nicht sprechen. An Stelle des Reichskanzlers empfängt Graf Pofadowsky den Grafen Kalkreuth und ist sehr freundlich und sehr höflich. Bei aller Höflichkeit aber sagt er in der Sache ist gar nichts mehr zu machen, geht hin, verträgt Euch mit der Künstlergenossenschaft, dann ist alles schön wieder in Ordnung. (Heiterkeit.) Darin hat Graf Pofadowsky recht, die richtige Zeit war jetzt verstrichen. Welche Konsequenzen haben wir aber daraus zu ziehen? So geht es nicht mehr weiter! Wir wollen, daß nicht nur eine Richtung aus Staatsmitteln gefördert wird (lebhaftes Zustimmung links), darin bin ich mit allen meinen politischen Freunden einig. Es handelt sich nicht bloß um einen Künstlerstreit. Vergessen wir nicht, daß die moderne Kunstindustrie in unangenehmen Zusammenhänge mit der modernen Kunst steht. Die neuen kunstgewerblichen Bestrebungen gehen von denselben Künstlern aus, die als Seceffionisten gelten. Dabei kommt die Möbelindustrie, die Bijouterie, die Keramik, die Textildindustrie in Frage. Der sogenannte Jugendstil hat Deutschland sehr viel Geld eingebracht und außerordentliche Aufmerksamkeit im Ausland erregt. Es handelt sich also hier um eine Lebensfrage des deutschen Volkes.

Ich habe nicht als besonderer Freund der Seceffion gesprochen, sondern weil ich eine freie Kunst will, eine Kunst, die sich entwickelt im freien, edlen Wettbewerb unter einander und mit den beteiligten großen Künstlern des Auslandes. (Lebhafter Weisfall bei den Nationalliberalen.)

Geheimrat Richter: Ueber die deutsche Kunstausstellung in Paris sind sehr abgünstige Urteile laut geworden, man hat sogar von einer Blamage gesprochen. Um einer Legendenbildung vorzubeugen und im Interesse der deutschen Kunst selber möchte ich als Leiter der deutschen Abteilung in Paris diese Angriffe zurückweisen. Es hat mir an einem sachkundigen, künstlerischen Geirat nicht gefehlt. Es wurde mir vorgeschlagen, aus freier Wahl ein Komitee namhafter Künstler zu bilden. Anfanglich war ich nicht abgeneigt, auf diesen Vorschlag einzugehen. Ich stellte aber die Bedingung, daß mir eine Liste hervorragender Künstler vorgelegt werde, die derartige Sachkunde und derartiges, altheitiges Vertrauen befehen, daß ich im Verein mit ihnen die Aufgabe, der deutschen Kunst eine würdige Vertretung in Paris zu sichern, lösen könnte. Ein solches Verzeichnis wurde mir vorgelegt. Kaum aber gelangte die Liste in die Öffentlichkeit, so erhob sich allseitiger Widerspruch. Ich erkannte, daß die ganze Sache ins Wasser fallen würde, wenn an dem ursprünglichen Plan festgehalten würde. Ich nahm mir das Verzeichnis der Mitglieder der Deutschen Kunstgenossenschaft vor und fand, daß sämtliche Künstler, die auf meiner Liste standen, Mitglieder dieser Genossenschaft waren. Daraus schloß ich, daß es praktisch sei, dieser Genossenschaft die Leitung der ganzen Arbeit anzuvertrauen. Wir hatten in Paris nur zwei große Säle zur Verfügung. Ich habe zwei Kataloge unserer Pariser Kunstausstellung auf dem Tische des Hauses niedergelegt, woraus hervorgeht, daß in Paris sämtliche ersten und besten Künstler Deutschlands, auch die großen Künstler der Seceffion, mit hervorragenden Werken vertreten waren.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Welch sonderbarer Umschwung der Kunstanschauungen hat sich in diesem hohen Hause innerhalb weniger Jahre vollzogen! Das beweist besonders die Rede Dr. Spahns, über die ich mich sehr gefreut habe. Es handelt sich hier um eine imposante Kundgebung des deutschen Parlaments für die Freiheit der Kunst! (Zustimmung links.) Es kommen aber auch staatsrechtliche und kulturelle Momente in Betracht, die noch nicht genügend hervorgehoben sind.

Staatssekretär Graf Pofadowsky ist wie die Rahe um den heißen Drei herumgegangen. (Sehr richtig! links.) Ich habe noch bei keiner Rede des Staatssekretärs so sehr den Eindruck des Gequälten gehabt wie bei dieser. Der Mann, der sonst immer das rechte Wort findet, konnte heute nicht zur Geltung kommen. Warum? Der arme Graf Pofadowsky! (Heiterkeit.) Was muß er nicht alles verteidigen! Wir wissen, daß er in vielen Dingen nur den Prägeln abgiebt. (Heiterkeit.)

Die Einladung, durch die die Künstler zum 4. April v. J. vom Reichskanzler, vertreten durch den Reichskommissar, zu der freien Kommission eingeladen wurden, läßt keinen Zweifel darüber, daß es sich hier um eine offizielle Reichs Sache handelt. Nun setzte Herr Kommissar Velvad den Herren auseinander, es seien bei den letzten Ausstellungen Mißerfolge gewesen und man beabsichtige eine gewisse Revolutionierung. (Hört! hört! links.) Es folgte die Konstituierung eines Komitees im Anschluß an die von der Regierung berufenen Kommission und der Protest des Delegiertentages der Allgemeinen Deutschen Kunstgenossenschaft gegen das von der Regierung vorgeschlagene neue System am 26. Mai 1903.

Graf Pofadowsky beruft sich auf diesen Protest; aber wir konnten ihn doch alle vorhersehen. Am 10. August 1903 übertrug Herr Anton v. Werner den bestimmten Befehl von allerhöchster Stelle, den Beschluß der verbündeten Regierungen aufzuheben. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Ich kann sämtliche Ausführungen des Staatssekretärs über das Verhältnis der Lokaljury zur Centraljury für unrichtig erklären. (Hört! hört! links.) Aus meiner Zusammenstellung ergibt sich ein ganz anderes Bild. Graf Pofadowsky hat Abteilungen zusammengerechnet, die mit der Seceffion und dem Künstlerbunde gar nichts zu thun haben. Außerdem sind die 6 Juroren für Architektur und Plastik der deutschen Kunstgenossenschaft beizurechnen. Bei dem Künstlerbund handelt es sich gar nicht um die Seceffion, sondern auch um „alte“ Künstler, die in einem freien Bunde mit der Seceffion vereinigt sind. Alles hätte noch gut werden können, wenn der Vorstand des Künstlerbundes nicht in so schänder Weise behandelt worden wäre. (Sehr richtig! links.) Das ist symptomatisch für unsre ganzen inneren Verhältnisse. Graf Kalkreuth suchte um eine Audienz beim Grafen Bülow nach, dieser caucollarius elegantissimus et amabilis (Stürmische Heiterkeit) lehnt es ab, den Grafen und Akademie-Direktor und, was mir hundertmal wichtiger ist, den Künstler von Gottes Gnaden zu empfangen. Wie ich höre, mit der Motivierung, mit solchen Details könne sich ein Reichskanzler nicht abgeben. Dem fällt da nicht das Wort von den „Handlangern“ ein? (Heiterkeit.) Er verwies ihn an den Grafen Pofadowsky, der ihn mit dem Abschiedswort entließ: quod felix laetumquos sit (Lachen links) und ihn weiter an — Anton v. Werner verwies, den Urheber der ganzen Schwierigkeiten. Nun, es wurde nicht sehr felix, es wurde dem Künstlerbunde leblich mitgeteilt, der verfügbare Platz sei weg. (Heiterkeit links.)

Reben der politisch-symptomatischen Bedeutung hat der Vorfall noch eine hohe kulturelle Bedeutung. „Eine Kunst, die sich über die von ihr gezogenen Grenzen hinwegsetzt, ist keine Kunst.“ Noch nie hat eine Rede aus höchstem Mund soviel Widerspruch hervorgerufen wie diese. Hätte man damals wie gewöhnlich gegen die Majestätsbeleidigungen vorgehen wollen, man hätte reiche Ernte halten können, selbst bei den „Hamburger Rächern“. Graf Pofadowsky hat sich heute im Plenum, weit schärfer aber in der Kommission, über Kunstfragen ausgeprochen. Man kann sämtliche Paragraphen und Novellen der Gewerbe-Ordnung auswendig kennen und keine Bohne von Kunst verstehen. Wollen Sie Thoma, Laibl, Stud (Lachen im Centrum), Klingner — Stud ist und bleibt ein großer Künstler und Sie dürfen nicht lachen, wenn Sie nicht — außerhalb des Hauses (Heiterkeit) — für gräßliche Kunstbananen gelien wollen — aus der deutschen Kunst streichen? Oder Arnold Gollin.

Man ist in Preußen auf dem Wege zu einer Hof-Aesthetik, für die auch das Wort gelten soll: „Sic volo, sic jubeo“ (Lebhaftes Zustimmung links.) Aber Millionen Eünftreuer Leute wahren sich dagegen. Man bellagt in weiten Kreisen, daß Hoffzungen und byzantinische Schmeichler nicht auf die Gefahr der Stabilisierung einer Kabinettskunst hinweisen. (Sehr richtig! links.) Die Kunst gebehrt nur in einer Arena, in der der kaiserliche Wille sie nicht fesseln kann!

Und was leistet denn diese Hofästhetik? Mißerfolge, wozu wir sehen! Wir haben ja die Monumente in der Kunst. (Heiterkeit.) Ueberall hohe Dekoration, nirgends wahre Kunst!

In München, Karlsruhe, Dresden und Weimar hat man ganz andre Anschauungen als die konfessionierte Reichskabinetts-Aesthetik. Amerika lauft bis jetzt verschwindend wenig Kunstwerke von uns, trotz der stolzen Erklärung, die wir einst hörten, daß die Deutschen gewissermaßen allein den Beruf zur Kunst hätten. (Lachen links.) Hier wäre die erste Gelegenheit gewesen, zu zeigen, was die junge deutsche Kunst kann. (Sehr richtig! links.) Neuerdings soll man die 70 Meter Bankhöhe, die uns zunächst in St. Louis zur Verfügung standen, auf 40 Meter beschränkt haben. Ich glaube das noch nicht, und es wäre geradezu Verleumdung gegen die deutsche Kunst, wenn man auf solche Weise seine Verlegenheit maskieren wollte. Und endlich oui bona? (Geheimrat Richter ruft: dem Auslande!) Ganz recht, die Belgier, die Engländer freuen sich über unsre Blamage wie die Schneefönlige. (Heiterkeit.) Selbst die konservative „Schlesische Zeitung“ bedauerte die Regierungsvertreter, die eine solche Kunstpolitik im Parlament vertreten müßten. In der Kunst ist am allerwenigsten Platz für Unsicherheit. Die Volksvertretung aber muß sine ira et studio dafür sorgen, daß solche Kunstskandale nicht noch durch staatliche Mittel unterstützt werden. Die Kultur- und Kunstgeschichte hat gezeigt, daß die Kunst selbst über Könige und Kaiser, die sie treffen wollte, zur Tagesordnung übergeht! (Lebhafter Weisfall links.)

Staatssekretär Graf Pofadowsky: Der Vordredner sagte, er bedauere diejenigen, die diese „Kunstpolitik“ vor dem Reichstag zu vertreten hätten. Ich habe demgegenüber zu erklären, daß ich hier eine Kunstpolitik überhaupt nicht zu vertreten habe. Denn Kunstangelegenheiten sind und für sich gehören nach der Verfassung des Deutschen Reiches überhaupt nicht zur Zuständigkeit der verbündeten Regierungen. Der größte Teil der vorgebrachten Beschwerden richtete sich gegen Maßnahmen der preussischen Regierung und gehört ins preussische Abgeordnetenhaus.

Ich bestreite auf das Bestimmteste, daß die secessionistische Kunstströmung durch Maßregeln der Reichsregierung verhindert worden wäre, sich an der Ausstellung in St. Louis zu beteiligen. Die secessionistischen Lokalkomitees haben die Beteiligung abgelehnt, nicht weil sie fürchteten, daß sie bei der Hamburger Centraljury ihre Rechnung nicht finden würden, sondern weil ihre Forderung eigener Räume und einer eignen Jury nicht erfüllt wurde. Wir wollen uns aber innerhalb der verbündeten Regierungen noch eingehend über diese Fragen unterhalten.

Es ist uns der Vorwurf gemacht worden, daß Berlin in St. Louis zu stark vertreten ist. In der That aber ist München an der Ausstellung sogar stärker beteiligt. — Es ist hier wiederholt von persönlichen Einflüssen der höchsten Stelle gesprochen. Ich meine, ein Monarch, der an der Spitze der Nation steht, muß auch auf künstlerischem Gebiete eine eigene Meinung haben. Eine andre Frage ist es, ob diese Meinung in einer Weise zum Ausdruck gebracht wird, die staatsrechtlich bedenklich ist. Das ist aber auch in dieser Frage nach keiner Richtung der Fall gewesen. Die erste Kommission war lediglich als gutachtliches Kollegium berufen, wie wir solche Sachverständigen-Kommissionen häufig zu unsrer Information einberufen — aber wir sind doch dann nicht an dieses Gutachten gebunden, sondern folgen unsrer eignen Entscheidung. Ein Attentat auf die Freiheit der Kunst hat den beteiligten Instanzen jedenfalls vollkommen ferngelegen. Man müßte sich aber auf eine fest gegründete Organisation stützen, und das war bis dahin nur der Künstlerbund.

Abg. v. Karstorf (Rp.): Das Vorgehen der Regierung ist von den Parteien aller Richtungen mit Recht auf das äußerste bedauert worden. Der Herr Staatssekretär sagte, die erste Kommission wäre ja nur zur gutachtlichen Aeußerung berufen. Nach dem mir gewordenen



Mitteilungen liegt die Sache doch ganz anders. Die einzelnen Regierungen hatten die Künstler bezeichnet, die zu der Kommission zusammenzutreten und diese wurden veranlaßt, eine Jury zu wählen. Graf Pofadowsky sagte: Da traten Erwägungen ein. Ich erwäge (Seiterleit), es trat eine höhere Macht ein und sagte: So soll es nicht sein, nur die alte Kunstgenossenschaft soll regieren! Kürzlich wurde in Preußen von unserm sehr künftigen sachverständigen Galeriedirektor eine Leistikowsche Winter-Landschaft zum Anlauf empfohlen —; Darf nicht gekauft werden, gehört zur Seceffion! (Hört! hört! und Seiterleit links.) Ja, meine Herren, wenn nun da der Verdacht erwacht, daß diese scharfe Richtung gegen die Seceffion in Preußen Einfluß gewinnt auf die Reichsbehörden, so ist das nicht wunderbar. Und wenn diese Einflüsse nun Schritte zur Folge haben, wie die gegenüber der von der Reichsregierung zusammenberufenen Kommission, dann ist es ganz natürlich, daß man sich dagegen aufbäumt. Graf Pofadowsky hat ja verächtlich, alles zu rechtfertigen, was der Budgetkommission mitgeteilt ist. Ich habe doch den Eindruck gehabt, daß der Budgetkommission die Sache nicht ganz so mitgeteilt ist, wie sie sich in Wirklichkeit verhalten hat. Es ist nicht richtig, daß die Kunstgenossenschaft einmütig gewesen sei, und daß die Seceffionisten in ihr zugestimmt hätten. Das Gegenteil ist der Fall. Die Regierung hat durch ihr Vorgehen den Miß in der künstlerischen Deutschlands nicht gemildert, sondern erweitert; das ist außerordentlich bedauerlich. — Bewiß kann man der allerhöchsten Stelle nicht verbieten, daß sie eine eigene Meinung in Kunstfragen habe. Aber wir sind doch hier nicht ein Einzelstaat, sondern ein föderativer Bundesstaat, und da kann doch der Wille, der Geschmack des einzelnen nicht so maßgebend sein. Selbst die allergnädigsten Herrscher irren sich in ihrem Geschmack. Wir haben zwei gewaltige Kunstmomente in Berlin: das große Reiterstandbild des Großen Kurfürsten und das Brandenburger Thor, ein gewaltiges Bauwerk, wie es nur in wenigen Städten existiert. (Sehr richtig! links.) Was ist aber seit dem an hervorragenden Kunstwerken neu hinzugekommen? Die Siegesallee bis zum Roland herunter — ja, ich weiß nicht — (Stürmische Seiterleit), wenn die mal verschüttet sein wird und wieder ausgegraben — ob man ihr da einen künstlerischen Wert zuerkennen wird, wie wir ihn heute manchen alten Ausgrabungen zuerkennen. Es ist ebenso wie bei den Dichtern. Wir machen hinter jedem Dichter ein Fragezeichen, von dem wir annehmen, daß er bloß um die Gunst des großen Kaufens buhlt, oder um die Gunst der Mächtigen dieser Erde. Ebenso ist es mit den Tondichtern. Herr Müller — Meinungen hat schon daran erinnert, wie schwer es die Beechteten und Wagner gehabt haben, um zur Geltung zu kommen. Aber alle diese Künstler haben gedichtet und komponiert, wie es in ihrem Herzen lebte, ob sie ein Publikum dafür fanden oder nicht. Sie mußten so komponieren, so dichten. (Sehr richtig! links.) Ich hoffe, daß es dem Deutschen Reiche nie an Malern fehlen wird, welche sich durch ihren inneren Trieb allein beherrschen lassen. (Bravo! links.)

Abg. Dove (fr. Vg.):

Bei dem Künstlerbunde handelt es sich gar nicht um die Seceffion, sondern um alle, die etwas können, während auf der andern Seite nur die Mittelmäßigkeit steht. Graf Oriola hat über die Tendenzmalerei innerhalb der Seceffion gesprochen. Aber Tendenzmalerei ist auch auf der andern Seite vorhanden; und ich finde noch mehr künstlerischen Sinn bei den Malern, von denen Sie sagen, daß sie die Autorität untergraben, als bei denen, die sie zu stützen suchen. Man will eben nichts wissen von der iden Parademalerei, die sich jetzt bei uns breit macht.

Abg. Kirch (C.): Als Vertreter von Düsseldorf möchte ich hier auch noch einige Ausführungen machen. Es ist über Kunstfragen im Reichstage zweimal verhandelt worden. Einmal bei der Reifung der Studienreden und des Dekretes, das andre Mal bei Gelegenheit der lex Heinze. Alles, was damals von meinen politischen Freunden über die seceffionistische Kunst gesagt worden ist, halten wir aufrecht, wenn wir auch keineswegs die Stellungnahme der Regierung zur Ausstellungsangelegenheit von St. Louis billigen. Wir sind keine Freunde der Seceffion, sondern treten aus Gerechtigkeitsgefühl für sie ein. Im übrigen ist ja der Geschmack verschieden, und die Urteile ändern sich. Wer weiß, wie nach 100 Jahren über die Seceffion von heute geurteilt wird? Neben, dessen Ausführungen im einzelnen auf der Tribüne unverständlich bleiben, verbreitet sich über die neuen Berliner Denkmäler. Darunter reicht kein an das das alte Heran. Man muß dafür sorgen, daß die Denkmäler, die im Reichstage aufgestellt werden, nicht etwa ähnlich ausfallen.

Abg. Dr. Südekum (Soc.):

Es ist öfter davon geredet worden, daß hier im Hause bis zu einem gewissen Grade allgemeine Uebereinstimmung herrsche. Diese Uebereinstimmung bezieht sich doch nur auf die Mißbilligung der Handlungsweise der Regierung. Sonst bestehen doch recht viele Unterschiede. Graf Oriola hat mindestens viermal von der Freiheit der Kunst gesprochen. Aber er will doch die Freiheit der Technik, die Freiheit der Tendenz und die Freiheit des Objekts beschränkt wissen. Das erinnert an die berühmte Vorfreiheit mit dem Galgen daneben, und es ist ziemlich gleichgültig, ob die Kunst von der preussischen Polizei reglementiert wird oder vom Grafen Oriola. (Sehr richtig! links. — Graf Oriola ruft: Das ist unter Kameraden ganz egal! — Große Seiterleit.) Was die Ausstellung der deutschen Kunst auf der Weltausstellung in Paris anlangt, so war das eine Blamage, namentlich für die Arrangeure, für die deutsche Kunst, und ich kann dem lobenden Urteil, das hier der Geheimrat Richter gefällt hat, durchaus nicht zustimmen. Dieser Selbstbepiegelung des Bureaucratismus möchte ich gegenüberstellen, was ein deutscher Künstler, Otto Edmann, ein preussischer Professor und trotzdem ein genialer Mensch (Große Seiterleit) gesagt hat. Edmann ist in Paris selbst deloriert worden. Persönliches Interesse kommt bei diesem gar nicht in Frage. Schon die Ueberschrift seines Buches „Weltjahrmarkt“ zeigt, welcher Meinung er ist. Er sagt dann weiter: „Es ist gar keine Frage, daß die deutsche Kunst auf manchem Gebiete der angewandten Kunst eine ganz bedeutende Niederlage erlitten hat, und das gilt nicht nur von der kunstgewerblichen Abteilung, sondern auch von der sogenannten reinen Kunst. Ich muß sagen, ich empfinde diese Ausstellung als eine Blamage für die deutsche Kunst und sah es mit bitterem Empfinden, wie die Ausländer hohnlächelnd die Säle durchschritten.“ An der Ausstellung in St. Louis hatten doch alle deutschen Künstler das lebhafteste Interesse. Sie sollte ihnen doch ermöglichen, ihre Werke dem dort zusammenströmenden Publikum vorzuführen. Wenn nun der Künstlerbund es vorgezogen hat, nicht auszustellen, so muß er doch die schwerwiegendsten Gründe dafür gehabt haben. Herr Anton v. Werner soll die Sache bereitet haben. Wer ist Anton v. Werner? Doch nur ein Donnergott, der aus den Händen des Neus geschleudert wird. (Sehr richtig! und Seiterleit links), doch nur eine vorgegebene Person. (Erneutes Sehr richtig! links.) Und darin liegt die allgemeine Bedeutung des Vorganges. In dieser Verbindung der einen Richtung der Künstler zeigt sich der Mangel an Respekt vor geistigem Schaffen, der überwuchernde Dilettantismus, der sich jetzt auf allen möglichen Gebieten des öffentlichen und geistigen Lebens breit macht. Edmann sagt an einer andern Stelle seines Buches, es ist überflüssig, durch laut geäußerte Parteimeinungen vor den Einseitigen zu blamieren. Es giebt aber bei uns gewisse Leute, die ein förmliches Verlangen danach tragen, durch laienhafte Urteile sich zu blamieren. (Erneutes Sehr richtig! und Seiterleit links.) Der Streitpunkt ist der, daß es eine Menge Künstler giebt, die byzantinisch sind, und daß es andre giebt, die nicht byzantinisch sind und dafür bestraft werden sollen. Dabei kommt es diesen selbstherrlichen Geistes gar nicht darauf an, auch die Regierungen der Einzelstaaten vor den Kopf zu stoßen.

Es ist der Fall gegen die Individualitäten. Und wenn Graf Pofadowsky sagt, wir von der Linken sollten uns doch nicht gegen die Kunstgenossenschaft wenden, in der das Princip der Mehrheit

zur Geltung komme, so sage ich ihm: Demokratisierung wo sie hingehört, aber Säuh der Individualität, wo er am Plage ist. Wir danken für eine Kunstrepublik mit Wilhelm II. an der Spitze! (Lebhaftes Bravo! links, Glode des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie haben gar kein Recht, die Person Seiner Majestät des Kaisers hier in die Debatte zu ziehen. Sie wissen, es ist im hohen Hause nicht üblich, von Seiner Majestät dem Kaiser zu sprechen, wenn nicht Kundgebungen Seiner Majestät in authentischer Form der Öffentlichkeit bekannt geworden sind.

Abg. Dr. Südekum (fortfahrend): Ich verbessere mich. Ich will sagen: Wir danken für eine Kunstrepublik mit Anton v. Werner an der Spitze! (Große Seiterleit und lebhaftes Bravo! links.)

Weimarer Bundesratsbevollmächtigter Geh. Rat Dr. Paulsen: Es ist in der Debatte auf den Wunsch des preussischen Kultusministers beim Großherzog von Weimar Bezug genommen worden. Die Behauptung, daß bei diesem Besuch irgendwelche Angelegenheiten des Künstlerbundes in Frage gekommen seien, ist schon in der „Nordd. Allg. Zeitung“ dementiert worden. Ich will aber hier noch einmal mit aller Deutlichkeit erklären: Der Besuch des preussischen Kultusministers am weimarischen Hof hatte mit Fragen der Kunst nichts zu thun. Der Kultusminister hat weder mit der Regierung noch mit andern maßgebenden Persönlichkeiten über Fragen des Künstlerbundes gesprochen.

Ministerialdirektor Geheimrat Dr. Richter: Herr Abg. Dr. Südekum hat hier Urteile des Künstlers Otto Edmann citiert. Es liegt mir fern, gegen diesen verstorbenen Künstler etwas sagen zu wollen. Zudem weiß ich ja, aus welcher persönlichen Mittheilung heraus das von Herrn Südekum erwähnte Buch geschrieben worden ist. Ich kann mich demgegenüber nur auf zahlreiche französische Stimmen, die sich außerordentlich lobend über das Ergebnis der deutschen Kunstausstellung in Paris ausgesprochen haben, berufen. Ich habe die Urteile nicht zur Hand, werde aber dem Hause eine Uebersetzung dieser Urteile demnächst zugänglich machen. Ein deutscher Reichstags-Abgeordneter sollte besseres zu thun haben als hier über eine Blamage der deutschen Kunst auf der Pariser Weltausstellung zu sprechen.

Damit schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt

Abg. Dr. Spahn (C.): Herr Dr. Müller-Meinungen sprach die Vermutung aus, daß ich meine Anschauungen über Kunst geändert habe. Ich muß das entschieden bestritten.

Die Titel werden hierauf bewilligt.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Dritte Lesung der Novelle zur Reichsschuldenordnung. Rest des Etats des Reichsamts des Innern; Postetat; Etat des Reichs-Eisenbahnamtes.

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

Zu der Erklärung des Genossen Schippel gegenüber den Anträgen des Genossen Kühle im „Harburger Volksblatt“ antwortet dieser heute folgendes:

„Ich erkläre positiv, daß Schippel von alledem, was er jetzt über die verschiedenen Sorten der Zuckerzölle ausführt, in der Chemnitzer Redaktion kein Sterbenswort gesagt hat. Wie wäre es sonst auch möglich gewesen, daß er sich bei derselben Gelegenheit in sehr abfälliger Weise über die damals eben beginnende, von der Partei eingeleitete und betriebene Zuckerzoll-Protessbewegung ausgesprochen und sie als einen „Ansturm“ bezeichnet hätte? Gerade der Umstand empörte mich damals besonders und empört mich noch heute, daß Schippel am Vormittag sich unter unerböhlicher Verwendung seines abweichenden Standpunktes in sehr despektischen Worten über den „Protestrummel“ ausdrückte, am Abend aber in eigner Person die Chemnitzer Arbeiterkassette „zu flammendem Protest“ gegen die Zollpolitik“ aufforderte.“

Es ist nicht nötig, unvorerleitet noch etwas hierzu zu sagen.

Bedinglich zur Information der Parteigenossen und zur Vervollständigung des Bildes teilen wir noch mit, was die Chemnitzer „Volksstimme“ zu derselben Erklärung Schippels und zu dessen „Rechtfertigung“ sagt:

„Nicht etwa, um die Bedeutung dieser Ausführungen Schippels abzuschwächen, sondern lediglich um bei dieser Gelegenheit unsern Standpunkt in Erinnerung zu bringen, bemerken wir, daß wir die Lebensmittelpollerhöhungen des neuen Zolltarifs und auch einen großen Teil der Industriezölle nicht mehr für Schutzzölle, sondern für Vereicherungszölle halten, und darum gegen sie waren und sind. Wir haben einen einwandfreien Nachweis, daß insbesondere die Landwirtschaft sich wirklich in einer Nothlage gegenüber dem Auslande befindet, nirgends gefunden, und so lange dieser Nachweis, der unsres Erachtens nur durch eine ganz gewissenhafte amtliche Ermittlung der Produktionskosten und der Verkaufspreise der Lebensmittel ab Gut in jedem einzelnen landwirtschaftlichen Produktionsbezirk geliefert werden kann, nicht vorliegt, weisen wir jede Erhöhung der Lebensmittelzölle ab; das Gleiche gilt für die Industriezölle.“

Natürlich ist auch Schippel nur dann für Zölle, wenn sie wirklich Schutz-, nicht Vereicherungszölle sind. Ob ein Zoll jenen oder diesen Charakter hat, darüber kann und wird man verschiedener Meinung sein, je nachdem man mehr oder weniger Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse hat. Dieser Einblick ist bei Schippel entschieden tiefer als bei den allermeisten seiner Gegner und darum hat man jedenfalls Ursache, seine Meinung auch dann zu achten, wenn man auch nicht mit ihr übereinstimmt.“

## Aus Industrie und Handel.

Kochs's Kapital und Presse.

Unsre Ausführungen über die Winderwürigkeit der neuerdings von der Hochfinanz auf dem deutschen Markt eingeführten amerikanischen Eisenbahnwerte, vornehmlich der vierprozentigen Richmond Mortgage Gold Bonds der Long Island Railroad Company (Nr. 33 des „Vorwärts“) haben nur in der agrarischen Presse, der die Charakterisierung der Abhängigkeit der liberalen Börsenblätter von der großen Konfianz ein willkommenes Angriffsmaterial gegen jene Mäppter lieferte, einen Wiederhall gefunden; dagegen schweigt die Börsenpresse sich völlig aus. Widerlegen lassen sich die von uns gemachten Angaben über die betreffenden amerikanischen Eisenbahn-Unternehmungen nicht, und andererseits möchte man doch auch nicht gern gegen die von der Diskonto-Gesellschaft geführte mächtige Bankgruppe Stellung nehmen, die an der Unterbringung der betreffenden Bonds in Werte von ca. 42 Millionen Mark interessiert ist — also hülflos man sich lieber in tiefes Schweigen.

Inzwischen sind uns weitere Thatfachen bekannt geworden, welche die Kapitalanlage in den von der Pennsylvania Railroad Company garantierten Bonds noch unsicherer erscheinen lassen. Nach den letzten Nachrichten von Brüssel sollen nämlich die neuen Obligationen im Werte von 50 Millionen Dollar, welche die Pennsylvania R. R. Co. aufnimmt, nicht zur Erwerbung neuer Bahnen, sondern lediglich zur Verbesserung der ihr gehörenden westlichen Linien dienen. Die Pennsylvania Co. erhält also dafür keinen Zuwachs an neuen Bahnen, die bisher mit ihr konkurrierten; das neue riesige Kapital wird nur zur Ausgestaltung des vorhandenen Betriebes gebraucht. So berichtet zum Beispiel die „New Yorker Handelszeitung“ in ihrer letzten hierher gelangten Nummer:

„Mit einem Syndikat, an dessen Spitze die Firma Aukst, Loeb u. Co. steht, hat die Pennsylvania R. R. Co. ein Abkommen bezugnehmend auf 50 000 000 Dollar mit 4 1/2 Proz. pro Jahr verzinslichen Schuldscheinen getroffen. Damit wird ein Geschäft widerlegt, die Pennsylvania R. R. Co. beabsichtige, im laufenden

Jahre eine neue Emission von Aktien oder Bonds vorzunehmen. Ebenfalls trifft nicht zu, daß das Erträgnis jener Noten in irgend welcher Verbindung mit dem Kompromiß stehen soll, das zwischen der Pennsylvania und den Goulds im Abschluß begriffen ist. Es hieß, daß die Norfolk u. Western, welche von der Pennsylvania kontrolliert wird, mittels Aufnahme jener schwebenden Schuld in Stand gesetzt werden soll, die Kontrolle über die Western Maryland und die West Virginia Central den Goulds abzukufen. Von anscheinend bestens informierter Seite wird uns jedoch versichert, daß die Ausgabe der Noten einen ganz andern Zweck hat, nämlich den, für Verbesserungen westlicher Pennsylvania-Linien Fürsorge zu treffen, und daß die Goulds nicht daran denken, sich der Kontrolle über die Western Maryland und die West Virginia Central zu begeben.“

Ferner hoben wir im ersten Artikel hervor, daß die Dividende von 6 Proz., welche die Pennsylvania Co. in den letzten Jahren verteilt hat, nicht als normal gelten kann, da die Bahn von der Hochkonjunktur in besonderer Weise begünstigt worden ist. Auch dafür findet sich bereits der Beweis. Nach der soeben veröffentlichten Abrechnung der Pennsylvania R. R. Co. hat sie nämlich im letzten Kalenderjahre auf ihren direkten Linien zwar eine Mehr-Einnahme von 18.63 Millionen Dollar gegenüber dem Vorjahre erzielt; gleichzeitig sind aber die Betriebskosten um 18.99 Millionen Dollar gewachsen, so daß sich eine Abnahme von rund 358 000 Dollar ergibt. Dabei kommt in Betracht, daß noch bis August-September der Frachttransport ein außerordentlich hoher war und erst seitdem die Krise sich geltend zu machen begonnen hat, zurückgegangen ist. Im Monat Dezember 1903 hat beispielsweise die Bahn um rund 746 000 Dollar weniger eingenommen, als im gleichen Monat des Jahres 1902.

Reichsbank. In der heute abgehaltenen Sitzung des Central-ausschusses der Reichsbank wurde der Rechnungsabschluss für das abgelaufene Jahr vorgelegt und über die Dividende Verlesung gehalten. Der Dividendensatz ist noch nicht bekannt, doch verlautet, daß die Dividende sich innerhalb der Schätzung zwischen 6 1/2 — 6 3/4 Proz. halten wird.

Betreffs des Reichsbank-Diskonts erklärte der Präsident Dr. Koch, daß angeht die unbefriedigende politische Lage an eine Herabsetzung der offiziellen Rate nicht gedacht werden könnte, und man eher von einer Diskonterhöhung sprechen könnte, daß er aber hoffe, ohne solche durchzukommen.

Die notleidende Kohlenindustrie. Bekanntlich suchen die Kohlenzechen Rheinland-Westfalens seit einiger Zeit unter allerlei lächerlichen Angaben über das Nachlassen der Arbeitsleistung ihrer Belegschaften die Schichtdauer auszudehnen, und zwar sind es vielfach gerade die leistungsfähigsten und bestsituierten Gesellschaften, die in dieser Weise „Socialpolitik“ treiben. Zur Beleuchtung solcher frivolten Profitjagd auf Kosten der Arbeiter liefert der soeben veröffentlichte Geschäftsbericht der Seltenscheurer Bergwerks-Gesellschaft einzelne recht interessante Materialen. Nach dem Bericht betrug nämlich die Gesellschaft im letzten Geschäftsjahre einen Rohgewinn von 18 366 202 M. erzielt, mit Einschluß des Vortrages aus 1902 18 916 202 M. Die dem Betrage stehen an Ausgaben imögeant 4 555 150 M. (3 990 180 M.) gegenüber, darunter für gezahlte Löhne und Skonti 544 898 M. (567 352 M.), allgemeine Kosten 584 581 M. (501 483 M.) und für öffentliche Lasten insgesamt 3 007 561 M. (2 688 426 M.). Nach Abschreibungen von 6 014 991 M. (5 968 528 M.) und Abzug eines für 1904 zurückzustellenden Reservevortrages für schwebende Verbindlichkeiten von wieder 550 000 M. bleibt ein Reingewinn von 7 796 053 M. (7 164 474 M.), der folgende Verwendung finden soll: 300 000 M. zum Special-Reservefonds, 75 000 M. für Beamten- und Arbeiter-Unterstützungszwecke, 600 000 M. Rücklage für Verschäden, 221 053 M. Lantieme und 6 600 000 M. — 11 Proz. Dividende.

Der Rohgewinn ist demnach gegenüber dem Vorjahr um rund 1 240 000 M., der Reingewinn um 631 579 M. gestiegen, obgleich außer allerlei sonstigen Rücklagen die direkten Abschreibungen auf die Betriebsanlagen zc. nicht weniger als 6 014 991 M. betragen, das heißt über 10 Proz. des Aktienkapitals. Dabei kommt noch in Betracht, daß, so weit sich aus den nicht spezifizierten Angaben ersehen läßt, ein Teil der neuen Betriebsanlagen und -Erweiterungen aus den Einnahmen gedeckt worden sein dürfte.

Und woher diese Gewinnsteigerung, da doch nach dem Geschäftsbericht der Durchschnitts-Verkaufspreis um 4,28 Proz. gefallen ist? Einmal aus der vermehrten Förderung, dann aber, weil die Durchschnittsleistung des einzelnen Arbeiters gestiegen ist und trotz der gewachsenen Betriebslasten sich der Selbstkostenpreis pro Tonne Kohlen im Durchschnitt nur auf 7,22 Mark pro Tonne stellte gegen 7,33 Mark im Vorjahre. Allerdings soll nach der Angabe des Berichts auch der Durchschnitts-Schichtlohn gestiegen sein, nämlich um nicht ganz 1/2 Proz., man weiß aber — die Halbjahrsverhandlungs-Enquete hat dafür wieder recht deutliche Belege geliefert — wie die Herren rechnersch alles zu beweisen versuchen, was sie beweisen wollen.

Neues Dampfturbinen-Syndikat. Raum hat sich unter Leitung der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft eine Vereinigung zur Ausbeutung der Patente Protos-Doveri-Parsons gebildet, so berichtet auch schon der Telegraph von einer Gegen gründung zur Ausnutzung des Dampfturbinensystems Joells. Es haben nämlich die Firmen: Aktiengesellschaft der Maschinenfabriken von Escher Wyh u. Cie. in Zürich, Friedr. Krupp, Aktiengesellschaft in Essen, Norddeutsche Maschinen- und Armaturenfabrik in Bremen (Norddeutscher Lloyd), Siemens-Schüder-Werke, G. m. b. H. in Berlin, und Vereinigte Maschinenfabrik Augsburg und Maschinenbaugesellschaft Nürnberg A.-G. ein Syndikat gebildet mit dem Zweck, die von der Firma Escher Wyh u. Cie. gebauten Dampfturbinen System Joells in die Praxis einzuführen, nachdem die seit geraumer Zeit von den obigen Firmen mit diesen Turbinen angestellten Versuche vorzügliche Resultate ergeben haben sollen.

Der von der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft gegründeten „Allgemeinen Turbinen-Gesellschaft“ erwacht dadurch eine sehr starke Konkurrenz; denn es findet sich in dem neuen Syndikat eine Reihe der auf ihren Gebieten leistungsfähigsten Firmen zusammen, besonders die Firma Escher Wyh u. Cie. hat sich als Erbauerin von Wasser- und Dampfturbinen einen bedeutenden Ruf erworben.

Neue Boden-Aktiengesellschaft, Berlin. Der Reingewinn für das Jahr 1903 beträgt 3 171 115 M. (im Vorjahre 3 175 657 M.), wovon dem Reservefonds 149 810 M. überwiesen und eine Dividende von 10 Proz. (im Vorjahre ebenfalls 10 Proz.) verteilt werden soll.

Nach dem Geschäftsbericht befaß die Gesellschaft ultimo 1903 115 Hausgrundstücke, davon 77 in Berlin, 37 in Vororten Berlins. Als Ausgaben sind unter anderem angeführt: Zinsen auf Schuldverschreibungen 893 303 M. (910 468 M.), Hypothekenzinsen 1 027 280 M. (998 900 M.), Verwaltung von Grundstücken und Abgaben 292 719 M. (313 846 M.), Das Mieteneonto erbrachte 1 793 970 M. (1 642 722 M.). Das Negrehanptache-Conto, das in 1902 infolge der von den Verwaltungorganen der Gesellschaften des Spielhagen-Concerns gezahlten Summen die Höhe von 5 887 776 M. erreichte, erscheint diesmal in Höhe von 343 910 M.

Der Nordatlantische Dampferlinien-Verband beschloß die Er richtung einer regelmäßigen Passagierdampfer-Verbindung zwischen den skandinavischen Häfen eisericus und New York und Boston andererseits. In den Dienst, der von der Holland-Amerika-Linie, dem Norddeutschen Lloyd und der Red-Star-Linie gemeinsam betrieben wird, sollen acht Dampfer eingesetzt werden. Der Nordatlantische Dampferlinien-Verband ist zu dem Beschlusse durch den Umstand



berichtigt worden, daß die Cunard-Linie sich von dem langjährigen Abkommen mit den Continentalen Gesellschaften zurückgezogen und durch ihre Maßnahmen die Konkurrenz wesentlich verschärft hat.

**Ungarische Allgemeine Kreditbank, Budapest.** In der gestern abgehaltenen Sitzung des Direktionsrates wurde beschlossen, in der auf den 19. März anberaumten Generalversammlung folgende Verteilung des 4 395 635,20 Kronen betragenden Reingewinnes vorzuschlagen: Verteilung einer Dividende von 36 Kronen, Dotierung des Reservefonds mit 800 000 Kronen, Vortrag auf neue Rechnung 231 794,28 Kronen.

**Der Rückgang der amerikanischen Rosteisenerzeugung.** Nach dem neuesten Bulletin der amerikanischen „Iron u. Steel Association“ liefen sich die in den Händen der Produzenten befindlichen unerschmolzenen und nicht für eigenen Konsum bestimmten Vorräte bei Schluß des letzten Jahres auf 591 438 Tonnen, gegen 126 300 am 30. Juni des gleichen und nur 49 551 Tonnen am 31. Dezember des vorhergehenden Jahres. Die Zahl der bei Schluß des letzten Jahres im Betrieb befindlichen Hochofen stellte sich auf 182 gegen 326 am 30. Juni 1903 und 307 am 31. Dezember 1902, und war damit kleiner, als seit dem Schlusse d. J. 1896, zu welcher Zeit 159 aktive Hochofen zu melden waren.

Diese Zahlen zeigen deutlich als alle Situationsberichte die trübe Lage des amerikanischen Eisenmarktes.

## Soziales.

### Ärzte und Krankenkassen.

Auf Veranlassung der Centralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte verhandelte am Montagabend eine Versammlung der Kassenvorstände und Verwaltungsbeamten über Angriffe des Dr. Mugdan im Reichstage gegen die Kassenvorstände und Kassenbeamten. Die Versammlung, die im Gewerkschaftshaus stattfand, war sehr stark besucht. Auch viele Unternehmervertreter waren anwesend. Der brieflich eingeladen Herr Dr. Mugdan hatte sein Erscheinen abgelehnt mit der Begründung, daß das Einladungs-schreiben nicht höflich genug sei. Wenn ihm die Centralkommission tatsächliche Unrichtigkeiten nachweise, könne er ja, so sagt er in dem Ablehnungsschreiben, in der dritten Etatsberatung diese berichtigen.

Herr Bauer, der Vorsitzende der Ortsklasse der Bureauangestellten, der zunächst das Wort ergriff, gab der Diskussion dadurch eine zuverlässige Grundlage, daß er zunächst die Ausführungen Dr. Mugdans nach dem Stenogramm vortrug. Da es den Tatsachen gleich nachstellt, sei vorweg die von der Versammlung einstimmig angenommene Resolution mitgeteilt:

„Die am 16. Februar 1904 im großen Saale des Gewerkschaftshauses versammelten Vorstände und Verwaltungsbeamten der Krankenkassen Berlins und Vororte, in welcher letztere durch Orts-, Betriebs-, Innungs- und freie Hilfskassen vertreten sind, weisen die von Herrn Dr. Mugdan im Reichstage gegen die Kassenverwaltungen erhobenen Angriffe als unzutreffend und den Tatsachen nicht entsprechend zurück:

1. Die Kassenverwaltungen trieben, vollständig von parteipolitischen Beweggründen beherrscht, einen groben Unfug bei der Anstellung von Beamten, sie beförderten namentlich unfähige Personen zu Beamten und verschwendeten dadurch Arbeitergelder.

2. Die Kassenvorstände hätten einen so niedrigen Bildungsgrad und ein so geringes Urteilsvermögen, daß sie gar nicht erweisen könnten, welche Personen als brauchbare Beamten in den Kassendienst gestellt werden könnten.

3. Die Selbstverwaltung würde nicht einmal von arbeitnehmenden Vorstandsmitgliedern, sondern lediglich von angestellten Beamten ausgeübt.

4. Die Kassenverwaltungen hätten in der Theorie wohl schöne Worte für die sozialpolitischen Aufgaben der Krankenkassen, sperrten sich aber in der Praxis gegen die Anwendung des Heilverfahrens, wegen die vorbeugende Krankenfürsorge und gegen die Gewährung von Heilmitteln, wie Milch usw.

Es kann Herrn Dr. Mugdan nicht unbekannt sein, daß der größte Teil der Kassenvorstände und Verwaltungsbeamten nicht Anhänger der Sozialdemokratie sind. Es kann ihm ferner nicht entgangen sein, daß gerade die Krankenkassen, deren Vorstände sich zur Sozialdemokratie bekennen, beträchtliche Fortschritte im Krankenkassenwesen gemacht haben und häufig wegen ihrer Leistungen und vorbildlichen Kasseneinrichtungen öffentlich belobt worden sind. Auf die Entscheidungen der Kassenvorstände in Kassenangelegenheiten haben niemals parteipolitische Prinzipien bestimmend eingewirkt. Bei der Anstellung von Beamten haben sich bisher die Kassen befähigt, nur die Fähigkeiten der Bewerber sachlich zu werten, sie können jedoch bei der Auswahl von Beamten ebenso dem Jertum verfallen, wie andere Corporationen. Bei der Anstellung von Beamten haben sich die Kassenverwaltungen beschränkt, einen fest angestellten Stamm von Berufsbeamten zu schaffen, sie haben sich dabei den Grundfragen angegeschlossen, die der Handelsminister Bredel in seinem Erlaß vom 9. Juli 1898 ausgesprochen hat. Vielfache Anregungen, die gerade von Vorständen zu Fortentwicklungen des Kassenwesens ausgegangen sind, beweisen, daß die Vorstände nicht summe Diener der Beamten, sondern wirkliche energische Förderer des Kassenwesens sind.

Die Versammelten protestieren gegen die Unterstellung des Dr. Mugdan, daß die Kassen für die sozialhygienische Erweiterung der Kassenleistungen nur billige Worte und keine Taten gehabt haben. Die Kassen haben bereits Sanatorien, Melonwäscenathäuser geschaffen, sie haben ferner teilweise die Initiative bei der Begründung von Walderholungsstätten ergriffen und die Vervollkommenheit der Walderholungsstättenpflege (die Gewährung von Mittagbrot, Milch usw.) gegen den anfänglichen Widerspruch der Aufsichtsbehörden durchsetzen müssen. Sie haben in erster Linie den Kampf gegen die Volkskrankheiten (Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Alkoholismus) eröffnet.

Alle die Angriffe des Dr. Mugdan beweisen, daß er nicht von einem ehrlichen ernsthaften Willen bei seinen Angriffen auf die Krankenkassen beseelt war, sondern lediglich von dem Wunsch, die Krankenkassen, in deren Leitung sich Sozialdemokraten befinden, herabzuwürdigen.

Die Versammelten wehren jeden Versuch von sich ab, die Krankenkassen zu Zummelpfäden der Politik zu machen und werden es niemals dulden, daß der Friede, der bisher zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den Kassen bestand, von anderer Seite gefährdet wird.

In der Versammlung ergriffen eine große Anzahl Redner als Vertreter ihrer Kassen das Wort, unter ihnen auch der Buchdruckereibesitzer Herr Schölem, außerdem der Arzt Dr. Höder. Alle Redner waren vollständig einig darin, daß die Behauptungen Dr. Mugdans unrichtig sind. Von verschiedenen Rednern wurde noch besonders hervorgehoben, daß Herr Dr. Mugdan es eigentlich besser wissen müßte. Sein langjähriges Zusammenarbeiten mit den Kassen müsse ihn belehrt haben, daß für seine Behauptungen keine Spur von Beweisen vorhanden sei. Herr Bauer insbesondere teilte mit, daß Herr Dr. Mugdan ihm gegenüber seiner Zeit die Angriffe des Reichstages Dr. Hoffmann gegen die Krankenkassen als unbedeutend bezeichnet habe.

Herr Schölem hob hervor, Herr Dr. Mugdan hätte bedenken sollen, daß seine Angriffe doch auch die Unternehmervertreter in den Kassenverwaltungen trafen. Es müsse ausgesprochen werden, daß Unternehmer und Arbeiter in den Krankenkassen durchaus einig darin seien, daß die Kassen für die Versicherten da sind und nicht für die Ärzte. Er geißelte besonders das Verhalten des Herrn Mugdan, der unter dem Schutze der Unverantwortlichkeit Beschimpfungen ausspreche und es dann ablehne, sachkundigen Männern Rede und Antwort zu geben.

Besonderen Eindruck machten die Ausführungen des Herrn G u t h e i t von der alten Maschinenbauerschaft, der in dreißigjähriger

Praxis als Kassenvorstand niemals politische Differenzen in der Kassenverwaltung erfahren hat. Er habe das Wort genommen, um Herrn Dr. Mugdan zu sagen, daß er im Reichstage etwas behauptet habe, wovon er wissen müsse, daß es falsch sei.

Auch Herr Dr. Höder, der sich als unbedingt Anhänger der freien Arztwahl vorstellte und ausdrücklich erklärte, daher mit sehr vielen Maßnahmen der Kassen gegenüber den Ärzten nicht einverstanden sei, trat den Behauptungen Mugdans entgegen. Die Parteistellung der Kassenbeamten und Vorstandmitglieder gelte den Ärzten gar nichts an; wenn man sich aber die Leistungen der Kassen ansehe, dann seien nach seiner Erfahrung gerade diejenigen Kassen die besten, die von Sozialdemokraten verwaltet würden.

Besonders hervorheben möchten wir die Bemerkung Dr. Höders, daß Dr. Mugdan mit seinem Auftreten gegen die Kassen den Ärzten und den Prinzipien der freien Arztwahl keinen Dienst erwiesen habe. Das klang auch aus den Worten anderer Redner hindurch. So erklärte Herr A l b e r t s o h n, daß eigentlich Herr Dr. Mugdan den Kassen einen großen Dienst erwiesen habe, denn er habe sehr viele Anhänger der freien Arztwahl stußig gemacht.

Es ist in der That bemerkenswert, daß die Redner, die in der Versammlung auftraten, meistens Vertreter von Kassen mit freier Arztwahl und persönliche Anhänger dieses Systems waren und bei allen Reden, auch wo es nicht direkt ausgesprochen wurde, hatte man die Empfindung, daß die Sympathien für das System der freien Arztwahl stark im Abnehmen begriffen sind. Wenn dazu auch Herrn Dr. Mugdans Rede beigetragen haben mag, so ist sie gewiß nicht die alleinige Ursache. Es sind vielmehr neben den vielfach bekannt gewordenen finanziellen Folgen des Systems namentlich die Erfahrungen der jüngsten Zeit aus dem gesamten Auftreten der Ärzte, die einen Umschlag der Ansichten herbeiführen. Man giebt sich Rechenschaft über die Bedeutung des Systems und kommt immer mehr zu der Überzeugung, daß die Vorteile der freien Arztwahl für die Kranken zum größten Teil eingebildet sind, daß aber für die Kassen das System schwere Nachteile im Gefolge hat. Und wenn die Ärzte so fortfahren, dann werden immer mehr Kassen vor die Entscheidung gestellt werden, und diese Entscheidung ist nicht zweifelhaft. Binnen wenigen Jahren werden die eifrigsten Anhänger der freien Arztwahl in Kassenkreisen zu der Überzeugung kommen, daß dieses System mit der Existenz der Kassen unverträglich ist.

Die dem Leipziger Verbandsangehörigen Ärzte der Ortsklasse Leipzig erlassen eine längere Erklärung zur Begründung ihrer Forderungen. Darin kommt unter anderem die Behauptung vor, die Kasse wolle die Familienbehandlung abschaffen, die Ärzte aber forderten die unverzügliche Aufrechterhaltung der Familienbehandlung. Das widerspricht eigentlich den sonstigen Grundgedanken der ärztlichen Forderungen. Gehen sie doch davon aus, daß durch die Einbeziehung immer weiterer Bevölkerungsteile in die Versicherung der Kreis der freien Mittel eingeschränkt und dadurch die Notlage des ärztlichen Standes vergrößert würde, weil den Ärzten dadurch immer mehr Patienten verloren gingen, von denen sie Bezahlung nach der gesetzlichen Tare fordern könnten.

Die dem Leipziger Verbandsangehörigen Berliner Ärzte sind deshalb auch Gegner der Familienversicherung. In der Ärzteversammlung im Langenbegraben am 28. Januar wurde gerade dem Verein Berliner Assistenten ein Vortrags aus der Uebnahme der Familienbehandlung gemacht, und nach vor etwa 2 Jahren lehnte Verein Berliner Assistenten ein Vortrags aus der Uebnahme der Familienbehandlung bei der Ortsklasse der Kaufleute mit der Begründung ab, daß er dadurch „die sozialen und wirtschaftlichen Interessen des gesamten ärztlichen Standes auf das tiefste schädigen“ würde.

Sollte die jegliche Forderung der Leipziger Ärzte das Eingeständnis bedeuten, daß es doch nicht die Versicherungsgefehrdung ist, die die Notlage des ärztlichen Standes hervorgerufen hat?

### Kaufmannsgerichte.

Der hamburgische Verein „Industria“ (zur Förderung der im Handel und Gewerbe tätigen weiblichen Angestellten) hat folgende Petition an den Reichstag gerichtet: Einem hohen Reichstage unterbreiten wir die Bitte, den Gesetzentwurf betreffend Kaufmannsgerichte in folgenden Punkten abzuändern: 1. Das Wahlrecht und die Wählbarkeit auch den Frauen zuzugestehen; 2. die Einrichtung von Kaufmannsgerichten nicht von der Einwohnerzahl abhängig zu machen; 3. die Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte auch auf Streitigkeiten aus der Konkurrenzklause auszudehnen; 4. vertrauliche Vereinbarungen, wonach Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Anstellungsverhältnis den Kaufmannsgerichten entzogen werden, unter allen Umständen für unzulässig zu erklären.

Zur Begründung der Wahlrechtsforderung wird unter anderem darauf hingewiesen, daß die männlichen Handlungsgehilfen ihre weiblichen Kollegen scharf bekämpfen, daß die Frauen daher wenig oder kein Vertrauen zu den Gerichten haben können, deren Zusammensetzung allein von der Wahl ihrer männlichen Kollegen abhängt und nur aus Weisigern besteht, deren Gesinnung ihnen durchschnittlich feindselig ist.

### Arbeiterschutz.

Umgehende, freiliegende Teile von Maschinen in gewerblichen Anlagen sind nach einer Regierungs-Vollzugsverordnung von 1882 mit einer festen Verkleidung zu versehen, insofern sie den in ihrer Nähe befindlichen Arbeitern gefährlich werden können. In einer Fabrik wurde ein Arbeiter von der freiliegenden glatten Transmissionsmission am Mittel erfaßt und mehrere Mal herumgeschleudert, so daß er mit dem Kopf aufschlug. Er verstarb an den Folgen. Die Betriebsleiter Mental und Vinke wurden darauf wegen fahrlässiger Tötung und wegen Nichtbeachtung jener Verordnung angeklagt, in zweiter Instanz aber freigesprochen. Das Landgericht erachtete für festgelegt, daß die Verkleidung der Welle nur erforderlich gewesen wäre zum Schutze unvorsichtiger und leichtfertig sorgloser Arbeiter, und nahm an, daß sie solchen Schutz aber nicht bezweckte. Da das Gericht ferner eine große Leichtfertigkeit des Getöteten für erwiesen erachtete, so glaubte es, zur völligen Freisprechung des Angeklagten kommen zu müssen. — Das Kammergericht, bei dem die Staatsanwaltschaft wegen Nichtanwendung der Regierungsverordnung Revision einlegte, hob jedoch dies Urteil auf und verurteilte die Sache mit folgender Begründung an das Landgericht zurück: Im Gegensatz zum Landgericht sei anzunehmen, daß die Verordnung nicht nur zum Schutze der sorglosen Arbeiter, sondern auch zum Schutze der Arbeiter erlassen ist, die leichtfertig seien. Der ständige Umgang mit Maschinen stumpfe ja auch an sich nicht sorglose Arbeiter gegen die Gefahren ab. Es müsse jetzt das persönliche Verschulden der Angeklagten nachgeprüft werden.

### Nur für das Dienstmädchen.

Der Karlsruher „Volksfreund“ erzählt folgenden Vorfall aus einem dotigen Heißherden: In den Laden trat eine Dame, herablassend einen guten Abend wünschend. Höflich grüßt der Metzger und erkundigt sich nach den Wünschen der Dame, indem er fragt: „Womit kann ich dienen?“ Dame: Ich möchte für fünf Pfennige Schwarzenbrot.“ Der Metzger traut seinen Ohren nicht recht, und starrt die Dame mit großen Augen an. Die Dame sagt: „Ach, es braucht kein frischer zu sein; es können ältere Stücken sein, es ist für das Dienstmädchen.“ Metzger: Ich habe dort schönen mageren Schinken, soll ich Ihnen nicht davon für drei Pfennige geben?“ Die Dame eilt der Thüre zu, unter der sie zurückruft: „Unverschämte!“

**Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands** (Mitgliedsschaft Berlin). Mittwoch, 17. Februar: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Frölich aus Wien: „Der Alkohol und die Gewerkschaftsbewegung.“

**Verband der Heilungsgeliebten Deutschlands** (Zweigverein Berlin). Mittwoch, 17. Februar, abends 10 Uhr, bei Pfeffer, Rosenhaldenstr. 57: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Bauer. 2. Schluß an den zweiten Feiertagen.

## Gerichts-Zeitung.

**Justiz und Poete in Königs-Wusterhausen.** Nieselpriem, Nachtwächter a. D. und Rentier — unter diesem Pseudonym trüb ein Unbekannter im Sommer v. J. in der „Neuen Zeitung“ in Königs-Wusterhausen sein Wesen, indem er in einer Reihe von Artikeln und Gedichten mehrere angesehenere Gemeindevorstände und einen dort amtierenden Gerichts-Assessor, die zwar nicht genannt, aber deutlich erkennbar gemacht wurden, in häßlicher und beleidigender Weise verunglimpft. Das Wästchen wurde von dem Berliner Magistratsbureau-Assistenten Paul Kruse geleitet, der von seiner vorgelegten Behörde die Erlaubnis erhalten hatte, seinen Wohnsitz nach König-Wusterhausen zu verlegen. Dort wurde er bald eine kommunale Größe und als „Direktor“ eines „Bücher- und Metervereins für Königs-Wusterhausen und Umgegend“ geriet er mit den Verwaltungsbehörden bald in arge Konflikte. Er bestimmte u. a. zwei Einwohner, gegen den Amtsarzt Oberstlieutenant a. D. Herbst eine Anzeige wegen angeblich begangener Veruntreuungen zu erstatten. Daraus entwickelte sich ein Beleidigungsschreiben gegen Kruse und dieser wurde vom Schöffengericht in Königs-Wusterhausen zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. In der Berufungssitzung wurde die Strafe auf 1 Monat Gefängnis erhöht. Zwei Tage nach der schöffengerichtlichen Verhandlung erschien in dem von Kruse inspirierten Wästchen ein Gedicht, in welchem der Vorsitzende des Schöffengerichts, Assessor Vogel, und der Referendar Dr. Abraham in der gräßlichsten Weise gesmäht und verhöhnt wurden. Die Zeitung verließ der Beschlagnahme und gegen Kruse wurde Anklage wegen Beleidigung durch die Presse erhoben. Diese wurde gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II verhandelt. Der Angeklagte stellte zunächst einen Ablehnungsantrag gegen das gesamte Richterkollegium, der Antrag wurde aber als gänzlich unbegründet abgelehnt. Der alsdann vorgebrachte Einwand, daß er wegen nervöser Störungen verhandlungsunfähig sei, wurde durch Zuziehung des Arztes Dr. Schulz beseitigt. Zur Sache selbst betritt der Angeklagte, der Verfasser des Gedichts zu sein, behauptete auch, daß es sich nicht auf die angeblich Beleidigten beziehe. Das Gedicht ließ aber durch die Schilderung einiger persönlicher Eigentümlichkeiten keinen Zweifel darüber, wer gemeint war. In „höhem poetischen Schwung“ sprach das Schmähegedicht von dem „Maune, der „mit dem größten Kärntnerer Trichter das Jus ins Hirn sich reinbugliert — und seiner Schwachheit voll bewußt mit hoher Brust einherfolgt — auch mit gerötetem Gesicht — in Königs Namen Unrecht spricht.“ — Arzt Dr. Schulz gab sein Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte zwar kein Curulant sei, aber zu den Personen gehöre, die infolge einer besonderen geistigen Veranlagung jeden als ihren Feind betrachten, der eine von der übrigen abweichende Meinung hat. — Der Staatsanwalt wollte die vorliegende gräßliche Verhöhnung einer richterlichen Person durch eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten gehandelt wissen. Der Gerichtshof erkannte auf eine Haftstrafe von einem Monat Gefängnis und sprach den Beleidigten die Publikationsbefugnis im „Teltower Kreisblatt“ zu.

## Vermischtes.

**Karnevalsfreuden.** Bei einem Maskenfest zu St. Ingbert kam es zu schweren Messerfeiern, deren Verlauf noch nicht genau ermittelt ist. Der 20jährige Glasbläser Schickel verletzte eine größere Anzahl Personen durch Messerstiche. Der Glasbläser Max Jang erhielt einen Stich durch Brust und Hals; hierbei wurde die Schlagader durchschnitten, so daß der Tod sofort eintrat. Der Bruder des Verletzten, Oskar Jang, wurde gleichfalls schwer verletzt, ebenso weitere sechs Personen. Der Thäter ist verhaftet.

**Ueber Weinuntersuchungen im großen wird aus Stuttgart berichtet:** Die in den letzten Wochen hier und in der Umgebung vorgenommenen Untersuchungen haben Weinuntersuchungen und Verurteilungen gegen das Weingeschäft in großem Umfange zu Tage gefördert. Insgesamt sind über 100 000 Liter Wein beschlagnahmt worden. Zum Teil wurden die Keller polizeilich geschlossen.

**Kalefund nach dem Brand.** Nachdem sich die erste Festigung über das große Brandunglück gelegt hat, interessiert man sich in Kalefund, wie man dem „V. L.“ schreibt, lebhaft für die Frage, wie das Feuer entstanden sein kann. Als Ausgangspunkt des Feuers wurde eine Hermetikfabrik genannt; jetzt sind 22 Zeugen darüber vernommen worden, ohne die Angelegenheit aufgeklärt zu haben. Es scheint, daß die Entstehung des Feuers mit dem Fabrikbetriebe nicht zusammenhängt und andererseits hat man für die Annahme böswilliger Brandstiftung ebenfalls keinen bestimmten Anhalt. Doch ist der Verdacht aufgekommen, daß nach Schluß der Arbeitszeit einige Arbeiter in einem Lokal der Fabrik eine Zusammenkunft abhielten und durch die eine oder die andere Unvorsichtigkeit den Brand verursacht haben mögen. Die Untersuchungen in dieser Richtung werden von den Behörden fortgesetzt. Die Verzagtheit der Bevölkerung, die sich in den ersten Tagen nach dem Brande so stark zeigte, kann jetzt als gehoben angesehen werden. Alles geht seinen ruhigen Gang fort, soweit die Umstände es erlauben. Geschäftskreise führen interimistische Kaufläden auf und beginnen die Warenabgabe, nachdem sie ihren Kredit zumeist unter großem Entgegenkommen ihrer alten Geschäftsverbindungen wieder in Ordnung gebracht haben. Die Fischer sehen sich nach ihren Fahrzeugen um und beginnen langsam den Fang; die Ausrüstung für die bevorstehende große Dorschfischerei wird mit großer Energie betrieben und überall werden zur Unterbringung der Fische Baracken und Schuppen aufgeführt. Auch andre Arbeiter, die weiter kein Eigentum hatten und infolge der reichen Gabenverteilung während der Katastrophe nicht zu leiden hatten, wenden sich endlich wieder der gewohnten Arbeit zu. Jetzt hat man auch angefangen, für die Regulierung der Stadt unter dem Wiederaufbau eingehende Pläne auszuarbeiten. Ist so eine Aussicht vorhanden, daß die Verhältnisse in Kalefund bald wieder normalen Zustand erlangen werden, gestützt von der Hilfe aus den übrigen nordischen Ländern, aus Deutschland, England, Frankreich u. s. w. herrscht in der norwegischen Presse eine starke Lustigkeit darüber, wie die Hilfe bestens zu organisieren und die Gabenverteilung von der Regierung zu leiten sei. Namentlich das Beispiel Deutschlands wird von der Opposition gegen die Regierung benutzt, um darzutun, wie wenig zweckentsprechend sich das eigene Land verhalten habe. Besonders richten sich die Vorwürfe gegen die norwegische Marine, von der man schnellere und umfangreichere Hilfe erwarten zu dürfen gemeint hat.

**Ginrichtung.** In Landsberg (Warthe) sind heute früh der Oberstaatsanwalt Johann Schaefer und der Unterschaer Robert Alt aus Lorenzendorf durch Scharfrichter Engelhardt aus Magdeburg enthauptet worden. Der achtzehnjährige Alt hatte am 23. August des Vorjahres in Lorenzendorf die Wirtschaftlerin Dürker auf Anstiften des Schaefer ermordet. Sie waren deshalb am 23. Oktober vom Landberger Schwurgericht zum Tode verurteilt worden.

## Eingegangene Druckschriften.

Waldeemar Müller, Unilateraler Beiseverlehr. Preis 50 Pf. Verlag: H. B. Hauns Erben, Berlin SW. 12.  
Dr. Arthur Wungt. Aus der indischen Kulturwelt. Preis 2,50 M. Stuttgart 1904. Hr. Wommanns Verlag (S. Nauh).  
Geschichte der Philosophie in überörtlicher Darstellung von Prof. Dr. Adolf Baumheimer. II. Teil: Von der Entstehung des Christentums bis Kant. Frankfurt a. M. Neuer Frankfurt Verlag. Preis 1,50 M.



Der Kongress von Saint-Etienne.

Saint-Etienne, 14. Februar. (Fig. Ver.)

Seit dem Gründungskongress von Tours gerechnet, ist es der dritte Kongress der „Französischen Sozialistischen Partei“ (P. S. F. — Jaurèsisten). Wie auf dem Kongress von Bordeaux, 1903, stehen jetzt wiederum der linke und der rechte Flügel der Partei in Gefechtsformation gegen einander. Diesmal aber ist der Gefechtsboden ein weiterer. Der „Fall Millerand“ in seiner einseitig persönlichen Ausprägung ist nunmehr dadurch erledigt, daß Millerand seine Ausschließung aus der Partei durch die Seine-Föderation ruhig hingenommen hat, ohne an den Kongress zu appellieren. Jetzt kämpft die Opposition in erster Linie um die Aenderung der Parteistatuten von Tours, die die Desorganisation der Partei festgelegt haben.

Die Opposition? Wenn man so einen Parteiflügel nennen kann, der im Parteivorstand die Mehrheit hat. Aber der Name ist in diesem Falle doch zutreffend, da der Vorstand der P. S. F., das „Interföderale Komitee“, kraft der Tours-Statuten, die Rolle eines fünften Rades am Wagen spielt. Alle seine Versuche, die tatsächliche Souveränität der Kammerfraktion zu beschränken, scheiterten an dem statutenmäßig berechtigten Widerstand der Fraktion nicht nur gegen jegliche Kontrolle des Komitees, sondern auch gegen gemeinsame Beratungen mit demselben über die politische Haltung der Deputierten. Inzwischen machte die Fraktion von ihrer Selbstherrlichkeit je weiter einen desto skandalöseren Gebrauch. Ihre bezüglichen Abstimmungen sind noch in frischer Erinnerung.

Das Interföderale Komitee hat einen neuen Statutenentwurf ausgearbeitet, von dem es eine sozialistische Wiedergeburt der Partei erhofft. Der rechte Flügel mit der Kammerfraktion an der Spitze will die alten Statuten beibehalten.

Die Tagesordnung enthält folgende 14 Punkte:

- 1. Berichte des Sekretariats und der Agitationskommission des Interföderalen Komitees und der Kammerfraktion. 2. Kommunalprogramm. 3. Entwurf betreffend die Statutenänderung. 4. Kontrolle über die Presse. 5. Beteiligung der sozialistischen Deputierten an den Zeitungen der Departements-Föderationen. 6. Internationaler Kongress zu Amsterdam; Wahl eines Delegierten im Internationalen Sozialistischen Bureau. 7. Ueber die sozialistische Einigkeit. 8. Haltung der Partei in den Senatswahlen. 9. Generalfreie. 10. Staatliches Alkoholmonopol. 11. Streiks und Schiedsgerichte. 12. Internationale Schiedsgerichte. 13. Partei-Organ. 14. Klage der Rhône-Föderation über die Unterstützung eines ihr feindlichen Komitees durch ein Mitglied des Interföderalen Komitees.

Eine stürmische Vorversammlung.

Die übliche öffentliche Versammlung am Vorabend des Kongresses nahm einen stürmischen Verlauf. In Saint-Etienne ist es nämlich im Laufe des Jahres innerhalb der jaurèsistischen Organisation zu einer Spaltung gekommen. Der Abgeordnete Piger, der aus der jaurèsistischen Fraktion ausgetreten ist, legt in heftiger Rede mit dem jaurèsistisch gekleideten Maire von Saint-Etienne, Ledin und dessen Anhängern, die das Gros der hiesigen sozialistischen Organisation bilden. Pigers Anhänger gehen Hand in Hand mit den hiesigen revolutionären Sozialisten (ehemaligen Guesdisten). Piger selbst war in der Versammlung nicht zugegen. Aber seine Anhänger haben die Versammlung nicht zugegen. Aber seine Anhänger haben die Versammlung nicht zugegen. Aber seine Anhänger haben die Versammlung nicht zugegen.

Jaurès' Rede beschäftigte sich mit dem russisch-japanischen Krieg. Er protestierte energisch gegen eine etwaige Beteiligung Frankreichs am Kriege und wendete sich auch gegen die französisch-italienische Allianz im allgemeinen. Letzteres steht allerdings im Widerspruch zu seinen vorjährigen allianzfreundlichen Erklärungen in der Kammer. Ferner kündigte er eine Stammerdebatte über Frankreichs Stellung an, sowie eine rüchliche parlamentarische Diskussion für den Fall, daß die Regierung — wider Erwarten — vom Parlament die Zustimmung zu einer kriegerischen Aktion verlangen sollte.

Ferner sprachen Pesson, Mitglied der revolutionär-sozialistischen Organisation, der den ministeriellen Sozialismus scharf kritisierte, und Briand, jaurèsistischer Abgeordneter von Saint-Etienne, der mit einer Gegenrede antwortete.

Die Versammlung schloß mit dem Votum einer Resolution zu Gunsten der sozialen Republik, der sozialistischen Einigung und des internationalen Friedens.

Erster Verhandlungstag.

Eröffnungs-Sitzung.

Am Vormittag wurde eine kurze Eröffnungs-Sitzung abgehalten unter dem Vorsitz Ledin's, des Maires von Saint-Etienne. Es kommt gleich zu einem kleinen Vorgesicht zwischen links und rechts über die Geschäftsordnung.

Jean Longuet (links) macht namens der Organisationskommission des Kongresses folgende Vorschläge: Beschränkung der Redezeit auf 20 Minuten, mit Ausnahme der Referenten; sofortige Ernennung von drei Kommissionen: der Kommission des Kommunalprogramms, der Kommission des Amsterdamer Kongresses und einer Kommission für verschiedene Fragen, dagegen Ernennung der Statutenänderungskommission erst nach stattgehabter Generaldebatte.

Die Linke will eine gründliche Behandlung der Statutenfrage, sowie die Erledigung wenigstens aller wichtigen Fragen der Tagesordnung, ohne aber daß einzelne Redner die meiste Zeit durch lange Reden in Anspruch nehmen, wie das auf den früheren Kongressen der Fall war.

Abg. Rouanet (Rechte) spricht gegen die Beschränkung der Redezeit.

Jaurès macht einen Vermittlungsvorschlag und tritt ferner für die Vornahme des Kommunalprogramms ein, über welches man einig sei, während die Statutenfrage den Kongress spalte. Endlich möchte er die Statutenkommission sofort, ohne vorherige Debatte, gewählt wissen, da hierüber bereits im Interföderalen Komitee ausführlich debattiert worden sei.

Renauvel, Führer der Linken, verteidigt den Kommissionsvorschlag gegen Jaurès: Das Kommunalprogramm könne später behandelt werden, da es sich augenblicklich nur um die Ratifizierung des vom jüngsten Gemeinderats-Kongresse ausgearbeiteten Programms handle. Es wäre aber schlimm, wenn keine Zeit übrig bleiben sollte für die gründliche Beratung der streitigen Fragen, wie die Statutenfrage. Geringer will Redner auf eine nochmalige Statutendebatte über den betreffenden Kommissionsbericht verzichten.

Jaurès zieht seinen Vorschlag auf sofortige Wahl der Statutenkommission zurück, verlangt aber zugleich eine nochmalige Debatte über den Bericht dieser Kommission.

Der Kongress beschließt im Sinne der Linken die Wahlen der Statutenkommission erst nach vorausgegangener Debatte im Plenum und im Sinne von Jaurès die Eröffnung einer neuen Debatte über den betreffenden Kommissionsbericht.

Die Redezeit der Delegierten wird auf 20 Minuten, die der Referenten auf eine Stunde festgelegt.

Die Mandatsprüfungskommission hat 191 Mandate für gültig erklärt. Der Kongress beschließt demgemäß. Nicht zugelassen werden die Mandate von zwei Föderationen, die für das laufende Jahr noch keine Mitgliederlisten gefügt haben.

Eine Begrüßungsdepeche ist von der österreichischen Sozialdemokratie eingegangen.

Nachmittags-Sitzung.

Abg. Rouanet verliest den gedruckten Bericht der Kammerfraktion. Es ist eine ausführliche, 35 Klauen lange Verhimmelung des Ministerialismus der Fraktion und des Kabinetts Combes, gewürzt mit polemischen Ausfällen gegen die revolutionären Sozialisten. Auch meine Benützung wird wegen der „Vorwärts“-Korrespondenzen mit einem solchen Ausfall bedacht. Aus Rücksichten auf den Raum verbietet sich eine Wiedergabe — und eine Kritik — der übrigens sattem belannten ministerialistischen Argumentation.

Vor Eintritt in die Debatte über den Fraktionsbericht werden die erwählten drei Kommissionen gewählt.

Die Seine-Föderation beantragt eine Protestresolution gegen den russisch-japanischen Krieg, worin u. a. die „Furchbarkeit des Jaurèsismus gebirgsmarkt“ wird. Jaurès wendet sich gegen die Improvisierung eines Beschlusses in einer so wichtigen Frage. Die Ausdrücke der Resolution müßten genau erwogen werden. Eine kommissarische Beratung ist unentbehrlich. Longuet beantragt nun, da Jaurès der Frage eine so große Bedeutung beimessen, eine Kommission aus je einem Vertreter der Föderationen zu ernennen. Schließlich wird die Amsterdamer Kongresskommission mit der Frage betraut und zu diesem Zwecke durch die Wahl von Jaurès, Rouanet und Renauvel verstärkt.

Dray, Sekretär des Interföderalen Komitees, verliest den gedruckten Jahresbericht: Die Lage der Partei ist keineswegs ungünstig. Die Föderationen interessieren sich immer lebhafter für die Parteitätigkeit. Dank ihrem Autonomiebestreben ist die Partei nunmehr eine Kraft. . . . Das Komitee hat regelmäßig funktioniert. Anstatt der statutenmäßigen monatlichen Sitzungen hielt das Komitee mehr als die doppelte Zahl von Sitzungen ab.

Es wurden folgende Auftritte veröffentlicht: gelegentlich der Kaiserfeier und der alljährlichen Kundgebung an der Mauer der Kommune auf dem Père-Lachaise-Friedhof; ein Protest gegen die Judenverfolgung in Mexiko; ein Protest gegen den polizeilichen Überfall auf die Pariser Arbeitsbüros nebst einer Einladung an die sozialistischen Deputierten, auf die Ablegung des Polizeipräsidenten zu dringen. Schließlich eine Einladung an die sozialistischen Deputierten, den Festlichkeiten zu Ehren des italienischen Königs fernzubleiben, und eine Begrüßungsadresse an die italienischen Sozialisten wegen der Verhinderung des Jarenbeinings in Italien.

Der Bericht moniert die Nichtbeteiligung oder die laue Beteiligung eines Teils der Deputierten an der Agitation. Das Komitee hat sich jedoch durch Delegierte und Redner an 182 Föderationskonferenzen und Versammlungen beteiligt, davon in 65 Fällen durch Deputierte. Renauvel hat für sich allein 79 Vorträge gehalten.

Eine Anzahl Föderationen hat bisher noch nicht geantwortet auf die Anfrage des Internationalen Sozialistischen Bureau betreffs ihrer Organisationskräfte. Die Föderation des Nord- und Pas-de-Calais hat seit dem Bordeaux-Kongress dem Interföderalen Komitee überhaupt kein Lebenszeichen von sich gegeben.

Ueber das Verhältnis zwischen dem Komitee und der Kammerfraktion heißt es: „Von der Agitation abgesehen, waren die Beziehungen zwischen Komitee und Fraktion gleich null. Denn trotz dringender Schritte, trotz höflicher Einladungen hat sich die Fraktion stets geweigert, mit dem Interföderalen Komitee über Fragen zu beraten, die sich auf die allgemeine Politik der Partei beziehen oder Gesetzentwürfe betreffend die Lage der Arbeiterklasse betrafen.“

Die Partei hat drei Föderationen gewonnen und zwei verloren. Das monatliche Parteibüro konnte nicht regelmäßig erscheinen wegen der „Nachlässigkeit und des bösen Willens“ der Gruppen.

Zum Schluß bespricht der Bericht kurz die Notwendigkeit der Statutenänderung, um der Partei eine „den Interessen des Proletariats entsprechende Leitung“ zu geben und die Einheitslichkeit der Abstimmungen der Fraktion zu erleichtern.

Eine Debatte über den Bericht des Komitees und über den Fraktionsbericht findet nicht statt.

Generaldebatte über die Statutenänderung.

Dray: Bisher fehlt es der Partei an einem leitenden Organ. Tatsächlich aber tritt als solches die Kammerfraktion auf. Und doch sind von den 38 Föderationen der Partei 26 im Parlament nicht vertreten. Wir wollen nicht die alten „Verirrungen“ des früheren Generalkomitees (wo die Guesdisten und Blanquisten in der Mehrheit waren) erneuern, wir wollen nicht einseitig über der Fraktion herrschen, einen „Aut der Jeun“ bilden. Wir verlangen nur kameradschaftlich mit der Fraktion zusammen zu beraten. Uebrigens sind die Fraktionsversammlungen sehr schlecht besucht und viele Fragen werden da gänzlich übergegangen. Die Vertreter der Föderationen könnten sehr gut manche Wäden der Fraktionsfähigkeit ausfüllen helfen.

Dann leidet die Agitation unter der statutenwidrigen Zusammenfassung der Fraktion. Von den 31 Mitgliedern der Fraktion sind nur 15 zu dieser Mitgliedschaft statutenmäßig berechtigt. Die übrigen haben das Parteiprogramm während des Wahlkampfes nicht als Affiche verwendet. Die Wahlkomitees mancher Deputierter gehören der Partei nicht an, darunter diejenigen Rouanets und Debilles. Wie können die Föderationen zu einer derartigen Fraktion Vertrauen haben?

Ducos de la Haille-Paris begründet den entscheidenden Artikel 22 des neuen Statuten-Entwurfes, der also lautet: „Das Interföderale Komitee ist in der Zwischenzeit zwischen den Parteitagungen mit der Leitung und der Verwaltung der Partei beauftragt.“ Jetzt herrscht die reine Anarchie. Die wichtigsten Fragen werden unter Ausschluß der Öffentlichkeit entschieden, und das nicht einmal von der gesamten Fraktion, sondern von ein paar Führern und einer Zeitung (der „Petite République“). Die Rücksichten auf die Wiederwahl drängen bei den Deputierten zu leicht das Prinzip in den Hintergrund. Daher darf die Parteileitung nicht in den Händen der Fraktion liegen. Allerdings in seiner bisherigen Zusammenfassung laugt das Komitee zur Leitung der Partei nicht. Erstens fehlt jeder Census des Alters und der Parteizugehörigkeit. Sodann sind die Föderationen selbst in der Wahl ihrer Komiteevertreter bisher nachlässig gewesen. Sie wählen den ersten besten jungen Mann, der mit ihnen in keinem wirklichen Kontakt stand. Eine gewisse Zeitungsredaktion („Petite République“) bildete eine Habrilt von Föderationsvertretern im Komitee. Der Statutenentwurf verlangt daher einen Alterscensus von 25 Jahren und einen engen Zusammenhang zwischen den Föderationen und ihren Komiteevertretern.

Raymonnier-Paris (Rechte): Im Komitee herrscht eine größere Anarchie als in der Fraktion. Seine Zusammenlegung wechselt beständig. Die Leitung der Partei müßte gemeinschaftlich von der Fraktion und dem Komitee ausgeübt werden.

Abg. Briand: Die Kritiken gegen die Zusammenlegung der Fraktion und ihre Tätigkeit sind verfehlt. Man vergißt, daß der gegenwärtige Stand der Dinge das Resultat früherer Erfahrungen ist und von den Föderationen selbst gefordert wurde. In dem alten Generalkomitee interessierte man sich nur für Damnsprüche gegen Personen, gegen die Deputierten. Damals protestierten eben die Föderationen gegen die Leitung der Partei durch einige Pariser Genossen. Man hat daher die Zentralisation durch die Autonomie ersetzt. Wie wollen Sie also den alten unentraglichen Zustand wieder herstellen? — Gewiß ist es unstatthaft, daß einzelne Personen der Partei die Diktatur

ihres Talents aufzwingen. Aber man muß mit dem Berechtigten und unvermeidlichen Einfluß der Zuhörer rechnen. Ueberhaupt beruht das Streben der Reuerer auf einem falschen Standpunkt: man will die Einheit der Taktik der Einheit der Doktrin. Der Artikel 22 des Entwurfes ist ein Unikum, das in keiner anderen sozialistischen Partei zu finden ist. Er legt das Mißtrauen der Partei zu den Deputierten fest und scheidet diese von den Wählern und den Lokalorganisationen. Wir Deputierten stehen in engem Kontakt mit unsern Föderationen. Das ist die wirkliche Kontrolle (Longuet ruft: „Es giebt da keine Kontrolle!“) Dann ist die Föderation daran schuld, nicht der Deputierte. Und eine Föderation, die ihren Abgeordneten nicht kontrolliert, wäre auch unfähig, durch ihren Komiteevertreter die Kontrolle auszuüben. Die wahre Lösung ist in der richtigen Erziehung der Föderationen. Auch die Fraktion hat ihre Mängel. Die Deputierten gehen vielfach ganz in der Parlamentsaktion auf und verlieren die Fühlung mit den Parteigenossen. Diese Fühlung ist immer mehr anzustreben. Aber durch einen Statutenmiß laßen sich die bestehenden Mängel nicht beseitigen. Zudem besitzen wir statutenmäßig das Referendum über wichtige Fragen. Warum hat man davon keinen Gebrauch gemacht? Daran sind die Föderationen schuld.

Redner schildert die Ueberlastung der Deputierten mit Arbeiten. Der neue Statuten-Entwurf wälzt ihnen noch die Arbeit auf, im Interföderalen Komitee über alles und jedes Erklärungen zu geben. Das dirigierende Komitee würde sich in jeder Sitzung nur mit der Kontrolle beschäftigen.

Uebrigens befolgt die Fraktion diejenige Politik, die im Anfang der Legislatur gemeinsam mit dem Komitee, und das einstimmig, beschlossen wurde. Auch die neuesten Abstimmungen der Fraktion sind eine Folge der gemeinsam beschlossenen Politik des „Bloc“.

Die Einheit der Abstimmung ist unmöglich. Zum Beweis beruft sich Redner auf die paar jüngsten Stimmenspaltungen innerhalb der revolutionär-sozialistischen Fraktion.

Zum Schluß appelliert Redner unter lebhaftem Beifall an die kameradschaftliche Gefinnung.

Damit schließt die Sitzung. Die Diskussion über die Statutenänderung wird morgen fortgesetzt werden.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung, Dienstag, 16. Februar 1904, 11 Uhr.

Die zweite Beratung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung wird fortgesetzt bei den dauernden Ausgaben.

Dazu liegt vor der Antrag Dr. Hirsch-Berlin (fr. Sp.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch den die veralteten Bestimmungen des allgemeinen Vergewerkes von 1895 über die Knappschäftsvereine mit der Reichsgesetzgebung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung in Einklang gebracht werden.

Abg. Stödel (C.): Wir wollen alles thun, um das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber zu bessern. Darin liegt ein gutes Teil wirklicher Sozialpolitik. Im Betriebe der Bergwerke bestehen noch viele Mißstände für die Arbeiter, namentlich auf sanitärem Gebiet. Herr Hilde stellte es gestern so dar, als ob die Arbeiterführer im Ruhrrevier lauter sozialdemokratische Agitatoren seien. Es scheint ihm unbekannt zu sein, daß es im Ruhrrevier einen starken christlichen Gewerbeverein giebt. Zwischen christlichen Gewerbevereinen und den Gewerkschaften, die von der Sozialdemokratie parteipolitisch ausgenutzt werden, aber besteht ein großer Unterschied. Redner befragt den Antrag Dr. Hirsch und die allgemeine und direkte Wahl der Knappschäftsältesten durch die Arbeiter. Wir sind auch für Arbeiterkontrollen, obgleich dadurch vielleicht die Sozialdemokratie gestärkt werden könnte. Die christlichen Gewerbevereine haben viele Streiks verhindert und dadurch namenlosem Elend vorgebeugt. (Beifall im Centrum.)

Abg. Korfantsch (Vole) polemisiert gegen die gestrige Behauptung des Abg. Völg. der Vergewerkerhaft in Oberschlesien gebe es sehr gut. Dagegen sprechen die Tatsachen. Ich erkenne an, daß von Seiten des Centrums die Mißstände in der Arbeiterhaft diesmal scharfer zum Ausdruck gebracht worden sind als früher. Wenn das Volk seine wahre Meinung durch die Wahl ausdrücken könnte, so sähe Herr Dr. Völg nicht hier! (Oho! bei den Nationalliberalen.) Ich habe selbst erlebt, wie Arbeiter, die bei den Wahlen der Knappschäftsältesten einem Arbeiter ihre Stimme gaben, einfach entlassen wurden. Allerdings kommt derartige auf den fiskalischen Vergewerker nicht vor. Die Revision der Vergewerke wird so gehandhabt, daß, wenn der Besuch des Revisionsbeamten in Aussicht steht, schnell alle Unordnung in den Bergwerken beseitigt, alles Ungehörige dem Anblick entzogen wird. Das habe ich mit eigenen Augen gesehen. Zu den jetzigen Aufsichtsbeamten haben die Arbeiter kein Vertrauen. Das würde sich ändern, wenn den Aufsichtsbeamten Vertrauensleute der Arbeiter an die Seite gegeben würden. Die Bildung von Gewerbevereinen unter den Vergewerker ist in Oberschlesien fast unmöglich, weil jeder Arbeiter, der einem Gewerbeverein beiträgt, den Unternehmern sofort durch die Polizeibehörden verraten wird. (Unruhe.) 50-70 Berg. der Unfälle in den Vergewerken sind der Fahrlässigkeit der Betriebsleiter und der Gewinnlust der Unternehmer zuzuschreiben. Die Arbeitszeit in Oberschlesien ist die längste von allen Vergewerksbezirken in Preußen. Es kommt vor, daß die Arbeiter 24 Stunden lang ununterbrochen unter Tage bleiben müssen. (Hört! hört! bei den Polen.) Herr Dr. Völg hat sich durch seine gestrige Rede den Dank der Wähler nicht erworben. Er hätte lieber gegen die Mißhandlungen der Arbeiter, gegen die Chikanierung besonders der polnischen Arbeiter, gegen die Korruption unter den ober-schlesischen Gewerbebeamten seine Stimme erheben sollen! (Unruhe bei den Nationalliberalen.) Oft müssen die Arbeiter, um eine Anstellung bei einer fiskalischen Grube zu erlangen, an die Beamten 20-30 M. bezahlen. (Große Unruhe.) Das ist haarsträubend. Die polnischen Arbeiter werden wie Vieh behandelt, indem man ihnen die Konsultation polnischer Ärzte verweigert. Man denkt eben: der Tierarzt braucht die Sprache des Tiers nicht zu verstehen und kuriert es doch. Sie (nach rechts und zu den Nationalliberalen) operieren immer mit der sogenannten „großpolnischen Gefahr“. Aber kein Mensch denkt daran, Oberschlesien von Preußen loszureißen! Präsident v. Krüger (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie schweifen doch ein bißchen weit vom Berg-Etat ab. (Große Heiterkeit.)

Abg. Korfantsch (fortfahrend): Wie die Dinge in Oberschlesien sich gestalten werden, das hängt weder von Ihnen noch von uns ab, sondern allein von der Hand Gottes, der Fürsten und Throne zusammensetzt hat. Für solche Möglichkeiten wollen Sie uns strafen! Das ist eine Politik, die man verdammen muß. (Bravo! bei den Polen.)

Handelsminister Müller: Der Redner hat mich enttäuscht. Ich habe von ihm Großes erwartet und Kleines gefunden. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wenn er aber behauptet, auf der Königin Luise-Grube herrsche Korruption unter den Beamten, deren Namen er nicht genannt hat, so ist das ein Gebahren, das ich parlamentarisch nicht leugnen kann. Im gewöhnlichen Leben nennt man das Verleumdung! (Bravo! rechts.)

Abg. Jäger (fl.) spricht sich gegen den Antrag Dr. Hirsch aus. Abg. Bruß (C.) polemisiert gegen die gestrigen Ausführungen der Abg. Hilde und Schulz-Vodum. Die Gewerbevereine bildeten einen starken Damm gegenüber der Sozialdemokratie. Aber leider wüßten die Gewerbevereine von Seite der Gewerbeverwaltungen ebenso bekämpft wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Redner beklagt mit dem Abg. Schulz-Vodum, daß bei den letzten Wahlen viele Vergewerker zur Sozialdemokratie übergegangen sind. Diese Erscheinung sei auf den Unglauben zurückzuführen, der innerhalb







aber es kann um seiner Selbsterhaltung willen auch nicht daran denken, andern zu helfen."

Die Deputation für die städtische Kanalisation und Rieselwerke hat in ihrer Sitzung am Montag beschlossen, für die fünf Inspektionen der Kanalisation je einen Arbeiterauschuss ins Leben zu rufen, welcher aus drei bis fünf Arbeitern bestehen soll. Die einzelnen Arbeitergruppen werden prozentual darin vertreten sein. Ein Antrag der Arbeiter, der verlangte, daß bei Verantragung durch drei Arbeiterauschüsse die fünf Inspektionsauschüsse zu einer gemeinsamen Sitzung einberufen werden müssen, wurde trotz lebhafter Unterstützung der Stadtv. Vorgr. Mann und Koblenzer abgelehnt mit der Begründung, daß dadurch die Autorität der Beamten leiden könnte.

Vor 1 1/2 Jahren hatten die Stadtv. Vorgr. Mann und Koblenzer in der Deputation den schriftlichen Antrag gestellt, die Verhältnisse der Schulen und Lehrer auf den Rieselgütern einer gründlichen Prüfung und Regelung zu unterziehen. Das ist nun geschehen und erhaltene Geheimrat v. Friedberg darüber Bericht. Es sind zwanzig Schulen vorhanden, drei sind reine Gemeindegemeinschaften, auf die die Stadt keinerlei Einfluß besitzt, und zwar in den Orten Spentendorf, Schönerlinde und Franz. Buchholz. Weitere drei sind reine Gutsschulen: Heinerdorf, Saenen- dorf, Bellerdorf, hierzu kommt im nächsten Jahre die neu zu erbauende Schule in Virchow. Die weiteren 14 Schulen sind sogenannte Patronatschulen. Diese Schulen werden durch die Hausdiener-Societät verwalten.

Durchgängig sind die Lehrer schlecht gestellt und wechseln daher sehr oft. Die Klassen sind zum Teil überfüllt, die Schulen mangelhaft. Es soll daher der Stadtv. Vorgr. Mann eine Vorlage zugehen, wonach das Grundgehalt neben freier Wohnung in den Gutsschulen auf 1200 M. erhöht wird. Ferner wird eine Alterskala vorgezogen, nach der von drei bis drei Jahren das Gehalt um je 150 M. steigt, endend mit 1800 M. Außerdem soll wie den Gutsbesitzern auch den Lehrern für sich und ihre Familie freier Arzt gewährt werden.

In den Patronatschulen soll dahin gewirkt werden, daß die gleichen Verhältnisse Platz greifen, eventuell unter Erhöhung des Patronatsbeitrages. Die Gemeinde Buch soll zur Erbauung eines neuen Schulgebäudes 10 000 M. Zuschuß erhalten.

Aus der Heimann Dreher-Stiftung sollen zum 1. Mai d. J. Stipendien zum Betrage von je 300 M. auf ein Jahr an deutsche Studierende der Medizin an hiesiger Universität, teils christlicher, teils jüdischer Religion, verliehen werden. Bewerber haben ihre Gesuche unter Beifügung des Zeugnisses der Reise sowie eines Zeugnisses über ihre sittliche Führung, ihre Befähigung für das medizinische Studium und ihre Bedürftigkeit, ferner eines Nachweises, daß sie der medizinischen Fakultät der hiesigen Universität mindestens ein Semester angehören, beim Kuratorium der Heimann Dreher-Stiftung, auf dem dem Math. Haus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 60, bis zum 10. März dieses Jahres abzugeben.

Der Kapellmeister Nebel vom Philharmonischen Orchester hat, der „Berliner Zeitung“ zufolge, sein Amt niedergelegt. Nebel war seit Monaten krank. Für die populären Konzerte und die Begleitung mußte ein Stellvertreter engagiert werden. Für die Sinfonie-Abende wurden Gastdirigenten (Strauß, Schumann, Frischer) gewonnen.

Selbstmord eines Fabrikdirektors. Nach dem „Berliner Tageblatt“ hat sich der Direktor der Victoria-Feuer- und Feuerversicherungsgesellschaft Rudolf Hiesch am Montag in der Nähe Wannsee erschossen. Hiesch hatte in Gemeinschaft mit dem Direktor Lipschütz die Leitung der Geschäfte inne. Dem Vernehmen nach hängt der Selbstmord Rudolf Hiesch nicht mit den Desfranchierungen zusammen, über die wir berichtet haben. Danach hatte man umfangreiche Unterschlagungen entdeckt, die von dem früheren Bodenmeister Jakob Matthes, der gegenwärtig in Untersuchungshaft sich befindet, begangen sein sollen. Die Unterschleife will man entdeckt haben, als die beiden Direktoren Hiesch und Lipschütz ihr Amt angetreten hatten; merkwürdigerweise aber soll bei einer zweiten genauen Nachprüfung der Bücher nicht nur ein Manko, sondern sogar Ueberschüsse, von denen man selbstsamweise gar nichts gewußt hatte, herausgefunden worden sein. Durch den Selbstmord des einen Direktors, der seit einiger Zeit in einer Heilanstalt in Wannsee lebte, scheint nun die ganze Angelegenheit in ein neues Stadium gerückt zu sein. Der verhaftete Matthes betritt indes jede Schuld; sein Vermögen belief sich, wie Herr Matthes behauptet, höchstens auf 100 000 M., das der Victoria-Feuer- und Feuerversicherungsgesellschaft bis zur Klärung der Angelegenheit zur Verfügung gestellt ist. — Direktor Hiesch war seit langer Zeit gemütskrank; ehe er die Leitung des Victoria-Feuer- und Feuerversicherungsgesellschafts übernahm, war er Produzent in einer Spiritusfabrik. — Uebrigens hatte die Rekonstruktion des Selbstmörders noch ein kleines Nachspiel. Die Polizei fand nämlich bei der Leiche eine Bistenkarte mit dem Namen: Direktor Rudolf Hiesch. Die Polizei erwarb danach einen Direktor gleichen Namens, der in der Feuerstr. 43 wohnt. Die Beamten begaben sich dorthin, um den Nachlaß zu verpacken und die näheren Personalien festzustellen. Die Angehörigen in der Feuerstr. waren nicht wenig erstaunt, als sie von den Ereignissen unterrichtet wurden, denn der in der Feuerstr. wohnende Direktor war frisch und gesund. Ein eigenartlicher Zufall hatte hier mitgespielt, denn der verstorbene Direktor Hiesch war gar nicht verheiratet, sondern wohnte in einem möblierten Zimmer in der Potsdamerstr.

Unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet wurde der Cigarrenhändler, frühere Schuhmacher Schyman, der in der Palisadenstr. 67 einen offenen Laden betrieb. Am Sonntagabend um 8 1/2 Uhr brach im Laden und der daranstoßenden Wohnung Feuer aus, und eine Hausbewohnerin, die die beiden Eheleute mit dem Kinde am Nachmittag hatte ausgehen sehen, rief infolge des Brandgerüches Polizei und Feuerwehr. Der Zugang wurde gewaltsam geöffnet, und die Feuerwehr entdeckte, daß die Betten der Schlafkammer mit Petroleum durchtränkt waren und auf den brennenden Regalen mit Petroleum durchtränkte Lappen sich befanden.

Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern Abend auf dem Bahnhof Charlottenburg ab. Als dort der Zug 1893 sich zur Abfahrt in Bewegung setzte, trat der Versicherungsbeamte Sch. aus Charlottenburg an den vordersten Wagen heran und reichte einem in diesem befindlichen Fahrgaste die Hand. Hierbei wurde er umgerissen und geriet mit beiden Beinen zwischen Trittbrett und Vordach des Wagens. Die Schreckensrufe der Jungen des Vorganges veranlaßte die Beamten, den Zug sofort zum Stehen zu bringen, und so war es möglich, Sch. noch rechtzeitig aus seiner gefährlichen Lage zu befreien und ihn vor schwerem Unfall zu bewahren. Der Fall, der diesmal noch glimpflich verlaufen ist, mag zur Lehre dienen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf dem Straßenbahnzug XIII in Halensee. Der Schlosser Otto Halleuer aus der Kaiserin Augusta-Allee 23 zu Charlottenburg sollte in einem Schuppen einen Wagen ausbessern. Zu dem Zweck mußte er durch einen Schacht in den Keller steigen, um von unten an die schadhafte Stelle zu gelangen. Als er mit dem Oberkörper aus dem Schacht herausgestiegen war, wurde ein zweiter Wagen in den Schuppen gebracht. Er sah den Wagen nicht und die Schieber bemerkten ihn nicht. Dadurch kam es, daß der Wagen ihm auf den Leib geschoben wurde. Er erlitt dabei mehrere Rippenbrüche und mußte in einem stöppeligen Rettungswagen nach dem Charlottenburger Krankenhaus gebracht werden.

In die Halle gegangen ist am Montag der Hausdiener Fritz Bodehose, der in einem Tanzlokal an der König-Charlotten- u. Weisenberg-Str. beschäftigt wurde. Er stand in dem Verdacht fortgesetzter Taschendiebstähle und Unterschlagungen. Der Wirt stellte ihm eine Falle, indem er gezeichnetes Geld unter das übrige mischte. Der Hausdiener ließ sich fangen und wurde angefaßt des Verweises eingesperrt.

## Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Eine allgemeine Arbeitslosenzählung wird am Dienstag, den 28. Februar, stattfinden.

Das Ziel einer sicheren Feststellung über den Umfang der Arbeitslosigkeit, diese beständige und notwendige Begleitererscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, muß natürlich die Einrichtung einer beständigen Fürsorge für die von dem entsetzlichen Schicksal längerer Arbeitslosigkeit Betroffenen sein. Die ersten Ansätze einer solchen Fürsorge, einer Arbeitslosenversicherung, finden sich bei den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, auf deren Erfahrungen und sachgemäße Mitwirkung die umfassenderen kommunalen und staatlichen Verbände unbedingt angewiesen sein werden, wenn sie diesen wichtigen Zweig sozialpolitischer Betätigung in Angriff nehmen und weiter ausbauen wollen.

Das erste Erfordernis einer zureichenden Tätigkeit ist natürlich die Feststellung der Arbeitslosigkeit selbst, die genaue statistische Erfassung ihres Umfangs und der periodischen Schwankungen derselben. Im November 1901 hat die Berliner Gewerkschaftskommission eine umfassende Arbeitslosenzählung für Groß-Berlin (Berlin und Umgebung) veranstaltet, die ein ergreifendes Bild des Arbeiterlebens zu Tage förderte. Trotzdem hat die Berliner Stadtverwaltung bisher nicht das mindeste unternommen, um der Frage der Arbeitslosenfürsorge, ja auch nur der Frage der Arbeitslosenzählung irgendwie näher zu treten, und die Vororte können sich ihrer Verpfichtung unter Berufung auf Berlin leicht entziehen.

Es ist erfreulich, daß Charlottenburg nunmehr mit der Zählung vorangehen will. Eine einigermassen vollständige Erfassung der Arbeitslosigkeit kann natürlich nur durch eine von Haus zu Haus vorgenommene Zählung nach der Art der Volkszählungen bewirkt werden. Dagegen spricht jedoch, daß die Arbeitslosenzählungen in viel kürzeren Zwischenräumen, mindestens dreimal jährlich, wiederholt werden müssen, wenn man aus ihnen ein Bild nicht nur des Umfangs, sondern auch der Schwankungen der Arbeitslosigkeit und ihrer Ursachen zu den verschiedenen Zeiten des Jahres gewinnen will. Damit wägen natürlich die Schwierigkeiten einer genauen, von Haus zu Haus vorzunehmenden Zählung ganz außerordentlich. Deshalb hat sich der Charlottenburger Magistrat entschlossen, die Zählung nach dem Muster der in Stuttgart üblichen vorzunehmen, das heißt keine eigentliche Hauszählung zu veranstalten, sondern lediglich eine Zählung der sich als arbeitslos Meldenden. Es werden in einer Reihe von öffentlichen, leicht zugänglichen Lokalen (Rathaus, Statistisches Amt, Verkaufsläden des Konsumvereins etc.) Zählkarten ausgegeben und Urnen aufgestellt, in welche die Zählarten am 28. Februar hineingeworfen sind.

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Zählung nur unvollkommene Resultate liefern kann, und daß namentlich das Resultat der ersten Zählung, bei welcher die Einrichtung der Arbeiter noch neu und ungewohnt ist, nur sehr mangelhaft sein wird. Aber das Wertvolle der Zählung liegt darin, daß sie sich periodisch wiederholt — sie soll künftig stets im Februar, Juli und November jeden Jahres stattfinden — und dadurch ein immer getreueres Bild namentlich auch von den Schwankungen der Arbeitslosigkeit ergeben wird. Diese Vorbedingung muß notwendigerweise erfüllt sein, wenn Maßnahmen von irgend erheblicher Bedeutung getroffen werden sollen. Es ist deshalb zu erwarten, daß die organisierten Arbeiter, die sich der Wichtigkeit der Arbeitslosenzählung bewußt sind, dem Charlottenburger Unternehmern jede Förderung angeheißeln lassen, die Arbeiter auf die Bedeutung der Sache hinweisen, die Arbeitslosen aufklären und zur Entnahme, genauen Ausfüllung und pünktlichen Abgabe der Zählkarten anhalten.

Am Donnerstag, den 18. Februar, findet im Volkshaus, Rosinenstr. 3, eine Volksversammlung statt (die regelmäßige Wahlvereins-Versammlung fällt deshalb aus), in der unter Genosse Reichstags-Abgeordneter Wollenbush über: „Die Bedeutung der Arbeitslosen-Zählung“ gesprochen wird. Ein zahlreicher Besuch dieser Versammlung wird bei der Wichtigkeit der zur Verhandlung stehenden Frage mit Bestimmtheit erwartet.

In der Schönberger Stadtverordneten-Versammlung kamen in später Stunde die Wahlprotokolle aus dem 4. und 7. Bezirk zur Erledigung. Im 4. Bezirk standen unsere Parteigenossen Obst und Panzer die Bürgerlichen Herren Dr. Engelmann und Mentzer Polenz gegenüber. Besonders gegen Polenz richtete sich der von uns eingelegte Protest. Daß das Freibier bei dieser Wahl eine große Rolle gespielt hatte, ging aus der erfolgten Untersuchung mit aller Deutlichkeit hervor. Wie vom Genossen Baumler hervorgehoben wurde, ist eine so feuchte Wahl hier am Orte wohl noch nicht zustande gekommen; der Kandidat Polenz hatte es sich in der That etwas kosten lassen. Daß er sich dazu die Wähler unter den Straßenbahnern zu seinen Zwecken ausgesucht hatte, ist bei der Stellung jener Leute leicht begreiflich. Und nur durch deren Unterstützung hatte er sein Ziel erreicht, Stadtverordneter zu werden. Die bürgerliche Mehrheit hatte es sich infolge ihres Uebergewichts auch recht leicht gemacht. Es kam ja auch weniger darauf an, die Tatsachen sprechen zu lassen, als vielmehr einen der übrigen nicht fallen zu lassen. Unsere Vertreter hätten mit Engagements reden können — das Resultat der Abstimmung stand schon von vornherein fest. Der glückliche Einfall, unserm Sprecher in dieser Sache, dem Stadtv. Obst, mitten in der Rede das Wort zu entziehen und ihn zum Verlassen des Saales aufzufordern, weil er als „Interessierter“ jener Wahl nicht einwandfrei sei, hat den als Sozialistentöter am Orte bekannten Stadtv. Schneider zum Vater, sogar der Vorsteher v. Gordon hatte an diesen Ausweg nicht gedacht. Man schritt spornstreichs über unsre Protestgründe hinweg und erklärte unter Zurückweisung der eingelegten Proteste die Wahlen im 4. Bezirk für gültig.

Hatte es sich bei diesem Bezirk um einen sozialdemokratischen Protest und einen bürgerlichen Kandidaten gehandelt, so stand die Sache im 7. Bezirk umgekehrt. Hier hatte unser Genosse Wollermann 337, der Gegenkandidat Tischlermeister Anorr 325 Stimmen erhalten. Wollermann hatte also eine Majorität von 12 Stimmen. In dem einen Protest wird nun behauptet, daß ein Wähler, der nicht in der Liste stand, zu Unrecht gewählt habe, was durch die Untersuchung auch erwiesen wurde. Nach Abzug dieser Stimme wäre also ein wesentlicher Einfluß auf das Resultat nicht eingetreten. Nun wurde aber noch weiterhin auf verschiedene Aussagen Gewicht gelegt, wonach „der Zugang zum Wahllokal“ nicht genügend abgesperrt und somit die Möglichkeit eingetreten sei, daß nach Schluß des Wahllokals noch eine Anzahl Personen ihr Wahlrecht ausgeübt hätten. Dieser Behauptung stand unferneits die Gegenbehauptung entgegen. Vergeblich wies Masuch (Soc.) darauf hin, daß diese Aussagen vollständig der Kontrolle entzogen, da nicht ein einziger Wähler festgestellt wurde, der auf diese Weise sein Wahlrecht ausgeübt hätte. Gegen 6 Stimmen wurde die Ungültigkeit der Wahl Wollermanns ausgesprochen. Die Sozialdemokraten sehen mit froher Zuversicht einer Neuwahl im 7. Bezirk entgegen.

In Ober-Schöneweide hatte sich die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung mit einem beachtenswerten Einspruch zu befassen, den die Allgemeinen Elektrizitätswerke gegen die Wichtigkeit der Wählerliste erhoben hatten. Der volksbedrückende Widerstand des Dreiklassen-Wahlrechts hatte bis dahin die Ungeheuerlichkeit zu Wege gebracht, daß diese Gesellschaft die alleinige Wählerin in der ersten Klasse war. In diesem Jahre ist die Gesellschaft nur mit dem Gemeinde-Steuerfuge von 38 000 M. in die Wählerliste aufgenommen worden, weil die Einschätzung zu den Staatsteuern noch nicht vollzogen ist; und das hatte die Wirkung, daß die erste Wählerklasse statt des bisherigen einen Wählers deren sechs zählt. Auf den gegen die Vereinfachung der Monopolstellung von der Gesellschaft erhobenen Einspruch wurde beschloffen, den Fall einer Kommission zu überweisen und in der nächsten Plenarsitzung darüber Beschluß zu fassen.

Dem Unternehmer Hempel wurde die Erlaubnis zur Anlage einer Brauerei auf dem Grundstück des Lokals Wilhelmshof erteilt. Der Markt soll wegen der Unzulänglichkeit des jetzigen Platzes hinfort am Ausgange der Siemens- und Edisonstraße abgehalten werden.

Der Markt soll wegen der Unzulänglichkeit des jetzigen Platzes hinfort am Ausgange der Siemens- und Edisonstraße abgehalten werden.

Aus dem Verwaltungsbericht des Rixdorfer Magistrats. Das Gebiet der Stadt umfaßt die Gemarkung Rixdorf, die Köllnischen Wiesen, die Köllnische Halde und die Hohenmarken mit insgesamt 1101,05 Hektar Flächeninhalt. Das gesamte Grundeigentum der Stadtgemeinde, ausschließlich des Rieselgutes, umfaßt dagegen nur einen Flächenraum von 51 Hektar 49 Ar, wovon ein Teil sich noch außerhalb Rixdorfs befindet. — Die Bevölkerung Rixdorfs betrug Ende Dezember 117 494 Seelen, während es am Schluß des vorverfloffenen Jahres 103 449 waren. Sie hat also in einem Jahre um rund 14 000 zugenommen. Ende 1900 zählte Rixdorf erst 90 845 Einwohner. Vierzehn Straßen wurden 1903 auf Kosten der Anlieger neu angelegt. Infolge neuer Kanalisierungen erweiterte sich das Hochnetz der Kanalisation um 7728 Meter auf eine Gesamtlänge von 96 865 Meter. Die apertierte Fläche des Rieselguts Bahmannsdorf ist um 24,29 Hektar auf 214,63 Hektar vergrößert worden. Im Berichtsjahr wurden 3 473 711 Kubikmeter Wasser nach dem Rieselgute befördert. Regulierte Straßen hatte die Stadt am 1. April des Berichtsjahres 108 mit einem Flächeninhalt von 928 810 Quadratmetern. Infolge der Neuanlagen umfaßt das Straßennetz jetzt 1 045 000 Quadratmeter. Der Stichkanal erfordert nur noch einige Reparaturen zur vollständigen Fertigstellung. Das Rieselgut Bahmannsdorf hat eine Gesamtlänge von 453 Hektar, wovon 212 Hektar zu Rieselweiden hergerichtet sind. Von den letzteren waren etwa 90 Hektar verpachtet, während der Rest von der Gutsverwaltung selber bestellt wurde. Das Berichtsjahr war das ertragreichste, seit Bahmannsdorf im Besitz der Gemeinde Rixdorf ist. Der Ueberschuß über die Wirtschaftskosten wird 75 000 bis 80 000 M. betragen. Die Gasanlage gab an Gas 5 384 150 Kubikmeter Gas ab, das sind 1 095 120 Kubikmeter mehr als im Jahre 1902, wo die Gasabgabe nur 4 289 030 Kubikmeter ausmachte. Die Mehreinnahme aus der Gasabgabe gegen den Etat betrug rund 113 700 M. Aus dem Coakverkauf wurden 13 700 M. mehr erzielt, als der Etat vorsah. Die Mehreinnahmen überschreiten die Mehrausgaben um 54 300 M. Trotzdem kann nur mit einem Mehrüberschuß von 20 000 M. gerechnet werden, weil der Mehraufwand von Gasmessern und Automaten, sowie die Mehraufwendung an Löhnen gegen den Etat rund 34 000 M. mehr an Ausgaben verursacht haben.

## Gewerkschaftliches.

Die Differenzen in der Diamantindustrie.

Die Diamantarbeiter Amsterdams haben bis zum letzten Augenblick versucht, die Jeweliere zu Kommissionsverhandlungen über die Streitfragen zu veranlassen, und sich redlich bemüht, alle Beschwerden und Einwendungen, die von jener Seite gegen eine derartige Regelung erhoben wurden, aus der Welt zu schaffen. Das zeigt auch wiederum der Beschluß, den die Versammlung des Diamantarbeiter-Verbandes am Sonntagabend mit 3483 gegen 143 Stimmen gefaßt hat und der folgenden Wortlaut hat:

„Die Verhandlungsversammlung beschließt, nachdem sie Kenntnis genommen hat vom Briefe der Amsterdamer Jewelierevereinigung vom 9. Februar, dieser Vereinigung mitzuteilen, daß sie die Vorschläge, enthalten in ihrem Schreiben vom 31. Januar, in dem Sinne aufrecht erhält, daß sie, wenn es gewünscht wird, auf den bindenden Charakter der Beschlüsse der darin vorgeschlagenen Kommission und damit auch auf die Anstellung eines außerhalb der Parteien stehenden Vorsitzenden verzichten will; und erklärt sich noch stets bereit zur Verhandlung mit der genannten Vereinigung auf Grundlage der gegenseitig gemachten Vorschläge, unter der ausdrücklichen Erklärung, daß sie damit eine schnelle und für beide Parteien befriedigende Auflösung der Differenzen bezweckt.“

Der Begleitbrief an die Jewelierevereinigung, der dieser Resolution beigelegt wurde, schließt mit folgender Erklärung, die ebenfalls von der Versammlung durchaus gebilligt wurde:

„1. Wir sind vollkommen bereit, mitzuwirken an dem Zustandekommen einer Lehrlingsregelung. — 2. Wir sind vollkommen bereit, einzuwilligen in das Zulassen und Unterrichten jeder Anzahl von Lehrlingen, die notwendig erscheinen wird zur Aufrechterhaltung resp. Erhöhung des Produktionsvermögens unserer Industrie. — 3. Wir sind vollkommen bereit, dazu mitzuwirken, daß das eine wie das andre in angemessener Zeit geregelt wird. — 4. Wir sind jedoch nicht bereit, eine Anzahl von Lehrlingen zuzulassen, die nicht auf einer einzigen positiven Tatsache beruht und für die kein einziger triftiger Grund angeführt werden kann. — Deshalb halten wir unsre Vorschläge (mit Ausnahme dessen, was hier zuvor hinsichtlich einzelner Nebenangelegenheiten gesagt wurde) neben den Vorschlägen, die Ihrerseits gemacht wurden, aufrecht und erklären uns fortwährend bereit, auf Grund der von beiden Seiten gemachten Vorschläge mit Ihnen zu verhandeln. So kann den Wünschen beider Parteien Rechnung getragen, und ein Konflikt vermieden werden.“

Die katholische Diamantarbeiter-Organisation „St. Eduardus“, sowie die jüdische „Vetalel“ haben den Jeweliere in demselben Sinne wie der allgemeine Verband geantwortet.

Wenn Diamantarbeiter-Verband werden zur Zeit 1600 Arbeiter verlangt, die auf den zur Verfügung stehenden Fabriken nicht untergebracht werden können. Das ist ein Beweis dafür, daß sich der Einfluß der Amsterdamschen Jewelierevereinigung durchaus nicht auf alle Jeweliere erstreckt.

Aus Antwerpen wird gemeldet, daß die Zahl der, den zu den Bedingungen des Antwerpener Diamantarbeiter-Verbandes thätigen Arbeitern zur Verfügung stehenden Mühlen jetzt ca. 1000 beträgt, da zu den Fabriken, die weiter arbeiten lassen, noch einige hinzugekommen sind.

Die Tatsache, daß die Diamantarbeiter von Antwerpen, nachdem man ihrer bisherigen Haltung entsprechend annehmen mußte, sie hätten nicht die Absicht zu streiken, dann, als die Lehrlinge angenommen wurden, plötzlich wie ein Mann die Arbeit niederlegten, konnte Befremden erregen und hat der Unternehmepresse Anlaß gegeben, von einer schlechten Leitung der Antwerpener Diamantarbeiter zu reden. Zur Erklärung dieser Tatsache mag es dienen, wenn man die eigentümliche belgische Klassengesetzgebung und Klassenjustiz in Betracht zieht, die durch den Fall Partels treffend gekennzeichnet wird. Dieses Vorstandsmitglied des Antwerpener Diamantarbeiter-Verbandes, das jetzt seine drei Monate Gefängnis verbüßen muß, wurde seiner Zeit zu dieser Strafe verurteilt, weil der Verbandsvorstand anlässlich eines Werkstübentreffs Flugblätter an die streikenden Arbeiter verteilte, worin diese an ihre Pflicht gemahnt und über die Ursachen des Streiks aufgeklärt wurden. Die Worte: „Arbeiter, erlernt eure Pflicht!“ wurden als „Anschlag auf die Freiheit der Arbeit“ ausgelegt und waren für die Verurteilung maßgebend. Bei der Verhandlung des Prozesses vor dem höchsten Gerichtshof erklärte der Generalprokurator: Wenn jemand, mit seinem Bruder spazieren gehend, diesen vor einem oder dem andern Arbeitgeber schlechter Arbeitsbedingungen wegen warne, so müsse dieser Mann vor dem Gesetz als straffbar wegen Anschlag auf die Freiheit der Arbeit gelten. —

Aus Antwerpen wird vom Freitag gemeldet, daß 620 Mühlen zu den Bedingungen des Diamantarbeiter-Verbandes in Tätigkeit sind. Die Jeweliere bieten alles auf, um die noch thätigen Fabriken zum Stillstand zu bringen, jedoch ohne Erfolg. Die noch thätigen 6 Fabriken verfügen im ganzen über 1300 Mühlen. Entschieden zufolge soll in den Reihen der Jeweliere Uneinigkeit im Entstehen begriffen sein.







Verfammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Kleber (Lederarbeiter) fand am Donnerstag bei Feuerstein statt. Sie hatte den Zweck, über die Situation im Kleberberuf und die Mittel zur Besserung...

Die öffentliche Versammlung der Kleber Berlins und Umgegend eröffnet. Da das Resultat der Baukontrolle beweist, daß die Preise für Kleberarbeiten in den meisten Fällen nicht mehr den Tarifen von 1900 und 1902 aufgestellten Bedingungen entsprechen...

Der Verband der Friseurgeschäfte beschäftigte sich in seiner letzten Generalversammlung mit dem Jahresbericht des Vorstandes und der Wahl desselben. Der Vorstand berichtete über die Tätigkeit im Jahre 1903...

Die letzte Mitgliederversammlung des Verbandes der Textilarbeiter (Zentrale Berlin I) nahm zunächst die Abrechnung vom 4. Quartal 1903 entgegen. Diefelbe ergab inklusive des alten Bestandes eine Einnahme von 2072,44 M. und eine Ausgabe von 1601,42 M. Bestand am Schluß des Quartals 471,02 M.

eine Reihe vom Vorstand und den Vertrauensmännern ausgearbeitete Entwürfe sowie eine Resolution beraten und angenommen, und beschloß, dieselbe der zu Ostern stattfindenden Generalversammlung zu unterbreiten.

Mit dem Heimarbeiterskongress beschäftigte sich am Mittwoch eine öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen. Den einleitenden Vortrag hielt Reichstags-Abgeordneter Förster-Hamburg.

Die Posamentiere nahmen in ihrer letzten regelmäßigen Mitgliederversammlung die Berichte vom vergangenen Jahre entgegen. Im 4. Quartal betrug die Einnahme 908,92 M., die Ausgabe 652,61 M., bleibt Bestand 256,31 M.

Charlottenburg. In der Vereinigung der Maler, Radierer, Anstreicher usw. wurde in der am 10. Februar abgehaltenen Generalversammlung nach dem Jahresbericht des Vorstandes, der gütigst ausfiel, die Neuwahlen der Ortsverwaltung vollzogen.

Steglitz. Mit einer am Dienstagabend im „Vierlenwäldchen“ abgehaltenen öffentlichen Wählerversammlung eröffnete unsere Partei die Agitation zu den bevorstehenden Gemeinderatswahlen.

Eingegangene Druckschriften.

Von den „Documenten des Sozialismus“, herausgegeben von Ed. Bernstein, (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 2. Heft des IV. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Kritische Skizzen des Sozialismus in deutscher Sprache...

von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 75 Pf. Nur der Zeitungspreis für die Postanstalten sind die „Documente“ unter Nr. 2206 eingetragen, jedoch ist bei der Post nur Quartal-Abonnement zulässig.

Der Arbeitsmarkt. Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Kollmann, Berlin, Verlag von G. Reimer). Die als Organ des „Verbandes deutscher Arbeitsnachweise“ erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 10 des 7. Jahrganges unter anderem: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes...

Briefkasten der Redaktion.

A. A. Baumgartenweg. Der Artikel eignet sich nicht zur Aufnahme. Müller. Ihr sächsisches Zweifelsstück von 1854 ist nicht mehr gültig; wir glauben nicht, daß ein Antiquar Ihnen viel mehr als den etwa 3 M. ausmachenden Silberwert dafür geben wird.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Genosse Guck. 1. Unkündliche Vore zu ziehen ist strafbar. 2. Sind Anwaltskosten in Verfall geraten, so beantragen Sie bei der Polizei Erlaß durch Ausstellung neuer. 3. In Regensburg mein. 4. Centralverband der Handlungsgehilfen und -Bediensteten Deutschlands...

Marktpreise von Berlin am 14. Februar 1904

Table with 4 columns: Commodity, Unit, Price, and another unit. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Rindfleisch, Schweinefleisch, Butter, Eier, Käse, etc.

Witterungsüberblick vom 16. Februar 1904, morgen 8 Uhr.

Table with 4 columns: Station, Wind, Temperature, and other weather data. Includes stations like Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien.

Weiterprognose für Mittwoch, den 17. Februar 1904. Etwas wärmer, veränderlich, vorwiegend trübe mit leichten Regenschauern und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden.



**Achtung!**

Mittwoch, den 17. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr, im „Berliner Prater“, Kastanien-Allee 7/9:

# Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: „Unsere Waffen im Befreiungskampfe des Proletariats“. Referent: Genossin **Steinbach** - Hamburg. Disfussion. 106/1  
Am Donnerstag, den 18. Februar, spricht Genossin Steinbach-Hamburg im „Zwinnmünder Gesellschaftshaus“, Zwinnmünderstr. 42. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Einberufer.**

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Mittwochabend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15:

# Vertrauensmänner = Versammlung sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung: Aus der Praxis der Versicherungs-gesche. Referent: Genosse **Rob. Schmidt**. Streiks und Differenzen. Verhandlungsangelegenheiten. 79/9  
Vertrauensmännerkarte nebst Mitgliedsbuch legitimiert. Jede Wertstatt entsende Delegierte. Die Ortsverwaltung.

# Achtung! Einsetzer! Achtung!

Die Versammlung findet am Donnerstag wegen der Protest-Versammlungen nicht statt. Nächste Versammlung Dienstag, den 23. Februar, im Gewerkschaftshaus. **Der Obmann.**

# Verein socialdemokr. Gast- u. Schankwirte

Berlins und Umgegend.  
Freitag, den 19. Februar, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Lokal des Kollegen **Wend** in Pantof. Kaiser Friedrichstr. 12:

# Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Disfussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten; u. a.: Kohlenfrage. 69/3  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand. J. L. Ferdinand Ewald**

# Charlottenburg.

# Achtung! Arbeitslosen-Zählung! Achtung!

Donnerstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr:

# Öffentliche Versammlung

im Volkshaus, Kottbuserstr. 3 (gr. Saal).  
Thema: Die Bedeutung der Arbeitslosen-Zählung. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Molkenbühr**. Um zahlreichen Besuch eruchen **Die Arbeitnehmer-Beiräte** der Deputation für den städtischen Arbeitsnachweis.

# Arbeiter-Radfahrer-Bund

Gau 9. Bezirk I. Berlin.  
Freitag, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei **Wille**, Brunnstr. 188:

# Bezirks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Tätigkeitsbericht. 2. Bericht über Abrechnung des Gau- und Bezirksjahres. 3. Wahl der Kommission für die Delegiertenwahl zum Bundesstag. 4. Neuwahl der Bezirksleitung. 5. Anträge zum Gau- resp. Bundesstag. 6. Verschiedenes.  
Die Bundesgenossen werden ersucht, der wichtigen Tages-Ordnung wegen pünktlich zu erscheinen. 11/11  
Bundes-Abzeichen oder Karte legitimiert. **Die Bezirksleitung.**

**Achtung!**

# Frauen! Rixdorf!

Morgen, Donnerstagabend 8 Uhr:

# Öffentliche Versammlung

in den Victoria-Sälen, Hermannstr. 49/50.  
Tages-Ordnung: Der Heimarbeiterschutzbund. Referentin: **Frau Emma Jhrer**. NB. Event. findet Wahl von Delegierten statt. Zahlreichen Besuch erwartet **Die Vertrauensperson.**

# Verband deutscher Barbier, Friseur u. Perückenmacher-Gehilfen. (Zweigverein Rixdorf.)

Donnerstag, den 18. Februar, abends 10 Uhr: **Mitglieder-Versammlung bei Hoppe**, Berlinerstr. 14. 256/13

# Goldblondchen

ist die Perle aller alkoholfreien Getränke. Man achte auf das Etikett in vier Farben. Nur echt mit dieser Etikette.



**Alkoholfreies Erfrischungs-Getränk**  
**Goldblondchen**  
Pat. gesch. Warenzeichen No. 50734. Ausgezeichnet mit Ehrenpreis und drei goldenen Medaillen.  
Pat. eingetr. Schutzmarke.

Zu haben in Gastwirtschaften u. mit Plakaten belegten Handlungen. General-Vertrieb: **Ernst Krüger**, Höchststr. 28.

**Dr. Schönemann** | **Dr. Simmel**, Prinzen-Str. 41, 70/13  
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Schleimhäute, Seydelstr. 9. | Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4  
12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11

# Neu! Eröffnung 20. Februar. Neu!

**Meter 1,65** | **Meter 1,65**  
**J. COHN** | **J. COHN**  
Neue Ross-Str. 19-20. | Neue Ross-Str. 19-20.  
**Nur ein Preis**  
**Enorm preiswert**

**Gesundheit ist Reichtum!** Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bäder!

**Bad Frankfurt** | **Ritter-Bad**  
Gr. Frankfurterstrasse 136. | Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstrasse.  
**Medizinische Bäder aller Art**  
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.  
**2 Wannen-Bäder** mit je 2 Handtüchern  
0,75 Mk. (40 Minuten Badezeit) | 4126L\*

# Costümröcke

grösste Auswahl — enorm billig  
prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt in allen Längen und Weiten, auch für ganz starke Damen vorrätig, schwarz und farbig, in den modernsten glatten und Fantasiestoffen . . . . . 3,75, 5, 7, 10, 15 Mk. in Seidendamast . . . . . 20 u. 25 Mk. Amerikan. tussfreie Strassenröcke . . . . . jetzt 5,75, 9, 10 Mk. Jacken und Blusen-Costüme in neuesten Stoffen 12, 15 Mk. Fussfreies amerik. Jackenkleid, letzte Neuheit 20, 25 Mk. Trauerkleider in eleganter Ausführung . . . . . 18, 20, 25 Mk. Elegante garnierte Kleider in Zibeline, Satintuch und in den neuesten Fantasiestoffen . . . . . 20, 25, 30 Mk. Weisse Costüm-Röcke, weisse Blusen 5,9 Mk. Eleg. Ballkleider u. Organdy-Kleider 20 Mk. Seidenblusen, elegante Façons . . . . . 5,50, 7,50, 10 Mk. Morgenröcke, Matinées und Jupons.

# Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr., Ecke Lindenstr. **Massanfertigung.**

**300 Mark Belohnung** demjenigen, der mir meine Tochter **Elisette** ausfindig macht. Elisette ist am 4. Dezember 1901 in Berlin verschwunden und jedenfalls Mädchenbändlern in die Hände gefallen. Näheres bei **Eme. Marie Laisering, Könnern D.-S.** 134/13

# Optik-Krankenkasse

für das **Töpfergewerbe zu Berlin.**  
Hierdurch laden wir die Mitglieder unserer Kasse sowie diejenigen Arbeitgeber des Töpfergewerbes, welche Beiträge zu unserer Kasse aus eignen Mitteln leisten, zu einer am **Freitag, den 26. Februar**, stattfindenden **General-Versammlung** ein. 18456  
Die Versammlung für die Arbeitgeber findet abends 8 1/2 Uhr im Saal 1 und diejenige für die Mitglieder im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engel-Allee 15, abends 7 Uhr statt.  
Tages-Ordnung: Delegiertenwahl.  
Es sind nach der Gesamtzahl unserer Mitglieder zu wählen: 74 Arbeitnehmer, 37 Arbeitgeber.  
Gleichzeitig bringen wir zur Kenntnis, daß die Anhänge I und II zu unserem Statut, betreffend die Beiträge und die Verhältnismäßigkeiten für kranke Mitglieder, von der Aufsichtbehörde genehmigt sind, und den Arbeitgebern je ein Exemplar der neuen Statuten in unseren Kassenlokale zur Verfügung stehen.  
**Der Vorstand:**  
**Schwartz**, Vorsitzender, Pantof, Breitestr. 3.  
**Kolke**, Schriftführer, Oberstr. 55.

# Sachons Festjale

Pflaumenstr. 136, Ecke Seestraße. Sonnabend, den 12. März 1904 ist besonderer Umstände halber der Saal frei geworden!

# Kleine Anzeigen.

**Verkäufe.**  
Milchgeschäft veräußert wegen Ruhelegung, 20 Jahre bestehend, Rheinsbergerstraße 72. 1791b  
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 737  
Vorjährige Herrenanzüge, Winterpaletots, Reinfleider, aus feinsten Rohstoffen (Sportbillig) täglich, Sonntagverkauf. Deutsches Versandhaus, Nägerstraße 63, I. 20833  
Vassen Sie einen Sohn einsegnen, so kaufen Sie den Anzug bei Herrmann Schlegler, Turmstraße 85. Er hat die beste Ware, die billigsten Preise und keinen Handel. 21348  
Stoppdecken - Ausverkauf wegen Umzug Grünbergweg 5. 15618  
Tepiche! (Siederballe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Hofeischer Markt 4, Bahnhof Börse. 9922  
Betten, Bettstühle, Aussteuerwägel, Sportbillig, Pfandleihhaus Weidenweg 19. 747  
Gardinen, Stoppdecken, Tischdecken, Sportpreise. Pfandleihhaus Weidenweg 19. 747  
Jacketanzüge, Winterpaletots, herabgesetzt, Sportbillig, Pfandleihhaus Weidenweg 19. 747  
Tepiche, Damenschuhe, Anlette, Sportpreise. Pfandleihhaus Weidenweg 19. 747  
Remontoirrubren, Regulateure, Freischwinger. Pfandleihhaus Weidenweg 19. 747  
Herrenketten, Damenketten, Trauringe, Spiegel, Küchenrahmen, Sportbillig. Pfandleihhaus Weidenweg 19, geöffnet bis 9 Uhr abends. 747  
Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Betten, Koffer, Harmonika, Geigen Sportbillig. Lude, Dranienstraße 131. 18275  
Cyranäfler, Kessel, Revolver, Leihings, Reihzeuge, Röhren, Schirme Sportbillig. Lude, Dranienstraße 131. \*

Ringschiffchen, Bobbin, Schneenähler, ohne Umzahlung, Woche 1,00, gebraucht 12,00. Köpferstraße 60/61, Brenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. 798  
Tepiche mit Rachenstickerei, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 737  
Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Falkenstr. 40.  
Tambouren - Maschinen - Pedemeyer, alleinst. Fabrikant E. Wellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landdörferstraße. 20383  
Tascherne empfiehlt C. Hoffmann, Liefenstraße 12. 15575  
Fanden-Baumaterialien, Gebrauche und neue Kaminöfen, Bretter, Latzen, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe in größter Auswahl billigst. Kottbuser Damm 22. 16615  
Schladen für Ester hat abzugehen Rixdorf, Berlinerstraße 10/11, Fernsprecher Amt IV, 177. 16608  
Stoppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 737  
Wirtlich reelle, haltbare Möbel kaufen Möbelkäufer zu außerordentlich billigen Preisen. Möbel-fabrik Hirschowitz, Mariannenstraße 7a. Billige, aber nur Kasienpreise.  
Steinträger kaufen ihre Arbeits-sachen am besten bei Herrmann Schlegler, Turmstraße 85. 21278  
Fahrrad, gut erhalten, 45,00 Mark, Dietrich, Färbenstraße 13, IV. 18536  
Kolle, Labentisch, Regal billig zu verkaufen Köpferstraße 20.  
Begen Übernahme einer Groß-Defillation verkaufe ich mein Material, Butter, Käse und Wurstgeschäft, verbunden mit Sellen- und Bäckereiwaren sofort oder 1. April. Ersorderlich 2800 Mark. Offerten unter L. L. 43, Postamt 65. 795  
Restaurant wegen Übernahme eines Geschäfts sofort veräußert Köpferstraße 34. 18606  
Umhänge halber verkaufe Paneele-sola 50 Mark, Herrenrad 30 Mark, 4 Stühle, Kinderwagen, Küchensich, Küchenrahmen und verschiedene Wirtschaftsgüter sehr billig, Waldemarstraße 26, IV, bei Blatt. 18495

Vinoicum, Wäuler, Nachstube, Reite. Holzmarktstraße 19. 14088  
Gelegenheitskauf, 6 Ausgesehne, preiswert, Otto, Leuberstraße 15. 7378  
Gelegenheit für Brautleute. Große Wirtschaft sofort Sportbillig veräußert, darunter Paneele, Gemischt, Tisch, Stühle, Schränke, Parquet, Friedr.straße 113, II. 11579  
Sofa 30,00, Tischeloh, Invalidenstraße 136, I. 18588  
Kohlengeschäft, gangbares, zehn Jahre bestehend, billig veräußert. Zu erlangen bei Siba, Lehmerstraße 7.  
Defillation, Restauration wegen Übernahme eines größeren Geschäfts sofort zu verkaufen. Zu erlangen beim Kellneren F. Geb, Quersstraße 31, I. Kaufpreis 2500, Miete 1700. 718  
Brautleute!! Achtung! Tisch-sola 50,00, Kleiderständer 27,00, Bett-tisch 32,00, Tisch, Stühle, Truemeau, Komplette Wohnungseinrichtung 148 Mark. Unter Garantie reeller Arbeit!! Reichenbergerstraße 37 im Laden. 18558  
Nähmaschinen. Vergütige bis 10,00, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist. Alle Systeme, Woche 1,00. Postkarte erbeten. Drauser, Bornborferstraße 20. 11575  
Schnellig verkauft Dame verschiedene neue Möbel, Büchertische, Schloß 45,00, Stühle, Gardinen, Tisch-tischdecke 4,75, Stoppdecken, Ver-treppisch 5,00, Küchenmöbel, Verschie-denes. Jeden Preis. Befichtigung empfohlen. Köpferstraße 136a, I. \*

Rechtsbureau Veltch, Drannen-str. 97, Gerichtshofen, Straßhagen, Eingabengelage, Kartenteilung. 7106  
Patentanwalt Dammann, Oran-nienstraße 57, Kochplatz. 15208  
Unfallfachen-Rechtsbureau Rügger, Steglitzerstraße fünfundsüdzig 30618  
„Vorwärts“ - Leiter! Empfehle meine Besohlanstalt, auch solide Wagn-anfertigung. Derm. Müller, Obeling-straße sechsundsechzig. 17076  
Pfandleihe, Bringenstraße 63, Ecke Innenstraße, täglich 8-8, Sonntags bis 2 Uhr geöffnet. 21218  
Vereinszimmer Rurth, Luchter-str. 46. 717  
Rechtsbureau (Alexander-Platz 1) Kurzzeitliche anzugehen! Gerichtsbe-stand, erfolgreichste Rechtschilfe! Ein-gabengelage! 11576  
Bekanntmachung! Es wird jeder bringen und geben, der den Aufenthalt oder die Arbeitsstätte des Zimmer-manns Paul Ramann weiß, dies so-fort Engel-Allee 15, Zimmer 32, oder der Polizei zu melden. Ramann hält sich unangemeldet in Berlin auf, vielleicht auf falsche Papiere, denn er hat bis 3. Februar in Schönberg ge-arbeitet. Kameraden und Arbeitgeber werden ersucht, Meldung an das Polizeibureau Stralauerplatz 89 zu machen. 737  
Die Forderung, die ich gegen Herrn Post, Reichstraße 18, begangen habe, nehme ich hiermit zurück. Baronski. 749

Polstergänger-Gesellschaft Leman-donsky, Besselfstraße 28. Eltern Ratinee frei. 784  
Parteigenosse, 25 Jahre alt, ver-beiratet, durch Operation verhindert seinem Beruf nachzugehen, sucht Stellung, Kassierer, Bureauclerk und so weiter, eventuell Reunion. Sebald, Charlottenburg, Pestalozzistraße 13.  
**Stellenangebote.**  
Der Redaktionsdienst sucht, verlange Prospekt gratis. D. Wolf, Zindan, Reichstraße. 15158  
Lehrling für moderne Schilder-malerei, Kocher, Augustburgerstraße 78.  
Kolonnenführer, tüchtige selbst-ständige Schloffer auf Treppengeländer und Baukonstruktion finden dauernde Beschäftigung bei R. Blume, Char-lottenburg, Schillerstraße 97. 11847  
Arbeitsluchter verlangt Wehnert, Greifswalderstraße 92. 11575  
Arbeiterinnen auf Paletots ver-lange außerm Hause Sigall, Waller-thorstraße 12-13. 18486  
Jehn geübte Stepperinnen im Hause (Unterstraße), hohen Lohn, ver-lange E. Pöhner, Rixdorf, Hermann-str. 123. 18236  
Almosenempfängerin bei Kind verlangt Buslaustraße 14, Seiten-länge II, Wolf. 718  
Arbeiterinnen auf Kinderkleider verlangt Frau Mantze, Rixdorf, Friedr.straße 12. 718  
Kostnählerin außer dem Hause verlangt Frau Brangelstraße 88. 718  
Wamsch auf Jackets außerm Hause, Säge, Schwedterstraße 36. \*

**Lokal-Redakteur gesucht**  
für das „Ossenbacher Abendblatt“. Durch Uebernahme des Genossen Hauschild nach Rammheim ist bei uns die Stelle eines **Lokal-Redakteurs** zu besetzen. Nur tüchtige und ge-wandte Bewerber wollen sich melden. Solche, die mit den süddeutschen Ver-hältnissen vertraut sind, erhalten den Vorzug. 42732  
Offerten sind bis spätestens den 24. Februar an den Vorsitzenden der Redaktionskommission, **Leob. Eisner**, Ossenbach a. M., Große Marktstr. 10, zu richten.

**Achtung, Stodkarbeiter!**  
Der Bezug für Stodkarbeiter aller Branchen ist streng fern-anhalten bei **Schmalig & Barta**, Thüringerstr. 18, 88/9 Die Ortsverwaltung.

**Achtung, Holzarbeiter!**  
Zuzug ist streng fern zu halten von **Gartischlern und Einsehern** nach v. Verfallt 70/1  
**Reif, Demminerstraße und Straßsunderstraße.**

**Möbelpolierer.**  
Die Differenz bei der Firma **Hendelsohn**, Köpferstraße 128, ist noch nicht beigelegt. 145/11  
Der Vorstand des Verbandes.

**Achtung! Achtung!**  
**Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter.**  
Bei **Kuster**, Greifswalder-str. 86, stehen sämtliche Maschinen-arbeiter im Streit. — Bezug ist streng fernzuhalten. 75/1  
**Der Vorstand.**